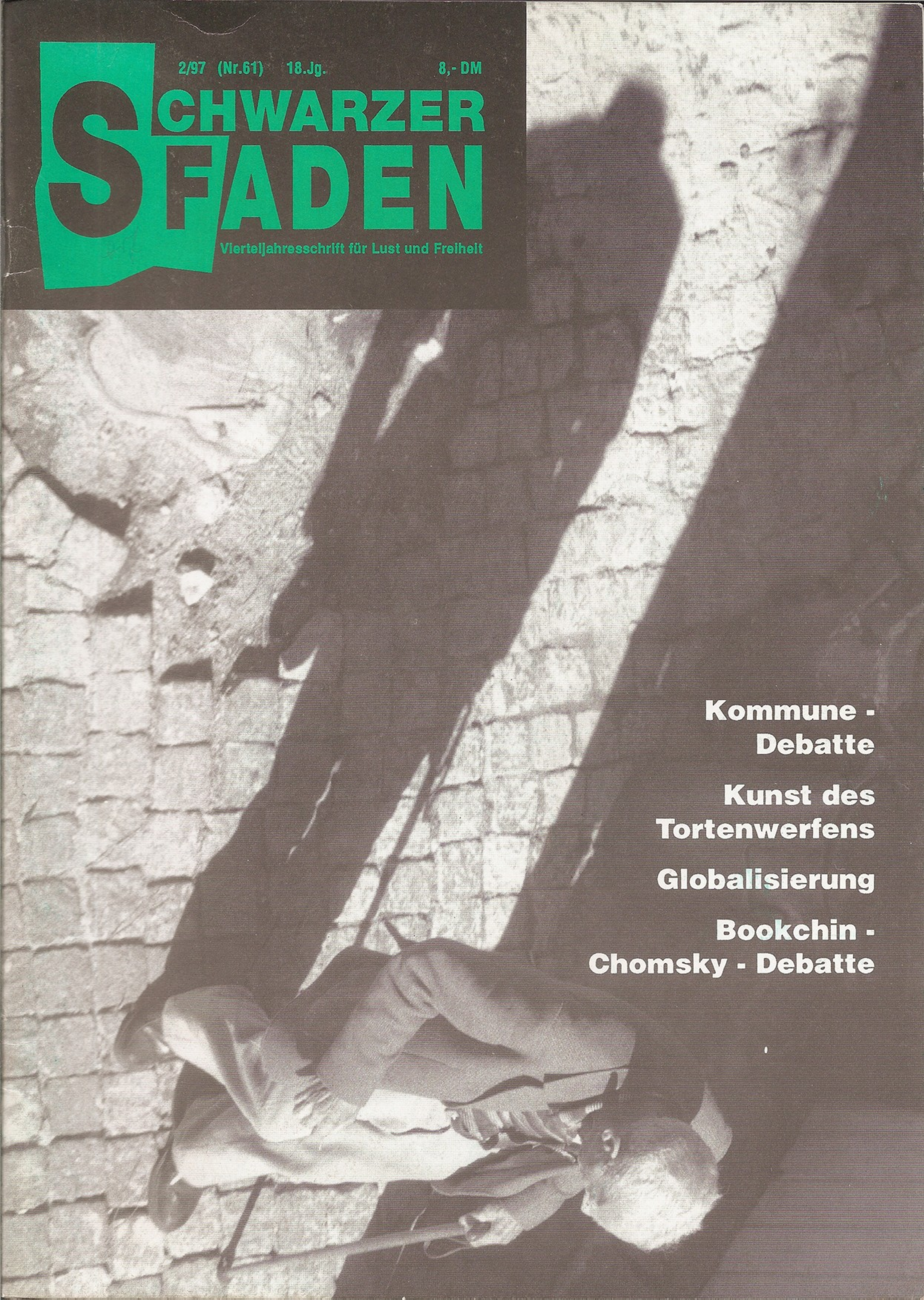
2/97 (Nr.61) 18.Jg. 8,- DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Kommune - Debatte

Kunst des Tortenwerfens

Globalisierung

Bookchin - Chomsky - Debatte

Inhalt Nr. 61

Titelphoto: Wolfgang Müller

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-62 (4/97): 20.8.97
Erweiterte und veränderte Neuauflage der
SF-Sondernummer Feminismus (3/97): 10.5.97

Aufruf zum Wiederverkauf
Wir suchen verstärkt WiederverkäuferInnen allüberall!
Bereits ab 2 Exemplaren geben wir 30% Rabatt.
Bitte meldet Euch!

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:
Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
Einzelpreis: 8.-DM
ABO (5 Nrn.): 35.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 5 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe
Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anticopyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Murray Bookchin, Burkhard N'dagire, Detlef Hartmann, Donna Kiddie, Marianne Kröger, Uwe Kurzbein, Waldo Mar, Werner Portmann, Helmut Richter, Lorenz Schrötter, Kees Stad, Malte Wendt, Michael Wilk,
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Buchhandl. Stonehenge, Wien
Schweiz: Anares, Bern
Anzeigenpreise (zzgl. 15% MWST):

Kleinanzeige:	20.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
neu: Beilagen	**400.- DM**

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Globalisierung

Lähmende Gesetzmäßigkeit

von Lorenz Schrötter



Foto: Hörby Sachs/Version

Durch die ökonomische Umwälzung sind tiefe Veränderungen in Gang gekommen, die auch in Zukunft umfassend und einschneidend unser politisches und gesellschaftliches System umgestalten werden. Die ökonomischen und politischen Geschehnisse erzwingen u.a. Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Zerstörung des Sozialstaats. Wo das Ende dieser Umgestaltung sein wird, weiß niemand. Was nicht heißt, daß keine Interessengruppe vorhanden ist, die radikale Zielvorgaben macht. Im Gegenteil; zum Erhalt und Aufschwung des Kapitalismus bleibt nur ein sozialstaatliches Rudiment möglich. Da sich die Entwicklung gegen eine erhebliche Zahl von Menschen richtet und deren Reaktionen noch nicht einzuschätzen sind, geht mit dem Sozialabbau auch ein Demokratieabbau und ein Ausbau ökonomischer Machtpositionen einher, was hier nur angedeutet bleiben kann. Straffer, schneller und ohne bremsende Opposition ließe sich gegen »eine wachsende Gruppe von Menschen in unsicherer wirtschaftlicher Lage.« (Müller 1996: 12), noch mehr und zügiger durchsetzen. »Die Ökonomie frißt die Demokratie« (ebd.) noch schneller, wenn sich die Massen auf den Fatalismus einlassen und »klar ist: Gegen die Globalisierung zu sein ist so sinnvoll, wie sich über das schlechte Wetter zu beschweren.« (Piper 1996: 18)

Aber die Ursachen gründen sich nicht aus übermenschlichen Marktgewalten, sondern sind über Jahrzehnte durch Beschlüsse auf internationalen Treffen vorangetrieben worden; ein Übriges leistet die technologische Entwicklung. Dadurch sind Zwänge entstanden, die hier aufgezeigt werden sollen.

Die erfolgreiche Wiedereinsetzung der liberalen Wirtschftslehre hängt mit der Globalisierung eng zusammen nicht und die Gewinne fließen nicht anteilig in die Kassen der Gesellschaft. Das Interesse an wirtschaftlichem Wachstum ist größer als das Interesse alle Men-

schen mit dem Nötigsten zu versorgen.

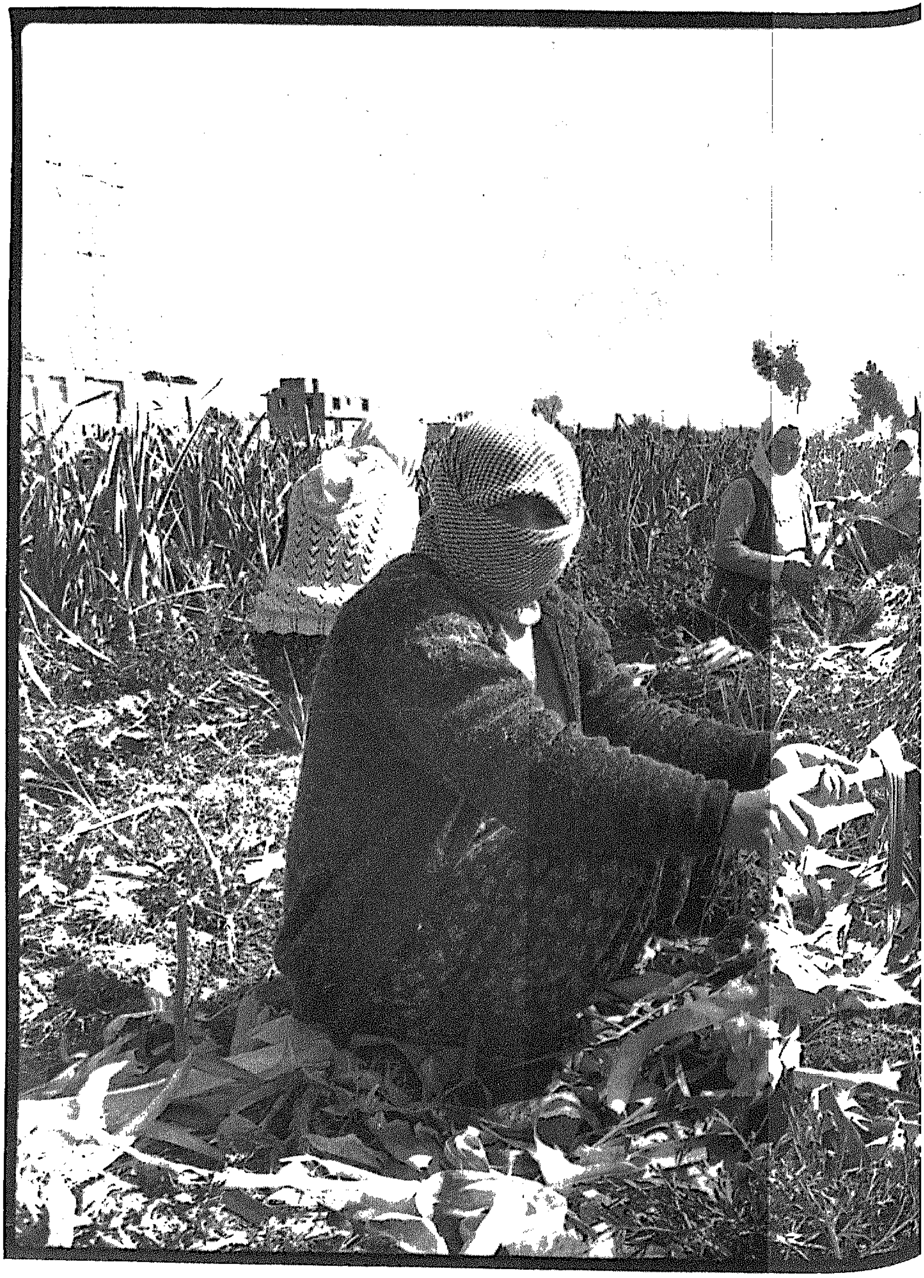
Wenn, wie prophezeit wird, 20% lohnabhängig arbeitende Bevölkerung für den Weltkapitalismus ausreichen werden, fragt sich, welches Interesse die übrigen 80% am Erhalt des Weltkapitalismus haben werden, wenn sie nicht existentiell und sozial abgesichert sein sollten.

Neue Weltökonomie

In der Zeit vom 5.4.96 schrieb Nikolaus Piper: »Schon als Karl Marx starb war die Welt ein globales Dorf: Dampfschiffe, Eisenbahnen, Telegraphen, der Bau des Suezkanals ließen den Globus schrumpfen.« Das legt den Schluß nahe, daß es heute wie damals um dasselbe Prinzip geht, aber unter anderen Bedingungen. Insofern führt der Begriff Globalisierung in die Irre, denn erst hintergründig werden die vielen komplexen und zum Teil widersprüchlichen Prozesse, die die neue ökonomische und politische Lage kennzeichnen, deutlich. In erster Linie ist mit dem Begriff die globale Vereinigung die Märkte und Ökonomien gemeint.

1973 leitete die Deregulierung der Geldwirtschaft auf dem internationalen Finanzmarkt den Umbruch zum Neoliberalismus ein. Denn durch die Zerstörung des Bretton-Woods Abkommens, d.h. die Aufhebung der Dollar-Gold Bindungen der Währungen, entstanden die überstaatlichen Finanzmärkte. (Vgl. Bischoff 1996: 10) Ebenso erhöhten sich durch die microelektronischen digitalisierten Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten die Datenmengen enorm, und es wurde möglich, auf breiterer Basis und gleichzeitig schneller, international in Kontakt zu treten.

Seit den 80ern setzt auf der wirtschaftlichen Seite ein schneller Fluß von Geld und Technologie ein und ermöglicht flexible Produktionsverlagerung und wirtschaftliche Strukturveränderungen. »Weltmarkt heute heißt vor allem neue Nähe, hohe Dichte und Intensität der transnationalen Beziehungen ... «. (Altvater 1995: 196) Für die BRD kann das heißen, daß wertschöpfungsintensive Kernfunktionen von Unternehmen, wie z.B. »Forschung und Entwicklung, Design, Finanzwirtschaft«, hier bleiben, während lohnintensive produktionsnahe Bereiche eher in Wachstumsregionen wie Asien angesiedelt werden. (Vgl. Rösner 1995: 477) Es findet eine dichtere wirtschaftliche Verflechtung zwischen Südostasien (Japan), Nordamerika und der EU statt, das heißt, die sogenannte Triade der Metropolen, zu der die Tigerstaaten mit ihren flexiblen Volkswirtschaften stoßen. Anhand der Entwicklung der letzten 10 Jahre läßt sich die zunehmende Konzentration des Handels und der Produktion auf die Metropolen ablesen. »Innerhalb der Industrieländer konzentrieren sich die Direktinvestitionen zu weit über 90% auf die Triade aus Westeuropa, Nordamerika und Japan.« (Globale Trends 1996 zit.n. Bischoff 1996: 3) Durch dieses Zusammenrücken des Weltwirtschaftsraumes auf die Triade, ist der Raum nicht so global wie es zuerst klingt, aber es steht das technische Potential bereit, um den letzten Winkel der Erde mit einzubeziehen, wenn die ökonomische Ausweitung oder Verschiebung der bestehenden Blöcke dies erfordern sollte. Bedeutend sind in diesem Zusammenhang Gen- und Atomwissenschaft, die den Microkosmos erobern und die letzten weißen Flecken schließen. Patentiert und technisch erfaßt wird alles bis ins kleinste verwertbar gemacht.



Gleichwohl bestehen Zentrum und Peripherie in verschärfter Form weiter. »Die Kehrseite ist eine geradezu erschreckende Marginalisierung ganzer Regionen der Weltwirtschaft - allen voran Afrika.« (Bischoff 1996: 3) Aber

als ein Widerspruch halten in den Peripherien lohnintensive Produktivitätsinseln Einzug, während auf der anderen Seite in den Metropolen stärker Merkmale der Peripherie, wie z.B. Analphabetentum oder Verelendung, zu beobachten sind.

Aufgrund dieser Vernetzung, mittels der Internationalisierung der Transport-, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, kann das Kapital immer autonomer agieren und ist an Standorte nicht fest gebunden.

Letztlich führte die Auflösung der Bipolarität 1989 und der Systemwettbewerb zu einer Ausdehnung der kapitalistischen Einflußsphäre. Der Begriff der »Neuen Weltordnung« setzte sich durch. Während des Konkurrenzkampfes des westlichen Kapitalismus und des Staatssozialismus im Osten, war der Westen zum Erbringen von Sozialstandards gezwungen, was nach dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« entfiel.

Foto: R. Maro/Version



Innovative Technologie als Motor der Globalisierung

Durch die sogenannte »digitale Revolution, die mit der Entwicklung der Microelektronik einsetzte, kam es zu einer weltumspannenden Schaffung neuer Produktivkräfte, welche es ermöglichen, sich per Satellitenkommunikation und neuen Steuerungs- und Kommunikationspotentiale weltweit Märkte zu suchen. Ein unmittelbarer Vergleich von Preis und Qualität, sowie Produktionsstandorten wird möglich, weil ».. fast überall ... die gleichen hohen Technologiestandards eingesetzt und entsprechend hochwertige Produkte erzeugt werden können.« (Rösner 1995: 476), was die Wettbewerbsvorteile der führenden Industrieländer in Frage stellt. Wobei, wie oben dargestellt, sich der Vergleich überwiegend in den Blöcken und Metropolen bewegt und die Dynamik der Innovationsschübe stark beschleunigt wurde, so daß das Halten der neusten technologischen Standards eine Frage des zur Verfügung stehenden Kapitals ist.

Ob in China deutsche Telefonbücher abgetippt werden, eine deutsche Theaterzeitschrift in Singapur gedruckt wird, um über die Karibik in die BRD ausgeliefert zu werden oder in Indien Bücher übersetzt werden, um dann via Computernetz in andere Länder und Kontinente zu gelangen:

»Die Flexibilität der Massenproduktion wird durch eine variable Automatisierungstechnik sowie neue Organisations- und Steuerungstechnologien hergestellt, die zudem eine betriebsübergreifende Reorganisation des Wertschöpfungsprozesses ermöglicht.« (Bischoff 1996: 5)

Jeweils günstigere Kostenstrukturen der verschiedenen nationalen Wirtschaftsstandorte können mit diesen modernen Technologien kombiniert werden. Während früher der Computer nur in der Lage war, in eine Kiste zu greifen, besitzt er heute die Fähigkeit unter den in der Kiste befindlichen Teilen zu unterscheiden. Resultat ist, daß z.B. Produkte individuellen Wünschen angepaßt werden können, was die Angebotsbreite in der Autoindustrie zeigt. Bischoff führt die Systemtechnik als das alles entscheidende Merkmal, »..den springenden Punkt der neuen Rationalisierungskonzeptionen« an. Für die Angestellten und ArbeiterInnen (auch in lean production) bedeutet dies

zunehmend »...computergestützt, also indirekt auch mit Hilfe der Mikroelektronik,... wegrationalisiert (zu werden).« (Kurz 1995: 49)

Aufgrund der verschwindend geringen Transportkosten und der oben erwähnten Mechanismen, werden die

einzelnen Nationalstaaten gegeneinander in Konkurrenz gesetzt und die transnationalen Unternehmen können sich daran orientieren, »... wo zum Beispiel die Besteuerungs- und Finanzierungskonditionen günstiger, die Umweltstandards großzügiger und die Arbeits- und Sozialkosten niedriger sind.« (Rösner 1995: 479)

Entscheidende Weichenstellungen über den Weltfinanzmarkt

»Wenn von Globalisierung die Rede ist, geht es jedoch zumeist nicht in erster Linie um die realwirtschaftliche Sphäre, wie es die Standortdebatte nahelegt. Im Zentrum stehen die Finanzmärkte« (Bischoff 1996: 6f) schreibt Joachim Bischoff, denn die Umstrukturierung der Finanzmärkte führt dazu, daß »...die Großunternehmen mit einer veränderten Geschäftspolitik (reagieren)...«. (ebd.) Mit der Aufgabe der Steuerung der internationalen Finanzmärkte (Weltwährungssystem) 1973, kam es zu einem dezentralen Aufbau, nämlich mehreren Finanzzentren, gekennzeichnet durch eine »dualistische Struktur«. Auf der einen Ebene den »...weitgehend unregulierten, staatsfreien internationalen Sektor...« und auf der anderen Ebene die »... miteinander konkurrierenden nationalstaatlichen Finanzsysteme()« der Metropolen. (ebd.) Die dominanten monetären internationalen Handelszentren üben dabei »... zunehmend Druck auf die nationalen Währungs- und Finanzsysteme« aus. (ebd.) Diese erste Ebene ist im Laufe der Zeit u.a. durch die fehlende Deckung realer Produktionsprozesse, durch Fabriken, Güter und Waren, zu einer »Blase« (Kurz) oder einem »spekulative(n) Kartenhaus« (Altvater) mutiert, mit hervorgerufen durch die Tatsache, daß »...täglich von 1000 Mrd. (umgesetzten) US$...(nur) rund 1%, zur Abwicklung des Welthandels benötigt« (Altvater 1994 a: 219) werden. Die seit 1973 erfolgte Abkopplung der globalen Finanzströme vom realen Kreislauf der Güter und Dienstleistungen und die Beseitigung der Golddeckungen der Währungen, bewirkte, daß »...kein Land mehr zu Währungsdisziplin und Leistungsbilanzausgleich verpflichtet war. (...) Man hatte das Welt-Währungssystem durch eine weltweite Konsumenten-Kreditmaschine ersetzt!« (Hankel 1995: 696)

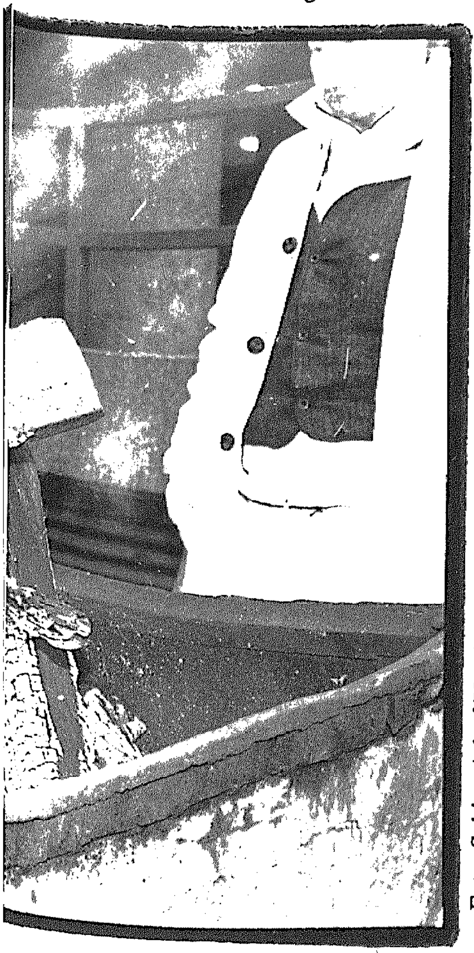
Die ökonomischen, sozialen und finanziellen Unsicherheiten und Auflösungserscheinungen sind eine unmittelbare Reaktion auf die »monetäre Weltunordnung«. Die fehlende nationalstaatliche Währungsautonomie bei der Übersetzung der einheimischen Währungen in ausländische Währungen und die »Konsumenten-Kreditmaschine« der »international banking community« mit ihrem enormen Wachstum des internationalen Geld und Finanzkapitals, bleiben für die Unternehmenspolitik vor allem der Konzerne nicht ohne Wirkung, so daß Rationalisierungen durch neue Steuerungs- und Automatisierungspotentiale, Deregulierungen der Arbeitsverhältnisse und »...Fragmentierung und Regionalisierung von Produktionsprozessen und Dienstleistungsfunktionen...« (Rösner 1995: 475) praktiziert werden. Weil die nationale Währungsautonomie nicht mehr gegeben ist und die Wechselkurse instabil sind, was die ständige Gefahr von Verlusten birgt, »... (investieren) ... mehr und mehr (...) Unternehmen durch Kapitalexport marktnah.... (...) Hinzu kommt, daß die multinationalen Unternehmen (...) viele nationale Adressen haben möchten, d.h. internationale Tausendfüßler mit vielen nationalen Beinchen werden wollen...«. (Fischer 1996: 291)



Rekordgewinne ohne gesellschaftliche Verteilung

Trotz der stagnierenden Nachfrage auf den Märkten melden die Konzerne, wie z.B. Volkswagen oder die Bayer AG, Rekorde an Gewinnen. Volkswagen verdoppelte die Gewinne des Jahres 1995 und Bayer verbesserte den Gewinn gegenüber 1995 um 18% und »... steuert nach glänzenden Geschäften 1996 erneut (!) ein Rekordjahr an.« (Junge Welt Nr. 259, S.7, 6.11.96.) Ebenso zeigt sich international diese Entwicklung, denn die Globalisierung der Produktion verschafft den Großkonzernen riesige Gewinne. So konnten die »Global 500«, die 500 größten Unternehmen der Welt im Jahr 1995 15% und im Jahr 1994 62% Gewinnzuwachs verbuchen. Diese

Gewinne leiten sich aber weniger aus der Produktion ab, als vielmehr aus Spekulationen mit z.B. Wertpapieren auf dem Weltfinanzmarkt. In der Produktion wird mit wachsendem Erfolg versucht durch die Verbilligung der Arbeit, sogenannter Lohnveredelung, die Wirtschaftskrise abzufedern. Die Gelder aus der Weltfinanzspekulation werden nur geringfügig durch die Investition in Maschinen und Fabriken zurückgeführt. »Im letzten Jahr wurden nur 62 Pfennige von 1 DM eigenen Finanzierungsmitteln für Sachinvestitionen genutzt. In wachsendem Ausmaß werden die Gewinne auf internationalen Finanzmärkten angelegt.« (Hickel 1996: 300) Für die Finanzierung des sozialen Netzes bleiben diese Gewinne unerreichbar und nicht besteuerbar, wie bspw. die Löhne, sondern bleiben dem Zugriff des Staats verschlossen. Die soziale Sicherung geht zu Lasten der ArbeiterInnen und Angestellten, deren Beschäftigungszahl sich trotz aller Bemühungen bisher nicht steigern lassen. Und von dieser Zahl hängt die Finanzierung der Sozialpolitik im wesentlichen ab.


Foto: Sabine Adorf/Version

Nationaler Sozialstaat im Umbruch

Die geschilderten Bedingungen zeigen, daß die nationalstaatlichen Handlungsautonomien, bes. im sozialen Bereich, von der Globalisierung maßgeblich angegriffen werden. Den Staaten kommt auf Dauer das Nationale abhanden, je stärker die Probleme auf supra- oder subnationale Ebenen angesiedelt werden. Am deutlichsten wurde das bisher im Zusammenhang mit der Erörterung ökologischer Gefährdungen.

Bob Jessop führt an, daß die »... normsetzende (...) Entscheidungsmacht nach oben auf supranationale Gremien verlagert wird.« Ferner setze eine »Internationalisierung des Nationalstaates« ein. Die nationale Regelung der Sozialpolitik wird unter die »...vermeintlichen Imperative des internationalen Wettbewerbes.« gestellt. (Jessop 1995: 11-13)

Nachdem der Kapitalismus in eine Wirtschaftskrise geriet und der Produktivitätsanstieg ins Stocken kam, wurde schließlich auf die »freie Entwicklung der Märkte« gesetzt. Der Charakter des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurde bislang durch Interventionen des Staates sozial ummantelt, was nun zurückgenommen wird. Mit der Einleitung der GATT-Uruguay-Runde 1986 wurde auf der supranationalen Ebene begonnen, der globalen kapitalistischen Ökonomie Schranken und Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Durch die Welthandelsorganisation wird u.a. überwacht, ob die Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Schlüpfrigkeit des Finanzwesens und ungezügelte transnationale Ausdehnung, bzw. deren Androhung von Unternehmen und Konzernen, werden beschleunigt und setzen die Lohnabhängigen aller Länder unter Druck, die in den Regierenden ihrer Nationalstaaten kompetente RepräsentantInnen ihrer Belange vermuten.

War die Ökonomie bis vor ca. einem Jahrzehnt auf den Binnenmarkt gerichtet und konnte bei nationalen Notfällen einer Branche oder von Sektoren staatlich rettend eingegriffen werden, so besteht transnational keine »weltsoziale Umverteilungsinstanz« für eine »Nationalökonomie« (, die) ... unter die Räder des totalisierten Weltmarkts gekommen« (Kurz 1992: 3) ist, um in irgendeiner helfenden Form tätig zu werden.

Hier wird »gnadenlos gegen Zins und Zinseszins« (ebd.) abgerechnet.

Marktwirtschaft in territorialen Grenzen?

Unter dem starken Eindruck der zunehmenden Blockbildung (NAFTA/EU/...), die Ratifizierung der Verträge der Welthandelsorganisation (Verbesserung der Marktzugänge), der Entstehung des Weltkapitalismus und dergleichen, sind die territorialen Grenzen der Staaten für die Wirtschaft durchlässig geworden. Was also für das Finanzkapital seit Mitte der 70er Jahren möglich ist, soll nicht nur für Produkte, sondern soll auch für ganze Produktionsstätten gelten, indem »...die effektive Außerkraftsetzung zwischenstaatlicher Grenzen für Geld und Kapital« (Neyer 1995: 14) stattfindet. Hat das Kapital die nationale Bodenhaftung aufgekündigt oder mit anderen Worten: läßt sich schnell eines der »vielen nationalen Beinchen« heben, wenn es unbequem zu werden scheint? Wenn »... der Vorsitzende des Aufsichtsrates von Daimler-Benz, Edzard Reuter, mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland, vielleicht nach Rußland, wo es genug ausgebildete, gesunde und (so hofft man doch) fügsame Arbeiter gibt.« (Chomsky 1995: 101) droht, zeigt das, wie niedrig die Hürden geworden sind. Denn was Herr Reuter ankündigt, haben Daimler-Benz schon etliche Firmen vorgemacht. Was sich zwischen den USA und Mexiko abspielt, findet auch tagtäglich zwischen der BRD und Polen statt. In Mexiko stehen Fabriken in der unmittelbaren Nähe zur Grenze, »...in (denen) mit zeitweilig importierten Maschinen ebenfalls importiertes Rohmaterial bzw. Halbfertigwaren verarbeitet und/oder montiert und die Endprodukte wieder exportiert werden« so das »mexikanische Handelsministerium«. (ila, Nr. 185, 5.95 zit.n. Klaß 1996: 25) Mit diesen Maquiladora-Fabriken lassen sich Sozialstandards, Steuerabgaben, Umweltbestimmungen, Tarife bzw. Gewerkschaften bes. im Herkunftsland unterlaufen und unter Druck setzen.

Bei der Betrachtung der BRD/Polen Grenze, die der zwischen den USA und Mexiko, als Zugangsbarriere für MigrantInnen, an Sperr- und Überwachungsanlagen sehr ähnelt, ist zu er-

kennen, wie stark die Funktion derartiger Grenzen ist. Auf der einen Seite schaffen Grenzen erst die Voraussetzungen, um Massen von mobilen Menschen abzuschotten oder/und für Industriesubventionen, Maßnahmen zur Exportförderung und Steuerbegünstigungen für Besserverdienende u.v.m..

Auf der anderen Seite wird das nationale Territorium der Triade zunehmend zu einer Art Flickenteppich der Regionen mit speziellen, mehr oder weniger gefragten, Standortfaktoren, die ebenfalls um Wettbewerbsfähigkeit buhlen und »... um unternehmerisches Engagement werben.« (Härtel 1994/95: 14) Das machen sich Unternehmen zu nutze, denn sie können »ihre Exportposition (...) langfristig (...) nur halten, wenn zumindest Teile der Wertschöpfungskette vom Roh- bis zum Fertigprodukt auf den Exportmärkten verankert werden.« (Altvater 1996: 1)

Territoriale, nationale, oppositionelle Instanzen schließen nicht zum Vernetzungsniveau der Ökonomie auf und bewerkstelligen nicht gemeinsame Entscheidungen und Übereinkünfte, um politische Eingriffe und Regulationen in der Geoökonomie durchführen zu können. »Wird man tatsächlich eine internationale Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild der Dritten Welt errichten können: hochprivilegierte Wohlstandsinseln (teilweise recht große Inseln, etwa die reichen Länder) in einem Ozean von Elend, totalitär anmutende Machtmechanismen innerhalb demokratischer Formen, die zunehmend zur bloßen Fassade werden?« fragt Chomsky (1994: 45).

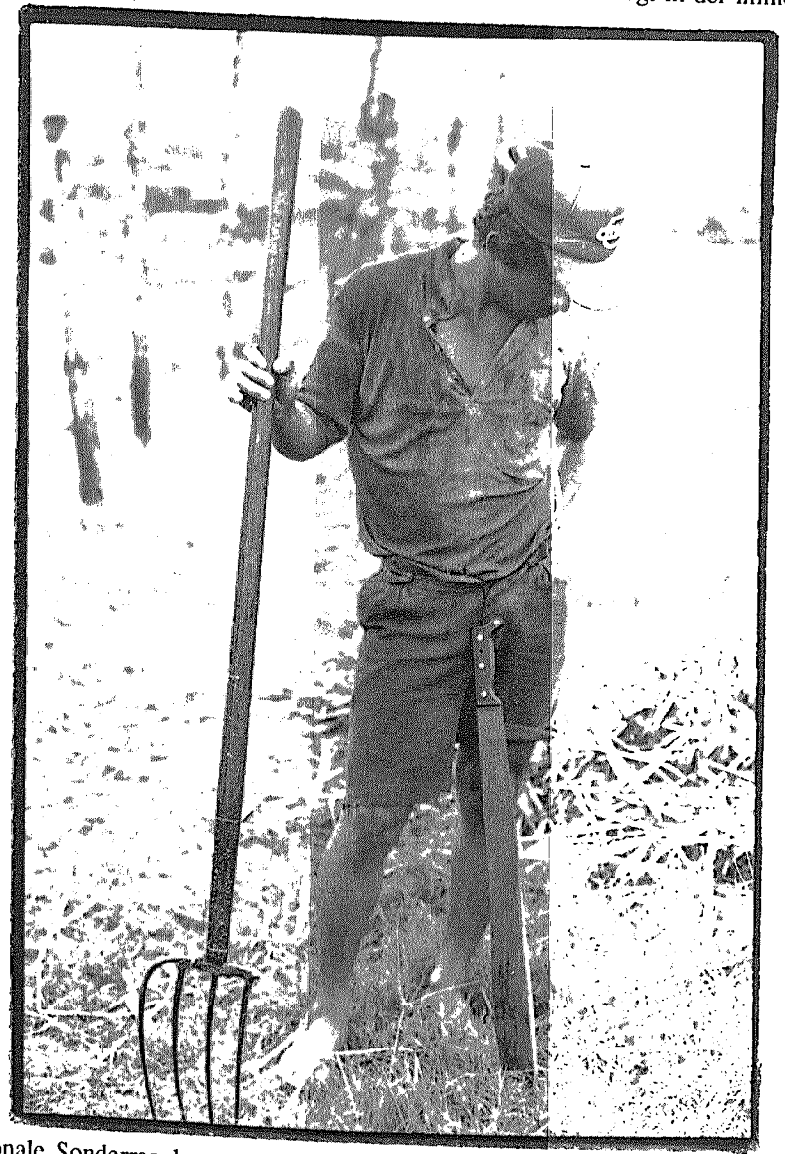
Für die Ökonomie spielen Grenzen immer weniger eine Rolle, aber sie profitiert entschieden von sozial-gesellschaftlichen Auswirkungen der Grenzen.

Standortdiskussion: Eine Scheindebatte?

Ist Wirtschaftsstandort ein »Unwort« oder wird der Standort in Zukunft das alles entscheidende Kriterium sein, um nicht, im kleinen wie im großen, auf der ökonomischen Verliererseite zu enden? Oft überwiegt der Eindruck, daß es bei der Argumentation vielmehr um den Standpunkt als um eine interessenfreie Bewertung der Zusammenhänge geht.

»Das Kapital forscht, produziert, finanziert oder verkauft eben dort, wo die Bedingungen und die Profitmöglichkeiten am günstigsten sind« stellt Barbara Schreiber (1992: 41) fest. Die Standortargumentation gibt den VertreterInnen der ökonomischen Interessen ein Druckmittel in die Hand, mit dem sich zweifelsohne das Kräfteverhältnis verschoben hat, denn »je ungehinderter sich Waren-, Dienstleistungs-, Arbeitskräfte und Kapitalverkehr entfalten kann, desto schwieriger wird es sein, »...ein unmittelbarer Vergleich von Produktionsstandorten möglich geworden...«. (Rösner 1995: 475) Dabei »...sind in der internationalen Arbeitsteilung des 20. Jahrhunderts eher jene Länder bevorzugt, die nicht auf Rohstoffexporte angewiesen sind, sondern technisch und organisatorisch innovativ mit neuen Produkten, produziert von qualifizierten Arbeitskräften, auf die Weltmärkte drängen können.« (Altvater 1995: 200)

Die Problematik liegt in der immer



nationale Sonderregelungen aufrechtzuerhalten, die die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standorts beeinträchtigen. Eine Angleichung bzw. eine Normierung, orientiert am niedrigsten Standard, ist vorprogrammiert.« (Schreiber 1992: 41)

Nachdem die technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen entwickelt und geschaffen wurden, ist weiter auseinanderlaufenden Zweigleisigkeit der sozialen und der ökonomischen Voraussetzungen. Während die politische Seite alles unternimmt, der Geoökonomie die Wege zu ebnen, indem bspw. 128 Länder in Uruguay 1994 ein Übereinkommen über das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) erzielten, treten auf der anderen Seite nationale Bündnisse zusammen,

um die sich verschärfenden sozialen Tendenzen in geregelte Bahnen zu lenken. Der Prämisse Wirtschaft werden im ökonomischen Denken die sozialen, ökologischen Kostenfaktoren (Bildung, Krankenversorgung, Gesundheitsfürsorge, Arbeitslose, Umweltsanierung, Umweltschutz, usw.) nachgeordnet.

Wegbrechen sozialstaatlicher Grundpfeiler

Die wesentlichen Wirkungsbereiche des Nationalstaats sind, laut Altvater, die Abschirmung »negativer Tendenzen des Weltmarkts«, die Gewalt über die Senkung oder Erhöhung der Zinsen und die »nationalstaatliche Bildung der Löhne (...) Wechselkurse und Preise«.(Altvater 1995: 524 ff) Diese Bereiche haben sich der nationalstaatlichen Wirkung entzogen. Die nationale Währungsautonomie entfiel, was zum Verlust des »monetären Flankenschutz« (Hankel 1992: 2) des Nationalstaates führte. In diesem kausalen Zusammenhang wächst das Unvermögen, den Wohlfahrtsstaat zu schützen und die Beschäftigung positiv zu beeinflussen. D.h. der Nationalstaat hat die wirtschaftliche Souveränität verloren und die soziale Identifikation wird aufgegeben. »Die Souveränität von Nationalstaaten besteht in der Einsicht der politischen Klasse in die Weltmarktzwänge und in die Fähigkeit, ihnen mit einer Wettbewerbsstrategie Folge zu leisten.« (Altvater 1994a: 218)

»Diese beruht auf neuen Formen der innerbetrieblichen Organisation, daß heißt »Aufwertung der Arbeit«, Gruppenarbeit, Qualitätszirkel, verantwortliche Einbindung »schlanker« Lohnabhängigenkerne in den Produktionsprozeß sowie einer technologischen Offensive, die sich auf die Einführung neuer Informations- und Datenver-arbeitungstechniken sowie auf neue Produkte und Verfahren - zum Beispiel bei der biotechnologischen Umstrukturierung der Agrarproduktion - stützt« faßt Joachim Hirsch (1995: 22) die Wettbewerbsstrategie zusammen. Inwieweit es für diese Vorhaben Legitimität geben wird, bleibt abzuwarten. Mit dem Argument der (selbstgeschaffenen, d. Verf.) weltökonomischen Zwangslage und der Verantwortungsschmälerung der »nationalen Volkswirtschaften«, die sich aus der Vernetzung in den »triadischen Wachstumspole(n)« (Jessop 1995: 22) ergibt, lassen sich derartige Strategien evtl. durchsetzen. Auf die Staaten komme die Aufgabe zu, die »Anforderungen der Konkurrenz« zu erfüllen und die »nationale Ökonomie« ... und die Gesellschaft fit zu machen für diese Konkurrenz.« (Deppe 1995: 14)

Unverhohlen zeigt sich, was nach dem Systemwettbewerb übrigbleiben soll:

teilsubventionierte, schrankenlose Ökonomie, deren Gewinne privatisiert bleiben und deren Verlustsektoren gesellschaftlich getragen werden.

Parlamentarische Resonanzverstärkung

Die Koalition spricht in ihrem »Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung« von »...einem entschlossenen Stabilisierungskurs (...) zur notwendigen (!) Vertrauensbildung...«, was bedeutet, daß vieles, was Betriebe oder Besserverdienende belasten könnte, verändert wird, und all die Bereiche, die unter diesen Ebenen liegen, besteuert werden (z.B. Rentenversicherungspflicht während des Studiums bei gegen Entgelt Beschäftigten) oder Kürzungen unterliegen. Ob sich die SPD-PolitikerInnen für die Senkung des Spitzensteuersatzes aussprechen oder Teile der Bündnisgrünen Wohlstandsverzicht einfordern, der schon vermuten läßt, welche Bevölkerungsgruppen davon als erste betroffen sein werden, immer geht es um die Durchsetzung einer Akzeptanz für das neue Erscheinungsbild des Kapitalismus.

Gleichwohl widerstrebt es Teilen der Bevölkerung, sich dem Druck der kapitalistisch-ökonomischen Sachzwänge zu beugen, die ständig von den PolitikerInnen wiederholt werden, ohne deren Ursachen und Entstehung gleich mit zu nennen. Die Durchsetzung einer Akzeptanz für das neue Erscheinungsbild des Kapitalismus steht im Vordergrund. Die Konflikte werden härter, die Mitsprachemöglichkeiten aber nicht breiter. »Die ihr (der Verfassung, d. Verf.) innewohnende Beharrungskraft soll dem stetigen Wandel der Gesellschaft und der Politik ein Gerüst einziehen und Grenzpunkte markieren« schreibt Wolfgang Schäuble (1996: 12) und beklagt, daß Politik in zunehmendem Maße durch Konstitutionalisierung gebremst werde. Die Verschlankung des Staates und der demokratischen Strukturen verbessert die Abwehrmöglichkeiten gegen Interessengruppen, die versuchen, sich der Dynamik entgegenzustellen, und Gewaltanwendungen können durch den Mythos Globalisierung wie ein Naturgesetz legitimiert werden. Ist das »weniger Demokratie wagen«, wie Schäuble diese Tendenz beschreibt, nicht eher ein Zeichen, daß die Grenzen schon erreicht sind und wegen fehlender demokratischer Partizipation der letzte Weg, die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, immer häufiger wahrgenommen werden muß?

Endlose Geschichte des Kapitalismus

Das Ende der Geschichte wurde vermutet und der Kapitalismus als die einzig mögliche Wirtschaftsform postuliert. Es ist gut hundert Jahre her, daß

eine politische Klasse begann, eine Sozialpolitik auf den Weg zu bringen, und mit ihrer wachsenden Bedeutung konnte sie soziale Forderungen gegen die Interessen der KapitalistInnen durchsetzen. Der heutige Prozeß ist umgekehrt, denn die Sozialpolitik droht ohne entsprechende Lobby und dem herrschenden Kapitalismusglauben in die Bedeutungslosigkeit zu sinken.

Der politische und wirtschaftliche Teil der Gesellschaft, verkörpert durch Konzerne, Banken, Unternehmensverbände und PolitikerInnen und zum größten Teil auch der Gewerkschaften, versucht als Lösung der anhaltenden Krise neben der Verbilligung der Arbeit, die Daseinsversorgung seitens des Staates abzubauen. In jedem Lebensbereich werden Normen der kapitalistischen Ökonomie eingefordert, so daß immer öfter die Nutzen-Kosten-Relation angelegt wird, um die Akkumulationskrise zu überwinden. Das ist im kulturellen, medialen oder im universitären Bereich zu beobachten. Dabei wird die Entwicklungsrichtung mit auffallender »freiwilliger Unterwerfung« (Hirsch 1995 b: 162) getragen. Die Gesellschaften tendieren dazu sich dem ungehemmten globalen Kapitalismus unterzuordnen, ohne in dem Zusammenhang nach dessen Entstehung zu fragen und damit auch den Ursachen der realen oder vermeintlichen Zwänge näher zu kommen.

Um Alternativen ist es in der Tat schlecht bestellt, zumal nach dem Systemumbruch des Ostblocks andere Politik- und Wirtschaftsformen undenkbar erscheinen und ein »... fatalistisches und (...) radikal antiutopisches Bewußtsein...« (ebd.) besteht. Andererseits wird die jetzige Entwicklung gern als revolutionäre Veränderung aller Lebensbereiche beschrieben und »... ein interventionistisch (...), (aber) vor allem in seinen Eingriffs-, Überwachungs-, und Kontrollmöglichkeiten entscheidend erweiterter Sicherheitsstaat« (Hirsch 1995 b: 160) als entsprechende Begleiterscheinung glorifiziert.

Utopische Weltsozialgesellschaft

Die Symptome, die dem Weltmarkt entstammen und von einer Politik verstärkt werden, die »... der internationalen Konkurrenz höchste Priorität einräumt und nicht mehr durch Rücksicht auf Beschäftigungsstand und soziale Belange (»Sozialklimbim«, »soziale Hängematte«, »Freizeitpark« etc.) ...« (Altvater 1994 b: 525) gekennzeichnet ist, mit nationalstaatlichen Vorschlägen zu beantworten, wirkt absurd.

Die Wirtschaft vernetzt sich zunehmend in den globalen Zentren, aber eine Einigung auf Sozialstandards kommt nicht zustande. Globale Antworten können nur von den Gewerkschaften ohne deren »Co-Management«, sozialen Bewegungen, den Arbeitslosen u.a., mit internationalem Selbstverständnis, entwickelt und durchgesetzt werden.

Die Ausschlußmechanismen bei der Beteiligung an Fortschritt und Wohlstand des Kapitalismus zurückzudrängen, wäre das eine und hielte am bestehenden Wirtschaftssystem fest. Das andere wäre eine Weltsozialorganisation, die als Dachorganisation eine Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaften bewirken kann und die Verwurzelung der Gewerkschaften, ArbeitnehmerInnen und generell Lohnabhängigen, die an Einfluß immer mehr einbüßen und von Entscheidungen multinationaler Unternehmen immer abhängiger werden, aufzuheben in der Lage wäre.

Die fehlende Internationalisierung der Klassen der Lohnabhängigen verhindert eine globale Absprache untereinander. Daß z.B. Belegschaften wie bei VW geschehen, gegeneinander ausgespielt werden, ist unter den heutigen Umständen schwer abzuwenden. Durch eine internationale Organisierung würde der zunehmenden Monopolisierung des Kapitals, dessen Klassen sich über die WTO und anderen Institutionen absprechen, auf der anderen Seite Rechnung getragen und die Durchsetzungskraft der Lohnabhängigen gestärkt bzw. verbessert. »Arbeit wird weltweit billig wie Dreck« und international setzen sich die niedrigsten Standards durch, wenn jegliche Gegenbewegung nationalistisch und unsolidarisch verhaftet bleiben sollte.

Über eine Weltsozialorganisation könnte es gelingen, die Gewinne der Konzerne einer Verteilung in die Gesellschaften zuzuführen und sie evtl. steuerlich greifbar zu machen. Das schließt eine Ausformung von Machtmittel zur Durchsetzung sozialer Belange mit ein. Eine Antwort auf die wiederkehrenden Krisen des Systems könnte auch heißen, sich gemeinsam an die Konzeption eines Neuen zu machen, als die Krisen auf Kosten der Schwachen zu verwalten.

Lassen sich die eigenen Interessen von anderen vertreten und können statt der Arbeitenden, Arbeitslosen, Angestellten und dgl. m. in der Politik andere sogenannte RepräsentantInnen diese Aufgabe übernehmen?

Das Ende herbeiführen!

Sind wir schon in die »Globalisierungsfalle« getappt? Das Ringen um den Erhalt von Sozialleistungen, wie kürzlich in Frankreich und anderen europäischen Ländern, zeigt, daß sich (noch?) Widerstand regt.

Es ist schwer zu beurteilen, ob das die letzten Zuckungen sind, weil der gesellschaftliche Korpus schon in Individuen' zerlegt ist. Oder werden sich daraus z.B. Erkenntnisse ableiten, daß den glo-

balen Fallenstellern möglicherweise nur mit einer internationalen Widerstandsformation effektiv Einhalt geboten werden kann. Wieso kommt es nicht mindestens in Europa zu einem solidarischen Netz der Gewerkschaften, welches dem Konkurrenzgerangel bei der Beschaffung von Aufträgen in den Betrieben ein Ende bereitet? Statt dessen wird überwiegend versucht bestehende Arbeitsplätze zu verteidigen. Ist es nicht höchste Zeit, daß auch Arbeitslose eine gewerkschaftliche Politik eröffnen?

Daß wir auf »... die historische Sollbruchstelle zu (treiben) ... an der ein Umschwung erfolgt (,...der) ... ein Umschwung in die Katastrophe sein kann ...« (Zinn 1993: 26) ist bei der Bearbeitung der Fragestellung hervorgetreten. Wir befinden uns mitten drin. Inwieweit in diesem Umschwung eine Determination vorliegt, daß wir das latent Bruchhafte als Ganzes nicht ersetzen oder reformieren können, bleibt offen. Eine affirmative Antwort würde schließlich Hoffnungslosigkeit bedeuten, mindestens für alle, die unter den bestehenden Verhältnissen leiden oder langsam zugrunde gehen.

Wenn wir eine allgemeine Unzufriedenheit mit dieser Form oder mit dem Kapitalismus überhaupt voraussetzen können, fragt sich, wie es gelingt, daß sich eine unmenschliche und naturfeindliche Daseinshaltung festigen kann?

Da es, wie Altvater feststellt, »...keine systemimmanente Grenze, an der kapitalistisches Wachstum aufhört (gibt) und die Expansion stoppt, selbst wenn äußere Grenzen erreicht worden sind ...« (Altvater 1994a: 222), kann an die Stelle einer aktiven Abänderung nur das schicksalsergebene Warten auf die Katastrophe treten.

Anmerkungen

1 Unter neoliberalem Theoriegebäude mit verbesserter Koordinierung und zentralen Verwaltungsstellen der Weltökonomie (WTO / Gatt, G 7, Internationaler Währungsfond, Weltbank) wurden und werden, ohne öffentliche Kontroll- oder Mitsprachemöglichkeiten, bedeutungsvolle Entscheidungen gefällt, die zwangsläufig bis auf die nationale Ebene durchschlagen. Dennoch sind die Wirkungen für die nationalen RegierungsvertreterInnen nicht überraschend, die zu den UnterzeichnerInnen der Schlußdokumente des Gatt - Vertragswerks gehören. Daher kann es kaum verwundern, daß der Gesellschaft eine parlamentarische Verstärkung der ökonomischen Kräfte widerfährt.
Ist dadurch nicht eine Tendenz vorgegeben, wohin die Reduzierung des Sozialen in den Nationalstaaten führen wird? Während von den RegierungsvertreterInnen der 128 Unterzeichnerstaaten eine Welthandelsorganisation ins Leben gerufen worden ist, steht der Sozialpolitik nichts derartiges zur Verfügung.

2 Weder Gewerkschaften noch irgendwelche Nichtregierungsorgansationen, sehen sich in der Lage oder sind Willens, eine internationale Institution zu schaffen, an der die Kräfte und Zwänge des Marktes nicht vorbeikönnen. Von den Regierungen kann eine derartige Initiative nicht kommen. Die Meldungen über Rekordgewinne und Rekordjahre der Konzerne reißen nicht ab. Derartige Tatsachen tangieren aber die Beschäftigungs-verhältnisse.

3 World trade organisation / General Agreement on Tarifs and Trade »... Südkorea, Sinapur, Taiwan, Honkong, Malaysia, Thailand, Indonesien, schließlich China.« (Bischoff 1996: 3)

4 Bspw. die gentechnische Patentierung der UreinwohnerInnen der Philippinen.

5 Wertschöpfung: Die von den einzelnen Wirtschaften (Landwirtschaft, Industrie, öffentliche Verwaltung usw.) innerhalb einer Rechnungsperiode durch den Einsatz von Arbeit, Kapital, Bodennutzung neugeschaffen Werte, die zu dem vorhandenen Vermögen dazukommen. Ws. umfaßt Gehälter, Löhne, Zinsen für Fremdkapital und Betriebsgewinne.

6 »Grundlage ist eine technologische Veränderung in den Verkehrs-, Informations-, und Kommunikationssystemen, mit denen eine Verschlankung des Wertschöpfungsprozesses, eine Individualisierung der Produkte und eine engere Verzahnung der Produktions-, Vertriebs- und Logistik-Standorte auf verschiedenen Kontinenten angestrebt werden kann.« (Bischoff 1996:5)

7 Vgl.: Schäfer 1996: 91

8 Ein »Nationalstaat« ist innerhalb eines klar abgegrenzten Territoriums organisiert und wird von den meisten anderen Staaten als der formelle Souverän in diesem Territorium anerkannt. Seine politischen Subjekte bilden eine staatsbürgerliche Nation oder ëStaatsnationí (d.h. sie sind den allgemeinen Gesetzen unterworfen, sprechen die offizielle(n) Sprache(n), identifizieren sich miteinander als Landsleute und erkennen in ihrem Territorium den Staatsapparat als legitime Autorität an).« (Jessop 1995: 14)

9 »Maquila« war in der Kolonialzeit das Mahlgeld, das der Müller für seine Arbeit erhielt. So steckt in Maquiladora der Gedanke an eine Teilarbeit, die integriert ist in einen größeren, andernorts gesteuerten Produktionsprozeß (ila, Nr. 185, 5.95 zit.n. Klaß 1996: 25)

10 »Die Territorialität des Nationalstaats wird "entbündelt"« (Altvater 1994a: 218)

11 Abbau von Versorgung und Versicherungen, Einschränkungen von Rechten, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen etc.

12 Horst Afheldt in einem Interview im SPD-Mitgliedermagazin Vorwärts im Januar '96

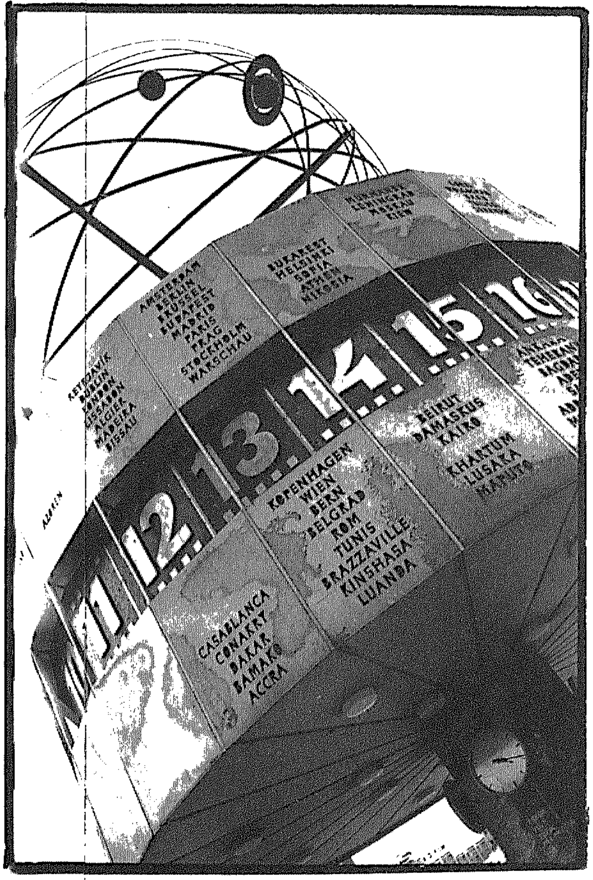


Foto: Herby Sachs/Version

Anm. der Red.: Vorliegender Text mußte aus Platzgründen erheblich gekürzt werden. Er wird in seiner ursprünglichen Form 1998 in Buchform erscheinen.

Menetekel Globalisierung

von Michael Wilk

Globalisierung, Neustrukturierung des Weltmarkts mit verschärften kapitalistischen Produktionsbedingungen, einhergehend mit einer sich durchsetzenden Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, unterzieht die existenziellen Rahmenbedingungen einer eigenen speziellen Dynamik. Was AnhängerInnen eines neo-liberalen Pragmatismus frohlocken läßt, weil diese eine neue Ära prosperierender und wachsender Wirtschaft heraufziehen sehen, wirkt sich für andere katastrophal aus: Zunehmende soziale Ungleichheit, wachsende Verteilungskämpfe und soziale Konflikte, ansteigende Flucht und Migrationsbewegungen.

Unter der Dynamik der Globalisierung scheint sich die Bedeutung nationaler ökonomischer Steuerungsregularien zu verändern, die staatlichen Rahmenbedingungen zunehmend den Bedürfnissen eines global operierenden Kapitals unterzuordnen und anzupassen.

Es ist schwierig zwischen realen Momenten ökonomischer Veränderung und der Fiktion eines bedrohlichen Szenarios zu unterscheiden, das die Globalisierung zum *übermächtigen* Faktor werden läßt, der jedwede herkömmliche Machtstruktur unterzuordnen scheint und der den Menschen zu verstehen geben will, sie seien einem unabwendbaren Schicksal ausgeliefert.

Globalisierung wirkt somit dual-nicht nur auf der Basis realer Strukturveränderung, sondern ebenso auf ideeller, besser propagandistischer Ebene.

»Allein der Markt regiert. Eine neue industrielle Revolution bricht an: Kapitalismus ohne Grenzen. Der weltweite Wettstreit um Jobs und Löhne wird das Leben radikal verändern. Hilflos stehen nationale Regierungen, die allein das Wohl ihres Landes im Auge haben , Konzernen und Anlegern gegenüber, die längst global denken. Verliert die Politik ihre Macht?« (Spiegel,Nr.39,9.96)

Alle sind unterworfen, alle müssen sich beugen, selbst die Regierungen (die nur das Beste wollen !!!) müssen sich unterordnen. Das ist bitter. Wenn schon die Mächtigen ohnmächtig sind-was soll der/die Einzelne da noch ausrichten. Besonders bemerkenswert in der Darstellung des Spiegel- der als solcher implizierte Interessengegensatz zwischen nationaler Regierung und Konzernen. Die BRD als Opfer einer Konzernverschwörung ?

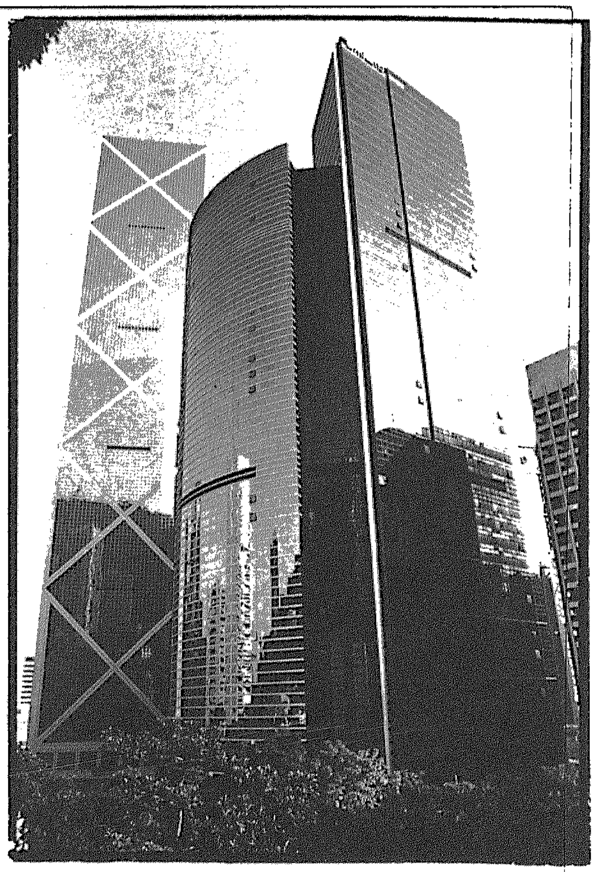
Die ökonomische Struktur der BRD, mit einer Vielzahl transnational operierender deutscher Konzerne ist mitnichten *Opfer*, sondern integraler Bestandteil weltwirtschaftlicher Prozesse. Entgarantierung, Destabilisierung und Abbau sozial-staatlicher Versorgung sind gewollt, entsprechen diesem Kontext und erfolgen keineswegs unter dem *Zwang der Verhältnisse*, wie den Untertanen glaubhaft gemacht werden soll.

Die Klage deutscher Industriemagnaten und Wirtschaftsführer über *unerträglich hohe Lohn- und Lohnnebenkosten* klingt angesichts des ökonomischen Potentials der Unternehmen wie blanker Hohn. »Nicht nur liegen die Lohnstückkosten, die die gesammte Arbeitskostenbelastung umfassen (Quotient aus Lohnkosten pro Arbeitsstunde und Stundenproduktivität der Beschäftigten) in Deutschland 1995 niedriger als in allen anderen Industrienationen (USA, Japan, Großbritanien, Frankreich), sondern sie sind auch noch seit 1993 stärker gesunken als in drei der anderen Nationen.« (J.Huffschmid,n. Klartext, IG Medien Wiesb. 3/96)

Die deutsche Wirtschaft, die am Beispiel der Exporte seit Jahren einen der Spitzenränge belegt, konnte, trotz einer DM-Aufwertung und der damit verbundenen Preissteigerung der Produkte um ca. 30 Prozent in den letzten 6 Jahren, ihre Position und damit ihre Gewinne sichern. (Huffschmid)

Das Streben nach Profitmaximierung und die gleichzeitige Minimierung der Unkosten ist an sich nichts Überraschendes- so sehr jedoch Ausbeutung auf der einen Seite hemmungslos im weltweiten Rahmen betrieben wurde, so sehr war auf der anderen Seite die *deutsche* ArbeitnehmerInnenschaft im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Gepflogenheiten vor härtester Ausbeutung geschützt und über soziale Sicherungssysteme vor dem tiefen Absturz relativ abgesichert. Neokolonialistische Wirtschaftsbeziehungen gereichten im Rahmen der *alten* Weltwirtschaftordnung so nicht nur Banken und Großkonzernen zum Vorteil, sondern verschafften der Bevölkerung der Industrienationen das Privileg über ein relativ hohes Einkommen am Konsum der Warengesellschaft beteiligt zu sein. Soziale Auseinandersetzungen in Westeuropa, ist unter diesen Voraussetzungen immer auch gekennzeichnet durch das Bemühen um Besitzstandswahrung. Die Globalisierung der Wirtschaft und die damit einhergehende Umstrukturierung des sozial-ökonomi-

Foto: Umbruch-Bildarchiv



schen Gefüges weckt Befürchtungen bei denen, die um ihre gewohnte Sicherheit und Konsumkraft bangen.

Befürchtet wird nicht nur ein ins ökonomischer Hintertreffen geratener Stand-ort Deutschland, sondern ein Zusammenbruch des sozial-politischen Kontext: Die Furcht vor Verlust gewachsener sozial-ökonomischer Strukturen, und die Gefahr, der *Deklassierung* anheimzufallen, scheint begründet und wirkt als Disziplinierungsinstrument. Aber genau da besteht der Unterschied zwischen z.B. westeuropäischen und den Ländern des *Südens*: Eben darin, etwas zu verlieren zu haben, was ein angestammtes Recht zu sein scheint: konsumieren zu können, sozial abgesichert zu sein und eine Rente und Versorgung im Krankheitsfall erwarten zu können- im Gegensatz zu denjenigen, die dies alles nicht, oder nur sehr eingeschränkt für sich in Anspruch nehmen können. Die bei der Auseinandersetzung um den Standort Deutschland so in den Vordergrund gedrängte Lohnkostendiskussion, läßt den Mitbewerber z.B. aus Polen immer als Konkurrent und nie als solidarischen Mitstreiter erscheinen. Was für die einen als Bedrohung ihres Wohlstands darstellt, ist für die anderen möglicherweise die -wenn auch trügerische- Hoffnung Anschluß an die *Segnungen des Kapitalismus* zu finden, worunter genau jene Qualitäten verstanden werden, die jetzt perfiderweise postfordistisch gefährdet sind.

Globalisierung trifft somit auf unterschiedliche Opfer, spaltet sie weiter auf, entsolidarisiert und hetzt sie gegeneinander. Globalisierung ist also nicht nur ein Prozess, der reale ökonomische Bedingungen verändert, sondern ebenso die Vorstellung, Phantasie, Angst und Hoffnung von Menschen; eine Fiktion die massenpsychologisch eine eigene Dynamik entwickelt. (...)

Für die BRD bedeutet dies, daß die momentane Regierung nicht unter *ökonomischer Not der Großunternehmen* zum Ausdünnen der sozialen Sicherungen gezwungen ist, sondern sie arbeitet in enger Koordination und unter Ausnutzung allgemeiner Ängste und unter Benutzung der Standorthysterie, zusammen mit Arbeitgeberverbänden, an der Maximierung der Gewinne. Was gegenüber der Öffentlichkeit als Zwang dargestellt wird, ist weitaus weniger ein schicksalhaftes sich *fügen müssen*, sondern vielmehr die Chance aus einer Staatskonzeption auszusteigen, deren integrative und versorgende Bestandteile zu unprofitabel erscheinen. Zur Disposition gestellt wird somit auch ein Herrschaftskonzept, dessen soziale Sicherungsmaßnahmen systemstabilisierend wirken.

Regierungen und Kapital verfügen durch die Globalisierung der Märkte über ein hochwirksames Instrument und Argument zur Deregulierung. In wieweit dieses genutzt und umgesetzt wird, ist jedoch nicht nur von den Erfordernissen dieses Globalmarkts und seiner Mechanismen abhängig, sondern ebenso von den nationalen Bedingungen des jeweiligen Machtzentrums. Die Gegebenheit, daß sich der Kapitalismus zunehmend transnational strukturiert, heißt nicht, daß er sich von seiner nationalen Basis abwendet. Im Gegenteil, ein global operierender Konzern bedarf weiterhin stabiler nationaler Strukturen, eines funktionierenden Staates mit regionalen und kommunalen Institutionen, im Bedarfsfall auch militärischer und polizeilicher Absicherung

Basis kapitalistischer Verwertung bleiben bis auf weiteres national gefasste sozial-ökonomische Strukturen, deren jeweiliger Wandel eine spezifische Dynamik und Struktur erhält. Deregulierung und Entgarantierung sind so zwar durchgängig zu verzeichnen, wirken sich jedoch nach Ausmaß und Ausgangssituation sehr differenziert auseben nicht nur abhängig von den *theoretischen* Möglichkeiten der Profitmaximierung, sondern ebenso abhängig von Aspekten der Sicherheit, des Machterhalts, der Einbindung und letztlich auch vom Widerstand gegen verschärfte Ausbeutung.

Die Staaten hoher wirtschaftlicher Potenz haben, im Gegensatz zu den Ländern mangelnder wirtschaftlicher Attraktivität, die Möglichkeit spezifischer auf den Globalisierungprozess zu reagieren.

Die Konzepte *national*-ökonomischer Verbundsysteme am Beispiel des Euromarkts oder auch der NAFTA werden durch Globalisierungstendenzen nicht aufgehoben, sondern werden von den beteiligten Staaten weiter mit Hochdruck betrieben. Regional protektionistische Züge sind dabei durchaus ein Merkmal im Kampf um Marktvorteile in der Auseinandersetzung zwischen den vorherrschenden kapitalistischen Zentren.

Die USA auf dem amerikanischen Kontinent, Europa unter der Führungsmacht BRD und Japan in Fernost, versuchen weiterhin zur Stärkung ihrer Position regionale Einflußsphären auszubauen und abzusichern. Das jeweilige Vorgehen ist dabei durchaus unterschiedlich: steht bei der amerikanischen NAFTA die eher an ökonomischen Gesichtspunkten orientierte Freihandelszone deutlich im Vordergrund, so geht es in der EU auch um eine politisch strukturelle Etablierung. Die sozio-ökonomische Realität der verschiedenen Gesellschaftmodelle weicht erheblich von einander ab. Gewachsene Struktur staatlich -gesellschaftlicher Regularien, sei es das Verhältnis BürgerInnen/Staat oder auch sozio-kulturelle Bedingungen führen zu unterschiedlichen Reaktionen auf die veränderten *globalisierten* ökonomischen Bedingungen.

Zweifellos wachsen auch in den Staaten Zentral-und Nordeuropas die sozialen Ungleichheiten und es zeichnen sich verstärkt gesellschaftliche Differenzierungen und regionale Verwerfungen ab. In den Ländern mit einer *sozialpartnerschaftlichen* Tradition geht diese Entwicklung jedoch von einem, im internationalen Maßstab, sehr hohen sozialen Niveau aus. Das heißt, daß die strukturellen Sicherheitsnetze einen



Foto: Sabine Adorf/Version

vergleichsweise hohen Standart besitzen und somit einen relativ breiten Spielraum zur Ausdünnung anbieten, aber auch noch (zur Zeit) soviel *Netz* übriggelassen werden kann, daß der Sturz ins Bodenlose vermieden wird. Es verschärft sich die Polarisierung, aber ein völliges Auseinanderdriften der Sozialstruktur kann vorerst vermieden werden.

Die besonderen historischen Bedingungen, die zu einer speziellen Entwicklung des Kapitalismus in einigen europäischen Ländern geführt hat, sind nicht einfach auf andere Länder übertragbar. Die Tendenz, daß neoliberale Bestrebungen sich hier (von der Periode des Thatcherismus in GB einmal abgesehen) langsamer und modifizierter auf ökonomische/soziale Regularien auswirken, als z.B. in den USA, heißt noch nichts in Bezug auf den Ausgang des Rennens, um den Sieg in der nächsten Etappe, im Kampf um Märkte und Gewinne.

»Tatsächlich scheint sich das herrschende imperialistische Konkurrenzverhältnis zwischen verschiedenen kapitalistischen Gesellschaftssystemen zu entwickeln. Welches dieser Zentren sich letztendlich als dominierend durchsetzen wird ist durchaus offen. Offen ist allerdings auch, ob sich die regionalen Unterschiede im Zuge einer neoliberalen Globalisierungspolitik durchhalten lassen.« (J.Hirsch,Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems, Die Beute 2/96) »Der ökonomische Erfolg der südostasiatischen Tigerstaaten könnte im übrigen darauf hinweisen, daß nicht dem demokratisch-sozialen, sondern dem dort herrschenden autoritären und sozial entfesselten Kapitalismus die Zukunft gehört.«(ebenda)

Innerhalb der ökonomischen Rahmenbedingungen der BRD, ist es durch hohe Produktivität und (trotz relativ hoher Löhne) niedrigen Lohnstückkosten möglich, hohe Gewinne zu erwirtschaften. Das System sozialer Absicherung wird, wenn auch ausgedünnt, weiter finanziert. Diese Finanzierung wird zunehmend schwieriger, weil sie klassischerweise vom Beschäftigungsgrad abhängig ist. Sozialabgaben, Krankenversicherungsbeiträge und Rentenbeiträge werden bekanntermaßen hälftig von Arbeitgeber und -nehmer geteilt. Die im Rahmen moderner Produktionsverfahren und der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland eingesparten Arbeitsplätze, vermindern einerseits die Einahmen des Staates, erfordern andererseits finanziellen Aufwand beim Einsatz sozialer Sicherung. Unter dem Gesichtpunkt reiner Profitmaximierung ist dies kein Problem, im Gegenteil. Schwieriger stellt sich dies bei der Frage des künftigen Finanzierungsmodus staatlicher/sozialer Sicherungssysteme dar. Die Auseinandersetzung über die Korrelation von Profitmarge zu Renten- und Gesundheitssystem, sowie sozialer Mindestsicherung ist im Gange; Sie wird von Kapitalseite vor allem mit dem Argument der Standortattraktivität (s.o.), von Gewerkschafts- und SPDseite auf klassischer Grundlage alter sozialpartnerschaftlicher Parität geführt. Dreh und Angelpunkt dieses Ansatzes ist und bleibt eine möglichst hohe Beschäftigungsrate, ein Ansatz, der bei steigender Produktivität und zugleich fallenden Beschäftigungszahlen reichlich antiquiert anmutet. Abschaffung von Überstunden und auch die Verkürzung der Arbeitszeit, sind unter dem Aspekt, die anfallende Arbeit gleichmäßiger verteilen zu wollen richtig gedacht - gehen aber, leider, leider, ein wenig an den Bedingungen kapitalistischer Produktion vorbei. Was zählt, ist ein möglichst hoher *Ausstoß* an Waren oder Dienstleistungen, bei geringst möglichem Kapitaleinsatz. Unter dem Einsatz von High-Tech Fertigung und Slim-Production trägt die Möglichkeit Kosten im Personalbereich einsparen zu können, in einem ähnlichen Maß zur Gewinnsteigerung bei, wie die direkte Absatzsteigerung. Warum sollte unter dieser Prämisse auch nur ein Arbeitsplatz mehr geschaffen werden als unbedingt nötig? »Es geht längst nicht mehr um die Umverteilung von Arbeit, sondern um die Umverteilung von Arbeitslosigkeit-eben auch verdeckt in den neuen Mischformen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, weil diese offiziel als *(Voll)Beschäftigung* gelten (befristete, geringfügige, Teilzeit-Arbeit u.s.w.) Dies gilt gerade auch für die sogenannten Beschäftigungsparadiese USA und Großbritanien, wo diejenigen, die in der Grauzone zwischen Arbeit und Nichtarbeit leben und sich oft mit Hungerlöhnen begnügen müssen, längst die Mehrheit bilden.« (Ullrich Beck, Kapitalismus ohne Arbeit, Spiegel 20/1996)

Die Menge derer, die bereit (natürlich auch gezwungen) sind, sich für weniger Geld zu verkaufen, wächst. Das Festhalten an den alten Maximen eines Wohlstands durch Vollbeschäftigung, wie es zu Zeiten fordistischer Produktionsregularien Gültigkeit besaß, wird heute zum Bremsklotz in der Entwicklung neuer Perspektiven. Die Tatsache, daß steigender Gewinn und Wirtschaftswachstum nicht neue Arbeitsplatze in den ökonomischen Zentren schafft, sondern vielmehr wachsender Profit erst durch Abbau von Arbeitsplätzen ermöglicht wird, sollte eigentlich auch den letzten AnhängerInnen sozialpartnerschaftlicher Denkart die Augen öffnen.

Das mentale Kleben an der überkommenen Regel der Vollbeschäftigung, wird zur Schere im Kopf, bei der Entwicklung und Neuformulierung neuer (alter) Ziele. Die breite gesellschaftliche Akzeptanz einer Maxime, nach der der Wert eines Menschen entscheidend an seiner Leistungsfähigkeit und Produktivität gemessen wird, hat in Zeiten erheblich reduzierter Arbeitsplätze weitreichende (nicht nur auf geringeres Einkommen bezeihende) Konsequenz. Die Tendenz und Akzeptanz dafür, gesellschaftliche Probleme, die sich aus der verschärfenden ökonomischen Si-

Foto: Herby Sachs/Version



tuation ergeben, mittels sozialdarwinistischer Methoden zu lösen, wächst erheblich. Mit steigendem Frust darüber, die eigene Leistungsbereitschaft gar nicht mehr (oder nur noch schlecht bezahlt) unter Beweis stellen zu können, schwindet nicht nur das eigene Selbstwertgefühl, es wächst auch die Wut, die, nach altbewärtem Muster, gegen die anderen gerichtet wird. Es sind nicht nur AusländerInnen und Flüchtlinge, die in bekannt rassistischer Manier, als Bedrohung deutscher Arbeitsplätze herhalten müssen, sondern es sind auch Alte, Kranke und Behinderte, die mehr und mehr als unproduktiver Unkostenfaktor gesehen werden. Das Bild sozialer Auseinandersetzung wird durch eine Diskussion geprägt, in der Menschen vor allem im Kosten/Nutzen Kontext erscheinen.

Solange es auch von den Betroffenen akzeptiert bleibt, daß der Wert von Menschen sich an ihrer Verwertbarkeit mißt, besteht nicht nur die Gefahr sozialer Deklassierung und Ausgrenzung, sondern die Perspektive des Horrors: vom nicht Vollwertigen, über das Minderwertige- zum Unwerten Leben erklärt zu werden.

Kürzungen bei RentnerInnen, Einsparungen bei Kranken und Behinderten und verminderte Sozialhilfe auf der einen Seite, bei gleichzeitig wachsenden Reichtum auf der anderen Seite, erfordern die Infragestellung des Prinzips Leistung/Wert genauso, wie die Tatsache das ein großer Teil gesellschaftlicher Arbeit (fast ausschließlich von Frauen) sowieso unentgeltlich erfolgt.

Im Rahmen einer Perspektivdiskussion kann es also nicht mehr länger nur darum gehen, vorhandene Arbeitsplätze zu retten, Überstunden umzuverteilen und sich möglichst teuer zu verkaufen. Um nicht falsch verstanden zu werden: es ist absolut richtig all dies zu tun, und es wäre schon ein Fortschritt, würden die betrieblichen Auseinandersetzung konsequent und nicht oft genug im anpassenden, vorauseilenden Gehorsam beigelegt.

Trotzdem ist es nicht genug, denn all dies nützt denjenigen, die aus den Zirkularien der Verwertung herausgeschleudert wurden, zu alt oder nie leistungsfähig genug waren, wenig. Es gilt, die Verknüpfung von Wert und Produktivität zu entkoppeln, die Definitionen von Wert, als auch von Arbeit neu zu fassen, und auf dieser Grundlage, eben nicht nur über die Verteilung von Arbeit(splätzen) sondern vor allem auch über die egalitäre Verteilung von gesellschaftlichen Reichtum nachzudenken.

Mit dem partiellen quanti-und qualitativen Rückzug aus der Garantenstellung des Staates bei sich gleichzeitig verschärfender ökonomischer Situation, verändern sich die Rahmenbedingungen im Mensch/Staat Verhältnis. Es entstehen Spannungen und Risse im gesellschaftlichen Gefüge, die jedoch nicht automatisch zur Grundlage emanzipativer Prozesse werden. Die Diversifizierung der sozial/ökonomischen Struktur, sowohl im Sinne vertikaler Veränderung (Kapitalkonzentration, steigender Armut, geringfügige und Teilzeitarbeit), als auch in Bezug auf horizontale Modifikation (urbane *attraktive* Standorte, Global Cities, Ballungszentren; periphere Gebiete) führen zu einer fortschreitenden Destabilisierung gewohnter und als halbwegs sicher empfundener Umgebung. Angst vor sozialem Absturz, und die Furcht davor, selbst einem Desintegrationsprozess anheim zu fallen, führen mehrheitlich zu Anpassungs- und Verteidigungsmechanismen vielfältiger Art. Die seltenen Fälle eines sich entwickelnden breiten Widerstands sind meist getragen vom Bestreben den sozial-ökonomischen Status quo ante wieder herzustellen. Die Enttäuschung über einen Staat, der sich in den Augen vieler, genau in dieser Situation seiner Verantwortung entzieht, läßt zwar vordergründig Distanz und Mißtrauen gegenüber staatlichen Organen wachsen, führt aber seltenst zur grundsätzlichen Infragestellung der Herrschaftsmechanismen, ganz zu schweigen von der Entwicklung humaner libertärer Alternativstruktur. Anstatt sich sich dieser Auseinandersetzung zu stellen, wünschen sich viele nur den alten *Vater Versorgungungsstaat* zurück, der den sozialen Frieden, und damit die eigene Position, sichern möge, und/oder sie rufen nach jenem starken Staat der sie schützen soll, notfalls auch gegen die Andern, die Nichtdeutschen, die Mafia, die Bulgaren, oder wer auch immer gerade aktuell als Bedrohungsmoment aufgebaut wird.

Die potentielle *Gefahr*, daß sich innerhalb der aufbrechenden Risse des Sozialgefüges und einer etwaigen wachsenden Distanz gegenüber staatlicher Regulation emanzipative Ansätze verbreitern und an Struktur gewinnen könnten, scheint durch die autoritäre/versorgungsgewohnte Struktur der meisten Betroffenen auf ein kalkulierbares Maß reduziert zu sein. Diejenigen, die staatliche Entgarantierung forcieren, bauen darauf, daß Denken und Handeln der Betroffenen nicht aus dem gewohnten Rahmen ausschert, andere Wege sucht, letztendlich unkalkulierbarer und eigenständiger wird. Es ist kaum verwunderlich, daß die meisten derjenigen, die jetzt z.B. von Arbeitsplatzverlust oder Lohnminderung bedroht sind, ihr Heil in der Anpassung und nicht im offenen Widerstand suchen. Nicht nur mangelder Erfolg, vielmehr unzureichende Erfahrung auf der Ebene konfrontativer Auseinandersetzung, der Mangel sozial tragender Struktur, die Isolation und die Angst des/der Einzelnen überwindbar erscheinen läßt, sind oftmals fehlende Elemente, die zur Entstehung weitergehender emanzipativer Prozesse nötig wären.

Die partiell veränderten Rahmenbedingungen und die ansatzweise Entflechtung von Mensch und Staat, die sich unter der Entgarantierungstendenz abzeichnet, treffen auf eine gesellschaftliche Grundstruktur, die nach wie

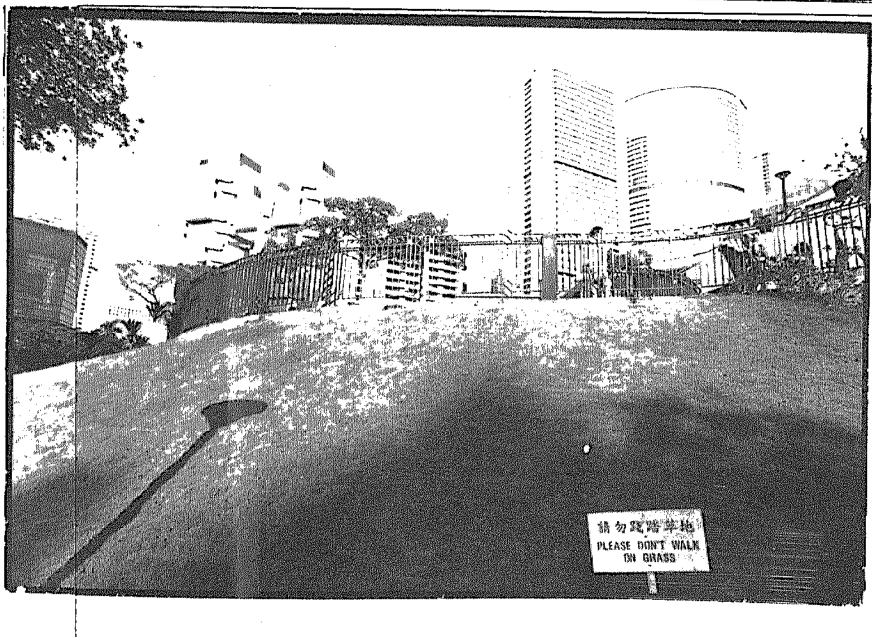


Foto: Umbruch Bildarchiv

vor, über Einbindung und Identifikation des/der Einzelnen mit dem Gesamtsystem funktioniert. Die Methode soziale Sicherungssysteme kostengünstig auszudünnen, gefährdet auf Dauer diese Ebenen der Einbindung und Identifikation erheblich. Noch kann darauf vertraut werden, daß Momente des Widerstands relativ beschränkt bleiben. Dies mag eine Zeit lang funktionieren, solange Mindestgarantien und vor allem die Angst dieses *wenige* eventuell auch noch zu gefährden, die Menschen in verunsicherter Starre abwarten lassen. Auf Dauer jedoch könnte, ein zu radikales Vorgehen auf Seiten der *Entgarantierer* den noch tragfähigen Konsens einer Gesellschaft gefährden, die Polizei und Justiz nur im Ausnahmefall gegen Streikende und Protestierende einzusetzen pflegte. Konnte bisher getrost darauf vertraut werden, daß sich die meisten (der wenigen aktiv protestierenden) selbständig und mit der Schere im Kopf den eigenen Aktionsradius beschneiden, so könnte dies in Zukunft weniger gut funktionieren. Die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate, Kohle- Bergbau, Bauarbeiter-Berlin, Thyssen/Krupp Fusion mit ca. 6000 drohenden Entlassungen, stehen für Ereignisse, die zu schnell aufeinander und von ihrer Tragweite zu heftig erfolgten, um einfach wieder in Vergessenheit zu geraten. Zeitlich parallel protestierten und blockierten Tausende in Gorleben gegen den Castor-Transport. Noch erfolgen Aktionen dieser Art weitgehend unabhängig voneinander, ausgehend von scheinbar getrennten Ebenen der Betroffenheit. Das dem nicht so ist, - und diese Verbindung nachzuweisen ist eine Aufgabe.

Es gilt zu intervenieren, nicht nur weil wir selbst Betroffen sind, sondern auch, um nicht jenen Raum zu geben, die Risse im gesellschaftlichen Gefüge mit rassistischen und autoritären Inhalten füllen, die schnelle Lösungen anbieten, auf Kosten derer, die ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind. Emanzipative Ansätze entwickeln sich nicht automatisch aus gesellschaftlichen Spannungen heraus; ein sensibler Umgang mit der Angst vor neuen (nicht autoritären) Perspektiven bedarf eines ansatzweisen tragfähigen sozialen Gerüst. Strukturen die im persönlichen und menschlichen Bereich Sicherheit vermitteln, eine Sicherheit die nicht erdrückt und neue Abhängigkeiten schafft, sondern Handlungsebenen erschließt. Aspekte einer Widerstandskultur, die sich, wie schon oft gefordert, eben nicht nur an den Frakturlinien des gesellschaftlichen Funktionierens entwickeln darf, sondern vor allem auch im Bereich des *normalen* sozialen (Alltags) Gefüges. Die kritische Überprüfung *unserer* zwischenmenschlichen Beziehungen und von Gruppenstrukturen hat an Notwendigkeit nichts eingebüßt. Erwartung von emanzipativen Verhalten wird schnell zur arroganten Überforderung, wenn nicht eigene Bereitschaft zum sozialen Handeln dieser Erwartung erfahrbar zur Seite gestellt wird. Die Auseinandersetzung mit Widerstandsperspektiven, muß somit die strukturellen Veränderung ökonomischer Faktoren berücksichtigen, ohne dabei die sozialpsychologischen Ebenen und deren Durchwirkung zu vernachlässigen.

Just -in -Time -Produktion z.B. hat nicht nur fatale Auswirkungen durch die Möglichkeit *überflüssige* Stellen abzubauen, sie macht das ökonomische System auch angreifbarer und verwundbarer. Die Blockade der nahtlos verknüpften Produktion-Transport-Produktion-Komplexe durch französische und später spanische TransportarbeiterInnen, brachte die Gefahr erheblicher (teuerer) Verzögerung bei der Endmontage z.B. deutscher PKW's. Verdichtete ökonomische Systeme werden so rationeller, aber auch in jeder Hinsicht empfindlicher gegenüber Störungen, die nur durch reibungslosen Ablauf zu vermeiden sind. Proteste bewirken in diesem Zusammenhang eine kaskadenartige Verkettung von Folgeproblemen, bleiben nicht regional begrenzt sondern wirken analog der ökonomischen Verflechtung sogar transnational. Über die zur Entstehung eines solchen Protestes nötigen Vorbedingungen, seiner Inhalte und Ziele, sowie die vorausgesetzten sozialen Faktoren ist damit noch nichts gesagt , also auch nichts über seinen emanzipativen Charakter. Dieser ergibt sich erst aus dem psycho-sozialen Kontext, so nicht zuletzt aus der Frage, ob es *nur* um Besitzstandswahrung geht, oder um mehr, letztendlich die Frage nach gerechteren Produktions- und Verteilungsaspekten und somit auch um die Frage nach gerechten globalen Lebensbedingungen.

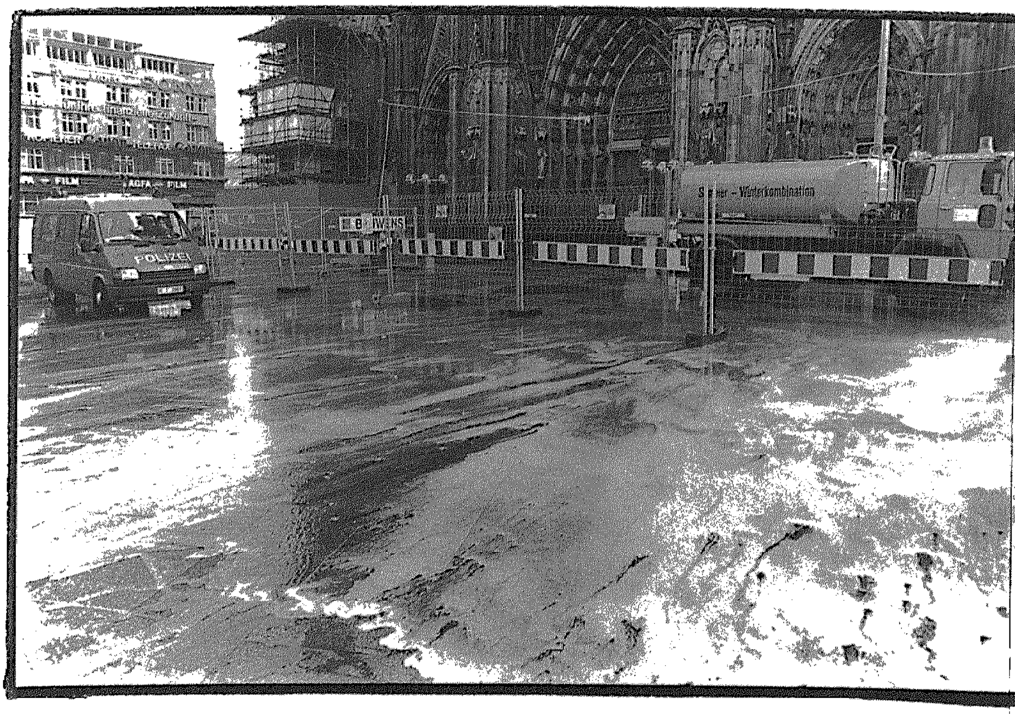


Foto: Sabine Adorf/Version

"Soziale Säuberungen" in Köln

als Teil eines weltweiten Umbruchmanövers

von Detlef Hartmann

"Ruschmeier räumt die Domplatte auf", so lautete die Balkenüberschrift der letzten Seite des Kölner Boulevardblattes *"Express"* vom 23. Februar 1997. Ruschmeier ist der Kölner Oberstadtdirektor, die Domplatte **der** zentrale Platz der Stadt Köln. Vor dem Dom gelegen verbindet er Bahnhof und Fußgängerzone, die großen Fernsehstationen und den Museenkomplex. Er symbolisiert damit die Attraktivität der Stadt, die sich als Metropole der Kongresse, Messen, Medien und Kunst ins globale Spiel der Wachstumszentren einbringen will. Der praktisch ganzseitige Artikel ist reißerisch aufgemacht. Auf das große Farbbild des Domvorplatzes und die Balkenüberschrift ist über die gesamte Bildbreite hinweg, das Foto des lachenden Oberstadtdirektors aufmontiert, seine Hände greifen ins Bild. Es scheint eine Pose der Macht, Herrschaft, Kontrolle und des zukunftsgerichteten Optimismus. Der Artikel gibt neue Säuberungsziele gegen Bettler, Straßenmusiker, Straßenmaler, Gaukler, Pantomimenspieler, Skateboardfahrer mit der Ankündigung strenger Kontrollen wieder. Es ist der vorerst letzte Akt einer langen Kette säuberungspolitischer Maßnahmen, die in diesem Beitrag schlaglichtartig beleuchtet werden sollen.

Bevor ich beginne, ein Wort zur Vorsicht. Natürlich bildet der Express-Artikel den Oberstadtdirektor als zukunftsgewandten optimistischen Triumphator ab. Auch das gehört mit zur Strategie. Über die sozialen Aktivitäten, gegen die sich die offizielle Säuberungspolitik richtet, wird praktisch nicht mehr positiv berichtet. Es wäre verkürzt, dies mit einer Gleichschaltung der Presse zu erklären. Natürlich gibt es Absprachen, Insider-Informationen wollen z.B. davon wissen, daß es in der Bürokratie des öffentlichen Fernsehens regelrechte Anweisungen hierzu geben soll. Aber die Vorstellung von Gleichschaltung schiebt den repressiven Aspekt zu sehr in den Vordergrund. In der Standortkonkurrenz der europaweiten und globalen Entwicklungskerne und Metropolen vereinigen sich Medien, Kapital- und Verwaltungsapparate zu gemeinsamen Initiativen, auch im sozialen Krieg der Säuberungen. Ihre Triebkräfte sind weit komplexer, als daß sie auf einen Aspekt reduziert werden könnten. Aus diesem Grund kommt das Subjekt der Auseinandersetzung bei ihnen praktisch nicht mehr vor. Auch ein Artikel, der über die Strategie der "sozialen Säuberungen" berichtet, stellt die Initiative von Oben in den Vordergrund. Er vernachlässigt das Gewicht und die Bedeutung der sozialen Prozesse, gegen die sie sich richtet. Dieses "Vorurteil" für die "Stadt von oben" scheint schwer zu vermeiden. Die Prozesse der "Stadt von unten" erscheinen für die intellektuelle Betrachtung nur beschränkt zugänglich. ("Von unge", von unten ist der Name einer Kölner Stadtzeitung, in der die Akteure dieser Prozesse von ihren Formen der Selbstorganisation etc. berichten.) Darüber hinaus scheint die Initiative im sozialen Umbruchsgeschehen zur Zeit noch immer bei denjenigen zu liegen, die die Gesellschaft pausenlos dem Bombardement ihrer sozialen Schocks aussetzen. Außerdem ist die Realität sozialer Gegenbewegung von unten kaum aus der Metropole selbst zu begreifen. Vor allem nicht aus dem begrenzten Bereich einer deutschen Metropole. Das, was sich von unten mit der Politik der sozialen Zerstörung und Säuberung von oben konfrontiert, wird dieser Entwicklung nicht gerecht. Dazu weiter unten.

"Soziale Säuberung", von der ich im folgenden berichte, ist nur Teil eines umfassenden sozialen Angriffs, indem sie neben stadtplanerischen, technologischen, ökonomischen im engeren Sinn, institutionellen Seiten nur einen Aspekt darstellt. Einige Ereignisse ragen heraus.

Die "Säuberungen" im "Drogenbereich"

Eine der spektakulärsten Einzelheiten war ein neuer Stadtplan, der irgendwann nach Beginn des Vorweihnachtsgeschäfts vor 2 1/2 Jahren ausgegeben wurde. Einer der zentralen Plätze der Stadt Köln ist der "Neumarkt", ein großer, mit Bäumen bestandener Platz, der direkt an die Fußgängerzone angrenzt. Dieser Platz wurde auf dem Stadtplanausschnitt mit einigen angrenzenden Arealen durch durch eine regelrechte "Sozialgreenze" umrissen. An Drogenabhängige und Dealer erging das Verbot, sich in diesem Raum aufzuhalten. Die Stadt Köln wurde insoweit regelrecht "zoniert", das Recht der Freizügigkeit wurde praktisch aufgehoben, die Stadt als homogener Raum des sozialen "Gemeingebrauchs" wurde einem neuen territorialen Regiem unterworfen. Zuwiderhandelnde wurden mit Platzverbot belegt, das im Wiederholungsfalle mit Festnahmen durchgesetzt wurde und zu Inhaftierungen führte. Wirklich Drogenkranke, die am Metadonprogramm teilnahmen, beklagten sich darüber, daß sie nur über das ausgegrenzte Territorium zum Gesundheitsamt gelangen konnten, um die Tagesdosis dort entgegenzunehmen. Personen, die aufgrund ihres Aussehens verdächtigt wurden, drogenabhängig zu sein, beklagten sich über die Willkürlichkeit der ihnen gegenüber angewendeten Maßnahmen. Sie war zum Teil sehr entwürdigend. Eine Frau berichtete, daß sie auf den Weg zum Gesundheitsamt festgenommen und über Stunden in Gewahrsam genommen worden sei. Als man sie nachts freigelassen habe und sie sich darüber beklagte, daß die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr führen und sie kein Geld für ein Taxi hätte, sei ihr entgegnet worden, sie solle sich das Taxigeld doch auf dem Strich verdienen, das täte sie ja sowieso. Der Zeitpunkt und Ort, der für diese Maßnahme gewählt wurde, war eindeutig und ließ kaum Zweifel offen. Betroffene und Kenner der Verhältnisse berichteten, daß der Neumarkt über Monate hinweg als geduldeter Drogenumschlagplatz in auffälliger Weise regelrecht "aufgebaut" wurde. Polizeibeamte und Ordnungskräfte hätten nur wenig eingegriffen, selbst da wo offensichtlich gedealt wurde. Auf diese Weise konzentrierte sich ein großer Teil des Drogengeschehens auf den Neumarkt oder soll man sagen "wurde konzentriert"?

Dann schlug die Politik um. Im Herbst, als die Vorbereitungen des Weihnachtsfestes heranrückten, setzte eine regelrechte Medienkampagne ein. Der Neumarkt ist der Platz, auf dem traditionell der Weihnachtsmarkt stattfindet, wo sich Erwachsene, vor allem aber Kinder im Kauf- und Konsumrausch auf das heilige Fest vorbereiten können. Die Medien stilisierten die Drogenabhängigen zum Sicherheitsproblem, zu einem kriminellen Angriff auf unsere lieben Kleinen, auf die Unschuld ihrer freudigen Adventserwartungen. Dargestellt als hohlwangige, abgerissene Figuren wurden sie in sozialrassistischer Weise stigmatisiert und zum Objekt der Verachtung ausgesondert und freigegeben.

Das gilt auch für den Angriff der Stadtpolitik auf die Obdachlosen. Gerade der Dombereich und vor allem der Domvorplatz wurde zu einem wichtigen Bereich ihrer Aktivitäten. Obdachlose Jugendliche hielten über einen längeren Zeitraum den historischen sogenannten "Teufelsbrunnen" besetzt, der mit seiner Vertiefung gute Aufenthalts- und Schlafmöglichkeiten bot. Die Domplatte selbst, der vordere Domvorplatz, wurde zum Ausgangspunkt vieler Initiativen und Aktionen.

Der Kampf gegen die Klagemauer

Einen wichtigen "Anker" stellte die "Klagemauer für den Frieden" dar. Sie bestand aus drei Masten mit dazwischen gespannten Netzen, in denen Briefe aus aller Welt, politische, vor allem auch antifaschistische Botschaften, Gebete, Wünsche angebracht wurden, zu Tausenden. Leute blieben stehen, diskutierten, ganze Schulklassen und Jugendgruppen kamen, der Bürgermeister von Hiroshima war ebenso häufiger Gast, wie AntifaschistInnen, Arbeiterpriester aus anderen Ländern. Vor allem aber gingen von ihr Demonstrationen und Aktionen vo Obdachlosen und Armen aus. Im Winter war sie eine starke Garantie dafür, daß lebensrettende Schlafplätze von Obdachlosen im nahegelegenen Bahnhof besetzt und gehalten werden konnten.

Vier Jahre hat die Klagemauer gehalten, aber die Säuberungspolitik gegen sie und die Obdachlosen wurde innerhalb dieser Zeit stetig verschärft. Im Frühsommer 1994 wurde eine interne nichtöffentliche Verwaltungskonferenz der wichtigen Dezernenten der Stadt Köln einberufen. Sie beschloß eine konzertierte Politik zur Säuberung und Kontrolle mit dem Ziel, die sozialen Zusammenhänge von unten mit "Nadelstichen, die zur Verunsicherung beitragen" sollten, ordnungsrechtlichen Zugriffen, Platzverweisen, eindeutiger Öffentlichkeitsarbeit zu mobilisieren und aufzulösen, nachdem durch "intensive Beobachtung ein harter Kern herausgeschält" worden sei.

Kern der Auseinandersetzung war die Klagemauer, deren weltweites moralisches Gewicht nicht zu ignorieren war. Im Tandem führten Domkapitel und Stadt mehrjährig Prozesse, die sie zugleich als Privatisierungspolitik betrieben. Sie stützen ihre Ansprüche ausschließlich auf das private Eigentum auf dem Territorium, obwohl es doch öffentliches Gelände war und die Klagemauer eine öffentliche Initiative darstellte. Die Nadelstiche bestanden zum Teil aus dem lächerllichen Einsatz von Säuberungsfahrzeugen, wohl eher als Mittel abwertender Stigmatisierung gedacht.

Als dann Ende des letzten Jahres die Stadt ein Räumungsurteil gegen Walter Herrmann, den langjährigen Initiator und Wächter der Klagemauer, erlangte, setzte schlagartig eine härtere Gangart ein und das Klima verschärfte sich merklich. Die Klagemauer wurde geräumt, Walter Herrman wurde in Strafverfahren und Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz etc. systematisch kriminalisiert, Demonstrationen wurden behindert, eine wurde eingekesselt, die "Nadelstiche" gegen die Obdachlosen und Armen wurden intensiviert. Dennoch:

Walter Herrmann ist mit einer mobilen, eher symbolischen Klagemauer weiter unterwegs, sammelt zum Teil haltlose Ermittlungsverfahren auf sein Haupt. Das in Jahren gewachsene Beziehungsgeflecht der Prozesse von unten ist nicht so leicht zu zerstören und erhält durch die "Monatagsdemo" und weitere Initiativen seinen Halt.

Privatisierung des öffentlichen Raums

Eine Einschätzung, wie sich dieser Antagonismus weiter entwickeln wird, ist aus der begrenzten thematischen Perspektive nicht möglich. Die hier dargestellte Säuberungspolitik stellt nur eine Facette aus dem komplexen sozialen Angriff dar. Der Krieg gegen die Obdachlosen hatte seinen Vorlauf in der Flüchtlingspolitik und seine Entsprechungen in der Kampagne gegen die Alten zur Verminderung der "Alterslastquote", und in der Gesundheitspolitik, die beide die Trennlinien zwischen wertem und unwertem Leben drastisch verschieben. In all diesen Politikbereichen sind analoge sozialpsychologische Techniken der Stigmatisierung, der Herstellung des sozialen Feindes und der Steigerung des Aggressionspotentials neuer Eliten, der neuen Schichten, auf die es ankommt, am Werk. Auf dem Gebiet kommunaler Ordnungspolitik gilt dies bundesweit, gerade die aufstrebenden "Zitadellenstädte" flankieren ihren Anspruch auf einen global herausragenden Standort mit ähnlichen Säuberungsstrategien. Vorreiter scheinen Frankfurt, Köln, Hamburg, Berlin, wie die Inszenierungen um die neuen Verordnungen zur Steigerung der "inneren Sicherheit" zeigen. Es ist der in vielen innenstädtischen Bauvorhaben symbolisierte und manifestierte Anspruch auf Teilhabe am Spiel globaler Standortmetropolen, die oft sinnlos scheinenden kostspieligen Investitionen in Stadtsymbole der Zitadellnmacht, die den Kern einer neuen sozialen Aggressivität gegen das stigmatisierte und ausgesonderte Subjekt symbolisieren und sich als Bezugsgröße für die neuen Eliten anbieten, das "Humankapital" innovativer Standortmacht. Dieser sozialpsychische Prozeß zur Herstellung eines innovativen aggressiven Subjekts im Verhältnis zum "Anderen" seines Objekts ist immer der Kern und Ausgangspunkt aller faschistoiden und sozialimperialistischen Formierungsprozesse gewesen.



Foto: Herby Sachs/Version

Bezogen ist die Säuberungspolitik auf eine Reihe von Strategien zur Konstitution sozialer Macht auf einem neuen Niveau. Der Domplatz verbindet Bahnhof und Fußgängerzone, zentrale Bereiche der Transformation sozialer Macht. Bahnhöfe werden privatisiert, Plastik-Cardtechnologien zur Regulierung von Zugang und Teilhabe erprobt und zum Teil schon angewendet. Dasselbe gilt für innenstädtische "Malls" und "Passagen". Zur institutionellen Garantie wird das Eigentumsverhältnis umgestaltet und öffentliche Räume privatisiert. Die Privatisierung der Bahn hat als wesentliche Seite auch die Privatisierung des privaten Kommandos, die privaten Wachdienste verzeichnen ein geregeltes Wachstum unter der sich zurückziehenden und dünner werdenden Kontrolle öffentlichrechtlicher Ordnungsmacht. Dasselbe gilt für die Fußgängerzonen. In jeder der "Zitadellenstädte" werden Pläne zur Privatisierung des öffentlichen Raumes

vorangetrieben, Protagonisten sind die großen Kaufhausfirmen, aber auch Ketten wie etwa die Fa. Douglas in Köln. Sie plädiert für eine neue Form des Innenstadteigentums, beziehungsweise der Innenstadtpacht plädiert mit totaler privater territorialer Kontrolle. Solche Innenstädte stellen die technologischen Knotenpunkte dar für die Entwicklung neuer Maut- und Verkehrsleitsysteme. Informatikmultis wie Siemens Nixdorf haben sie als Terrain für Investitionen in Milliardenhöhe ins Auge gefaßt. Eurokommissar Bangemann ist einer der Befürworter, sie mit Satelliten gestützen Systemen als Ansatzpunkte für eine europäische Investitionskonjunktur zu bestimmen.

Damit ist der Komplex "sozialer Säuberungen" in den neuen Zitadellenstädten nur eine Facette in einem globalen Projekt, das der Ökonom Schumpeter die "schöpferische Zerstörung" genannt hat. Schumpeter ist inzwischen jenseits der sogenannten neoliberalen Platitüden fünfzig Jahre nach seinem Tod wieder zu einem der wichtigsten Theoretiker sozial-ökonomischer Strategiebildung avanciert. Die "Wirtschaftswoche" druckt regelmäßig eine Kolumne mit der Überschrift "Schumpeter" ab, in der exemplarisch Beispiele "schöpferischer Zerstörung" dargestellt werden. In seinem erstmals 1911 erschienenen Werk der *"Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung"* macht er die gerade neu entwickelte Rassenhygiene zum Paradigma planmäßiger Politik einer innovativen schöpferischen Zerstörung mit ihren Strategien der "Vernichtung der mit hoffnungslos Unangepaßtem verbundenen Existenz" und des "Lebensunfähigen".

Obwohl die Intelligenz, auch die linke Intelligenz, immer anfällig für den Triumph und den Fortschritt innovativer Sozialstrategien gewesen ist, sollten auch wir uns klarmachen, daß bei aller Brutalität der Säuberungen und allem Triumphalismus des imperativen Gestus die Situation völlig offen ist. An und um die Klagemauer erweist sich, daß die Moral der neuen Herren stündlich zerbröselt und zerbricht, daß alle verantwortungsethischen und kommunitaristischen Diskurse nicht ausreichen, diese Verluste wettzumachen. Das Subjekt dieser Auseinandersetzung, die Armen, Obdachlosen, Flüchtlinge haben zwar nicht die Mittel technologischer und institutioneller Macht. Sie haben aber das moralische Gewicht und die Möglichkeiten neuer sozialer Geflechte und von Gesellschaftlichkeit von unten gegen die neuen sozialzerstörerischen Barbareien auf ihrer Seite. Bezüge zwischen Städten, Regionen, Ländern müssen auf diesem Niveau neu geknüpft werden. Die Beziehungen zu den weltweiten Bewegungen von Flüchtlingen und Bewegungen von unten in anderen Ländern der drei Kontinente müssen offengehalten und konkret gemacht werden. Die nächsten beiden Jahre werden für diese Prozesse von unten sehr wichtig.



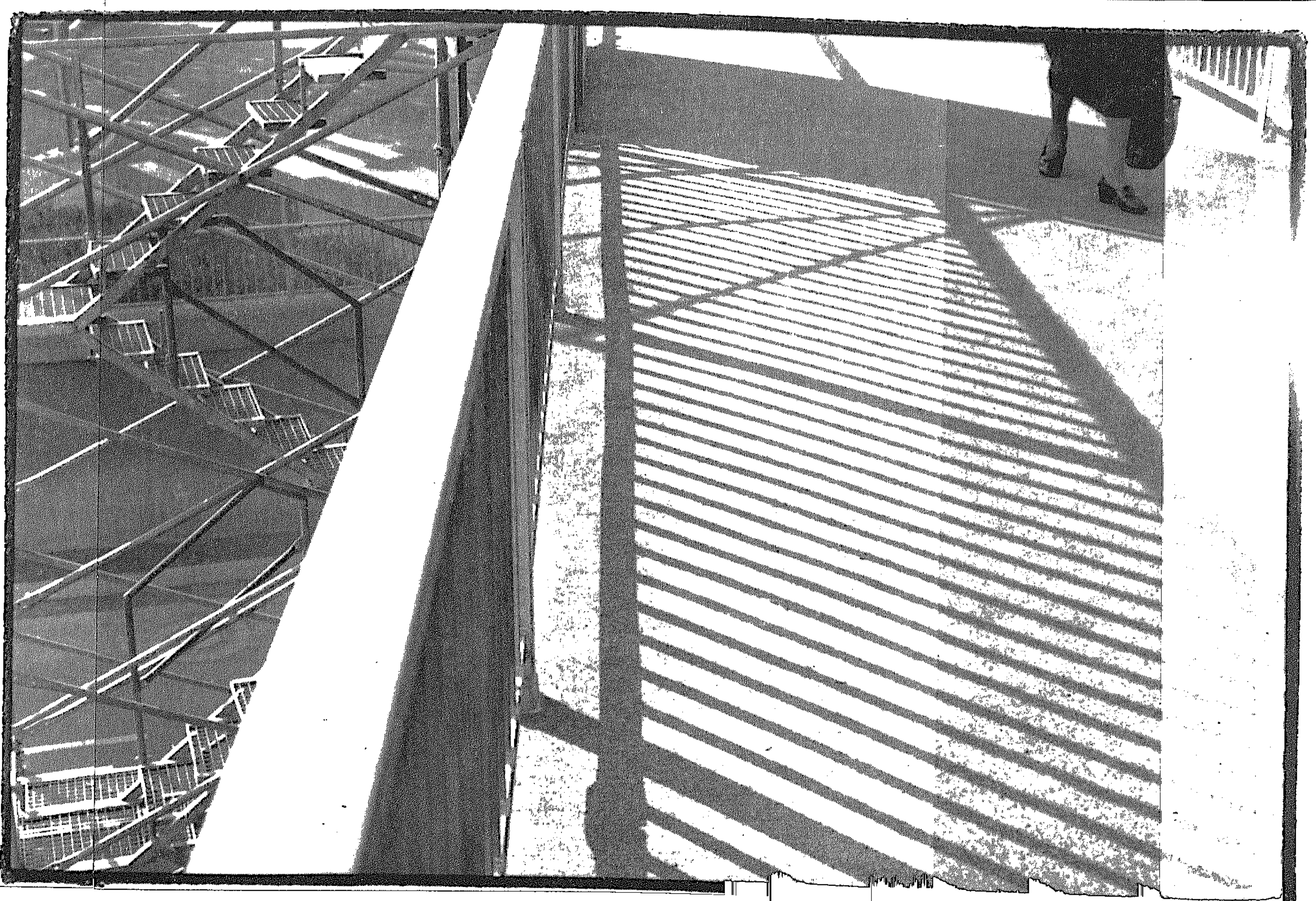


Foto: Sabine Adorf/Version

Die Einheit von Ideal und Praxis

von Murray Bookchin

[Vorbemerkung: Im Herbst 1996 sandte die SCHWARZER-FADEN-Redaktion einen Brief an mich ab, offensichtlich mit näheren Informationen über die vorgesehene Debatte zwischen Noam Chomsky und mir. Leider habe ich diesen Brief nie erhalten - und erst vor kurzem, nämlich aus SF 60, erfuhr ich, daß man dort die Frage der Mitgliedschaft in einer Partei als „vordergründig" einstuft. (Nicht die Mitgliedschaft in einer Partei wurde in der letzten Ausgabe generell als "vordergründig" bzw. oberflächlich eingestuft, sondern die Mitgliedschaft Noam Chomskys in einer Partei. Die SF-Red.) *Hätte ich von dieser - in einer anarchistischen Zeitschrift wahrhaft ungewöhnlichen - Einschränkung der Debatte vorher gewußt, dann hätte ich mich gar nicht erst darauf eingelassen; ich bin auch jetzt nicht dazu bereit. Denn andernfalls würde ich einer radikalen Trennung zwischen Theorie und Praxis zustimmen, und einer solchen Trennung wird der SF doch wohl hoffentlich nicht das Wort reden. Sobald man erst einmal Inkonsistenz zwischen den Idealen und dem praktischen Leben zuläßt, zwischen "Visionen und Zielen", wird die ganze Diskussion akademisch; was wir schreiben oder als Ideale auf diesen Seiten propagieren, steht dann in keinem Zusammenhang mehr mit unserem politischen Verhalten in der Realität.]*

I

Mir begegnen neuerdings Menschen - vor allem Jüngere - die sich zwar als „Linke" bezeichnen, dabei aber selbst die elementarste Kenntnis der seit langem gültigen Kapitalismus-Analyse der Linken vermissen lassen. Genau so wenig wissen sie über die Geschichte der revolutionären, zur bürgerlichen Gesellschaft in fundamentaler Opposition stehenden Bewegungen. Es schmerzt mich zu sehen, daß die altbekannten ideologischen Abgrenzungen zwischen dem Kapitalismus und der Linken ebenso in Vergessenheit geraten sind wie die kritischsten Erkenntnisse des libertären Sozialismus und des revolutionären Anarchismus. Angesichts dieses um sich greifenden gesellschaftlichen Gedächtnisschwundes sehe ich mich gezwungen, erst einmal kurz die Entwicklung des Kapitalismus und die Pflichten der revolutionären Linken darzustellen, bevor ich meine politischen und gesellschaftlichen Ideale vorstellen kann, sind diese doch nahtlos mit der Tradition dieser Linken verwoben.

Es gibt einige Grundauffassungen, die sich in der traditionellen Linken und dort vor allem bei den Sozialanarchisten finden *[Bookchin spricht von „social anarchists" und meint damit offensichtlich diejenigen Anarchisten, die sich - im Gegensatz zu den „Individualanarchisten" - auf das Ziel einer Umgestaltung der Gesellschaft insgesamt konzentrieren. Anm.d.Übers.]*. Wenn sich Menschen mir gegenüber als Sozialanarchisten bezeichnen, dann gehe ich davon aus, daß sie - so denn ihr politisches Handeln überhaupt einen Sinn haben soll - diese Auffassungen teilen. Ich gehe davon aus, daß für Sozialanarchisten, die ja Linke sind, der Kapitalismus ein marktwirtschaftliches Wettbewerbssystem darstellt, das die miteinander rivalisierenden bürgerlichen Unternehmen zu unablässigem Wachstum verurteilt. Und daß sie dieses Wachstum als *absolut unausweichlich* ansehen, ist doch die treibende Kraft dahinter selbst nach Meinung der Bourgeoisie der „Druck des freien Wettbewerbs" in Produktion und Konsum. Und so wenig wie in einer vom Klassengegensatz beherrschten Wirtschaftsordnung die Ausbeutung der Arbeiterschaft beseitigt werden kann, so wenig wird sich diese „Antriebskraft" zu Lebzeiten des Kapitalismus abstellen lassen. Sozialanarchisten, so darf ich wohl annehmen, sind davon überzeugt, daß ein fortdauernder Kapitalismus katastrophale Folgen für Natur und Gesellschaft haben würde. All dies liegt im seinem Wesen begründet; wer etwas anderes erwarten würde, hätte es nicht mit dem Kapitalismus zu tun.

Des weiteren darf ich bei einem Sozialanarchisten wohl die Überzeugung voraussetzen, daß der Kapitalismus restlos zerschlagen werden muß, bevor die Menschheit das Ziel einer freien und rationalen Gesellschaft erreichen kann. Im Gegensatz zu anderen Linken vertreten jedoch die Sozialanarchisten die Auffassung, die an die Stelle des Kapitalismus tretende Gesellschaftsordnung müsse einen kollektivistischen, ja eigentlich einen libertär-kommunistischen Charakter haben und man würde dort Produktion und Distribution von dem Grundsatz „Jede und jeder nach den Fähigkeiten, jeder und jedem nach den Bedürfnissen" leiten lassen (natürlich nur soweit es die Produktivkraft der Gesellschaft zuläßt). Und die Sozialanarchisten sind sich gewiß auch darüber einig, daß zum Aufbau einer derartigen libertär-kommunistischen Gesellschaft nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Staat abgeschafft werden muß - dieser Staat mit seiner Berufsbürokratie, seinem Gewaltmonopol und seiner angeborenen Bindung an die Interessen der Bourgeoisie.

Auch sind sich die Sozialanarchisten vermutlich darin einig, daß der Staat durch ein Reich der politischen Demokratie abgelöst werden muß, mit untereinander föderierten „Kommunen“ oder Gemeinden. Bei den Anarchosyndikalisten sollen diese Föderationen hauptsächlich von Fabrikausschüssen und libertären Gewerkschaften bestimmt sein, bei den Anarcho-Kommunisten finden sich diverse andere Modelle. Auf meine eigenen Vorstellungen komme ich noch zu sprechen. Jedenfalls erwarte ich von jedem Sozialanarchisten, daß er oder sie die erwähnten Mindestgrundsätze vertritt - also die Kernanalyse des Kapitalismus und seiner Entwicklung sowie die Notwendigkeit, libertäre Institutionen an die Stelle der konkurrenz- und marktorientierten Sozialbeziehungen zu setzen.

Auch wenn es etwas lehrhaft wirken mag: Ich bleibe dabei, daß ein Verzicht auf irgendeines dieser Prinzipien gleichbedeutend ist mit einer Selbstaufgabe nicht nur des Sozialanarchismus, sondern der gesamten revolutionär-libertären Linken. Ich weiß - derartige Gedanken sind heutzutage nicht populär. Es gibt ehemalige Linke, die sich zunächst von einigen dieser Prinzipien lossagen, um besser in der real existierenden Gesellschaft mitschwimmen zu können, nur um dann über alle, die diese Grundsätze der revolutionären Linken noch hochhalten, ohne Unterlaß herzuziehen. Man beschimpft sie als „Dogmatiker“, tut ihre Konsequenz, auf die sie so stolz sind, als „totalitär“ ab und prangert ihre Fixierung auf das Gesellschaftliche als „Sektierertum“ an. Und indem sich die Klarheit gesellschaftlicher und politischer Ideen immer stärker verflüchtigt, drängt man diese prinzipientreuen Linken immer wieder aufs neue, ihre Militanz abzulegen - will sagen, sich jenem geistlos-pluralistischen Durcheinander hinzugeben, das als „Vielfalt“ allgemeine Bewunderung genießt. Vor allem aber sollen sie es ihren ehemaligen Genossen gleichtun: nämlich der Linken vollends den Rücken kehren und sich dem herrschenden Anpassungsdruck unterwerfen.

Diesem zwischenmenschlichen und kulturellen Druck zum Trotz sollten Sozialanarchisten weder zulassen, daß ihr Denken und Tun in Stücke bricht und auf einer Müllhalde von Ideologien voller rettungsloser Widersprüche landet, noch der Bourgeoisie zum Liebesmahl der Klassenkooperation in die Arme sinken. Gerade heute muß eine revolutionär-libertäre Linke, die Gesellschaft im Blick, unerschütterlich zu sich selbst und zu ihren Idealen stehen. Dann gibt es aber Grenzen, die niemand, der Sozialanarchist bleiben will, überschreiten darf.

In dieser Aussage - und das ist wichtig - drückt sich nicht etwa Intoleranz aus. Ich möchte damit vielmehr dazu aufrufen, das Spezifische, Klare und Selbstdefinitorische gegenüber einem alles durchdringenden kulturellen Verfall zu bewahren - einem Verfall, der mit Scheinbegriffen wie „Vielfalt“, „Harmonie“ oder „Kompromiß“ beeindrucken möchte, dabei aber alle wichtigen Unterscheidungsmerkmale verwischt und dadurch verhindert, daß wesentliche politische Unterschiede deutlich werden.

Auch möchte ich die Fragen, denen die Sozialanarchisten sich gegenüber sehen, und ihre Vorgehensweise nicht einem ganz unangebrachten „Entweder-Oder“ unterwerfen. Wo immer ein Unternehmen oder ein Staat daran geht, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern oder die Löhne zu drücken, wo man den Armen und Schutzlosen die elementaren Lebensgrundlagen verweigert, dort sollen die Sozialanarchisten ihre Stimme im Protest erheben und sich denen anschließen, die dergleichen zu verhindern suchen. Kurz, sie sollen an allen Fronten gegen Ausbeutung und Unrecht kämpfen und sich den vielfältigen Bemühungen um das Abstellen ökonomischer, sozialer oder ökologischer Mißstände anschließen, wo immer es nötig ist. Sozialanarchisten lassen sich in ihrer Empfindsamkeit gegenüber menschlichem Leid und in ihrer Entrüstung über krankhafte Entartungen der Gesellschaft von niemandem übertreffen, auch nicht von den wohlmeinendsten Reformpolitikern.

Jedoch: Sie dürfen sich nicht darauf beschränken, bloße Verbesserungen anzustreben. Das kann die Bourgeoisie sehr gut selbst, wenn sie will, und sie kommt dabei noch billig davon. Ist doch das Bürgertum bisweilen geradezu übereifrig dabei, gesellschaftliche Mißstände in eigener Regie zu beheben und genau dadurch gewisse weiter ausgreifende Probleme der Gesellschaft zu verdecken sowie der Gefahr sozialer Unruhen entgegenzuwirken.

Zwischen den Wegen, die im Alltagskampf von Sozialdemokraten, Linksliberalen und anderen Wohlmeinenden beschritten werden, und denen der Sozialanarchisten und der übrigen revolutionären Linken besteht in meinen Augen ein gewaltiger Unterschied. Sozialanarchisten ziehen zwischen ihren Idealen und der Praxis keine Trennlinie. Was die meisten Reformisten vermissen lassen, bringen sie in den Kampf ein: das Bemühen um Aufklärung über die Wurzeln der sozialen Übel; die geduldige Belehrung und Mobilisierung für den Aufbau einer Bewegung, die die *Verbindungen* zwischen den Mißständen um uns herum und der Gesellschaftsordnung *per* se aufzeigt - schließlich sind sie aus dieser erwachsen. Sie wollen in erster Linie den Menschen klarmachen, *woher ihre Leiden stammen und wie sie durch bewußtes Handeln für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel sich davon befreien können.* In der Verbreitung dieser Erkenntnis - früher pflegte man von Klassenbewußtsein zu sprechen (paßt auch heute noch) oder auch von gesellschaftlichem Bewußtsein - liegt eine der wichtigsten Aufgaben jeder revolutionären Organisation oder Bewegung. Sozialanarchisten müssen jeden Protestfall zum Anlaß nehmen, auf das weitere gesellschaftliche Umfeld hinzuweisen; sie müssen ihre Oppositionsarbeit in diesen Kontext stellen und auf den Übergang zu einer rationalen Gesellschaftsordnung (etwa dem libertären Kommunismus) hinwirken. Versäumen sie dies, dann bleibt ihre Opposition zufälliges Stückwerk, eben im Grunde reformistisch.

Wenn die Sozialanarchisten bestimmte Mißstände auf den Kapitalismus zurückführen, müssen sie m.E. deutlich machen, daß zur vollständigen Heilung Veränderungen in der Gesellschaft selbst erforderlich sind. Eine Reform mag erfolgreich sein oder nicht - worauf es ankommt, ist die Aufklärung über ihre *eigentliche Ursache*, über ihr gesellschaftliches Umfeld und über die Querverbindungen zu anderen, weniger ins Auge springenden Problemen. So werden sich am Ende die nur scheinbar unverbundenen Elemente zu einem *Ganzen* zusammenfügen, das die herrschende Gesellschaftsordnung in Frage stellen kann.

Denn wollten wir den Übeln in der Gesellschaft allein mit Reformen zu Leibe rücken und diese Aufgabe auch noch dem Staat übertragen, dann würden wir nur das System stützen; wir würden dadurch die Verwirrung verstärken, die Legitimation untermauern und die ideologische Patina aufpolieren, die für sein Fortbestehen unerläßlich sind. Von 1848 bis zum heutigen Tage haben alle Bewegungen, die für einen Wandel antraten, vor allem unter dieser reformistischen Praxis - und sei sie noch so idealistisch - gelitten. Wer den Kampf nur im Rahmen des gegebenen Systems führt und durch diese Reformen vielleicht sogar zur Linderung mancher Übel beiträgt, dient letzten Endes nur dem Mythos vom „Kapitalismus, der es bringt" (Marcuse) und vom Staat, der angeblich über die widerstreitenden Interessen hinweg dem großen Ganzen dient.

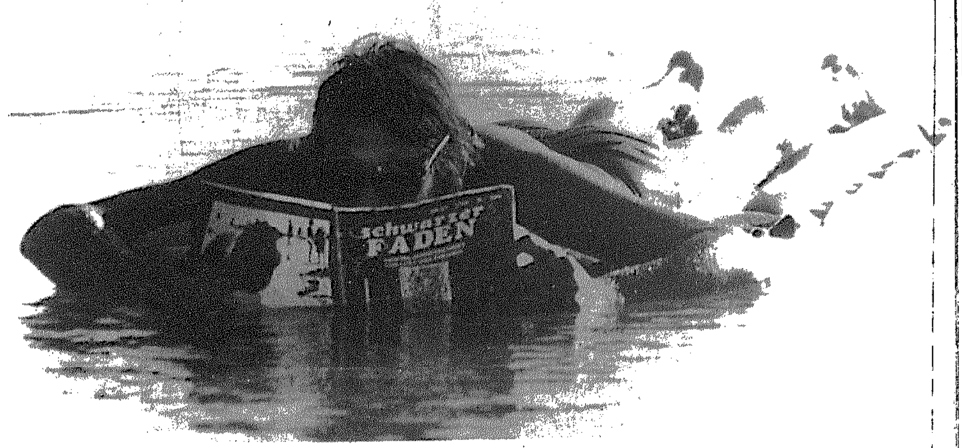


Foto: Monika Follmann

II

Wie in vielen westlichen Ländern, so gibt es heutzutage auch in den USA zahlreiche sozialdemokratische Organisationen und Umweltgruppen, die sich mit gesellschaftlichen und ökologischen Problemen herumschlagen; wobei sie zuweilen über Lobbyarbeit bei den Mächtigen kaum hinaus kommen. Man sieht sie und man hört sie, obschon sie gerade in Schlüsselfragen zu Kompromissen neigen. Da sie üblicherweise in die staatlichen Strukturen eingepaßt sind, stoßen sie gelegentlich auf Stellen, wo das System auf die Bedürfnisse der Armen und Verletzlichen ansprechbar ist. Mit ihrem viel gerühmten „Realismus", ihrer Politik des kleineren Übels und ihrer systemorientierten Heiltätigkeit erzielen sie zuweilen eine Linderung, die das Leben der Hilfesuchenden zu erleichtern scheint.

Sobald jedoch im Volk Forderungen nach Veränderungen laut werden, die den *Grundinteressen* der Bourgeoisie zuwiderlaufen, ist vom Staat kein Nachgeben zu erwarten. So wurde beispielsweise das NAFTA-Abkommen im Kongreß verabschiedet und von Clinton unterzeichnet, obwohl sich neben großen Teilen der Bevölkerung auch zahlreiche Gewerkschaften und Umweltschützer dagegen aussprachen. Das (Groß)kapital wollte nun mal NAFTA haben, und damit basta. Natürlich gibt es solche und solche Staaten. Die Geschichte hat Sklavenhalterstaaten gesehen, feudalistische Staaten, monarchistische, republikanische und totalitäre Staaten. Es wäre naiv, sie alle für gleich zu halten, nur weil es sich um Staaten handelt. Und doch sind auch die vorgeblich „freiesten", an Verfassungen gebundenen und von uns euphemistisch als „Demokratien" bezeichneten Republiken in der sogenannten Ersten Welt nichts anderes als *Klasseninstitutionen*. Ihre Traditionen, Verfassungen, Gesetze, ihre Bürokratien und Rechtsorgane, ihre Polizei und ihr Militär haben einen strukturellen Schutzwall um Eigentum, Profite, Wettbewerb, Kapitalakkumulation und die wirtschaftliche Vorherrschaft der Bourgeoisie und der übrigen privilegierten Schichten errichtet. Dies ist eine der *Grundlagen* des modernen Staates.

Während der gesamten Geschichte des Sozialismus hat bei allen antikapitalistischen Revolutionären, also auch bei den Sozialanarchisten, die Staatsfrage einen der obersten Ränge eingenommen. Marxisten sind immerhin konsequent; wenn sie sich auf den Parlamentarismus einlassen, denn schließlich stand für Marx zweifelsfrei fest, daß der Staat auch nach einer proletarischen Revolution noch gebraucht würde, um den Sozialismus aufzubauen. 1872 meinte er sogar, man würde mit Hilfe des bürgerlich-parlamentarischen Systems den Sozialismus in England und den USA, vielleicht auch in den Niederlanden per Gesetz einführen können - eine Liste, die Engels dann noch um Frankreich erweiterte.

Sobald das Volk die politische Macht verliert, beansprucht sie der Staat für sich; umgekehrt müssen die Massen alle Macht an sich ziehen, die nicht beim Staat liegt. Bei den heutigen politischen Parteien handelt es sich entweder um Staaten im Besitz der Macht oder aber - solange sie nicht an der Regierung sind - um solche, die auf die Machtübernahme warten. Sie wollen als staatliche Organe operieren, also kommen sie angesichts der Staatsmacht gar nicht umhin, den Staat in einem gewissen Grade zu imitieren. Wollen sie an die Macht gelangen, so *müssen* sie sich ebenso zwangsläufig top-down als verlängerte Staatsorgane konstituieren, wie kapitalistische Unternehmen sich - ungeachtet ihrer angeblichen Verpflichtung auf das „Gemeinwohl" - an der Allgemeinheit bereichern müssen. Eigentlich ist es doch so: Je kräftiger der libertäre Anstrich von Parteien, Unternehmen, ja selbst von Staaten leuchtet, desto krasser besudeln sie genau jenes öffentliche Ehrenamt, das ihnen angeblich so teuer ist.

Ein solches Spannungsverhältnis zeigte sich auch bei den GRÜNEN in Deutschland, die ja zunächst den Anspruch erhoben hatten, eine „Anti-Parteien-Partei" zu sein. Einmal im Bundestag, konnten sie diese Spannung nicht beliebig lange durchhalten. Auch wenn ihre SprecherInnen von den besten Absichten beseelt gewesen sein mochten, so mußten doch infolge der Teilhabe der Partei am Staat alle „Anti-Partei"-Vorstellungen unweigerlich zugunsten der Parteiorientierung in den Hintergrund treten. Inzwischen sind die Grünen von einer Gefahr für die Gesellschaftsordnung in Deutschland zu einer ihrer wichtigsten Stützen geworden. Dahinter steckt kein böser Wille bei diesem oder jener Grünen. Es ist vielmehr die unvermeidliche Folge, wenn man *im* Staat agiert statt gegen ihn. Wer

den Staat mit dessen eigenen Mitteln bekämpfen will, wird im Gegenteil zwangsläufig vom Staat selbst gesteuert und geformt.

Im Unterschied zu den Marxisten erblicken die Sozialanarchisten im Staat *an sich* ein mächtiges institutionelles Hindernis auf dem Weg zum libertären Sozialismus oder Kommunismus. Wenn sie in einer bürgerlichen Republik zur Wahlenthaltung aufrufen, bezeugen sie damit ihre Entschlossenheit, dem Staat seine Legitimation zu entziehen und den Mythos, er sei für die „öffentliche Ordnung" und eine wohlorganisierte Gesellschaft unentbehrlich, zu demontieren. Mit ihrer Verweigerung gegenüber parlamentarischen Ritualen wollen die Sozialanarchisten das autoritäre Fundament des Staates enthüllen, seine Legitimität als „naturgegebener" Hort der Ordnung zerstören und seinen Anspruch durchkreuzen, über den Klassen zu schweben und - im Unterschied zur *Inkompetenz* der Massen bei der Wahrnehmung der öffentlichen Angelegenheiten - über die alleinige *Kompetenz* zur Machtausübung zu verfügen.

Bei dieser Verantwortung des Sozialanarchismus für die Aufgabe, den Kapitalismus und den Nationalstaat sowie ihre gegenseitigen Verbindungen zu entzaubern, also ihre Legitimität als „naturgegebene" apriori-Phänomene in Frage zu stellen, handelt es sich keineswegs um ein bloßes theoretisches Konstrukt. Reale Folgen für die Menschen werden sich nur dann zeigen, wenn dieses Ziel sich in einer für alle erkennbaren Praxis widerspiegelt - einer Praxis, die die Forderung nach Reformen des existierenden Systems (worauf es sich immer mal einläßt) in den Ruf nach seiner revolutionären Umgestaltung verwandelt (gegen die es sich stets sperren wird).

III

Viele LeserInnen des SF wissen es bereits: Für mich ist der Sozialanarchismus mit der Errichtung einer Demokratie von Angesicht zu Angesicht verbunden, die den Menschen eine direkte Mitwirkung an ihren gemeinschaftlichen Angelegenheiten ermöglicht. Im Gegensatz zur „repräsentativen Demokratie" (ein Widerspruch in sich!) lebt eine libertäre Demokratie von Volksversammlungen auf Gemeindeebene, die an die Stelle der derzeitigen Kommunalmagistrate treten. Diese Versammlungen stehen allen Erwachsenen zur Mitentscheidung offen (jedenfalls denen, die sich beteiligen möchten). Hier kann die Gemeinschaft selbst über ihre Angelegenheiten bestimmen. In den Versammlungen läuft nichts im geheimen ab; sondern sie unterliegen der öffentlichen Kontrolle.

Ich habe dieses kommunalistische System bürgerlicher Selbstverwaltung *„Libertärer Kommunalismus"* getauft. Als politische Lehre von der direkten Demokratie bildet der Libertäre Kommunalismus einen scharfen Gegensatz zu Staat, Parlamentarismus und dem Repräsentativen Prinzip. Das Wort *Politik* bleibt dort einzig und allein der Regierung einer Gemeinschaft mittels direkter Präsenz in der Volksversammlung vorbehalten. Auch wenn ich Gefahr laufe, mich zu wiederholen, so muß ich noch auf das Spannungsverhältnis zu dem diametralen Gegenbegriff hinweisen, nämlich zur *Staatsräson [statecraft]*, bei der das staatliche Gewaltmonopol letztlich zu einem System hauptberuflicher Top-down-Repräsentanten geführt hat.

Der Libertäre Kommunalismus beruht auf der Überzeugung, daß die Stadt

- die ohnehin noch vor dem Staat auf der geschichtlichen Bühne erschien - das grundlegende Feld menschlicher Gemeinschaftsbildung außerhalb des Kreises von Familie, Freunden und Arbeitskollegen darstellt. Die Gemeinde - in größeren Städten das Stadtviertel - ist die wahre Heimstätte der Politik im etymologischen Sinn einer direkten Demokratie, wie sie in der athenischen *polis* des 5. vorchristlichen Jahrhunderts herrschte. (Natürlich sehe ich in Athen kein „Vorbild" und erst recht keine libertär-kmmunalistische Idealstadt, auch wenn mir das häufig unterstellt wird. Gleich meinen Kritikern bin auch ich mir über die freiheitsfeindlichen Züge und die sonstigen Schwächen des antiken Athen im klaren; aber wir sollten uns doch dadurch nicht davon abhalten lassen, die funktionsfähigen *Institutionen* einer direkten Kommunaldemokratie zu studieren, wie sie seinerzeit in der sich selbst regierenden *polis* Athens entstanden waren.) Wenn wir uns ein Bild davon machen wollen, wie ein Libertärer Kommunalismus in der Praxis aussehen könnte, so liefern uns die in Athen - und fast nur dort - entwickelten demokratischen *Institutionen* unschätzbare Hinweise. Dies gilt vor allem für die Versammlung, die *ekklesia*.

Eine bestimmte anarchistische Strömung lehnt Demokratie in jeglicher Form ab, weil damit die Mehrheit der Minderheit ihren Willen aufzwingt. Anders als die sozialistische Richtung im Anarchismus mit ihrer Betonung der gesellschaftlichen Freiheit stellt diese eigentlich liberalistische Richtung die persönliche Autonomie in den Mittelpunkt. Ich denke, wenn hier ein Entscheidungsverfahren autoritär ist, dann nicht das Mehrheitsprinzip, sondern die Forderung dieser Individualanarchisten nach Konsens im großen Stil. Keine Gesellschaft kann funktionieren, die der Tyrannei der Einzelnen ausgesetzt ist, wenn diese glauben, sich den Wünschen der Mehrheit in den Weg stellen zu dürfen.

Der Libertäre Kommunalismus ist auch keine lokalistische Lehre; er geht nicht davon aus, daß Gemeinden autonom und nur auf sich selbst gestellt existieren können. Ganz im Gegenteil: In der heutigen Gesellschaft sind alle Gemeinschaften und Regionen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse voneinander abhängig. Hier tritt jetzt immer



der Staat auf den Plan, doch der Sozialanarchismus bietet eine Alternative dazu: die *Föderationen*, der libertäre Weg zur Pflege der gegenseitigen Beziehungen. Im Libertären Kommunalismus entsenden die Gemeinden ihre Delegierten mit einem festgelegten und jederzeit widerrufbaren Mandat in den Föderationsrat; dort wird dann umgesetzt, was die einzelnen Versammlungen beschlossen haben. Ein solcher Rat darf einzig die *administrative Durchführung* von Maßnahmen festlegen und keinesfalls politische Grundsatzentscheidungen fällen; diese bleiben den Volksversammlungen vorbehalten.

In einer Föderation wird nicht repräsentiert, sondern koordiniert. Was im Grundsatz zu geschehen hat, entscheidet jeweils die Mehrheit der GemeindebürgerInnen; genau dies kennzeichnet das *Föderale Prinzip*. Zusammengefaßt finden sich meine Ansichten zur Libertären Föderation in dem vor kurzem erschienen Buch von Janet Biehl *Libertarian Municipalism: The Politics of Social Ecology* (Black Rose Books, Montreal 1997). Am ausführlichsten habe ich den Libertären Kommunalismus in *Die Agonie der Stadt* (Trotzdem Verlag 1996, über den SF beziehbar) dargestellt.

Der Libertäre Kommunalismus, der ja eine Variante des anarchistischen Kommunalismus ist, will alle wirtschaftlichen Angelegenheiten auf die Gemeinde übertragen. D.h. jede Volksversammlung kontrolliert die wirtschaftlichen Aktivitäten auf ihrem Stadtgebiet. Eine derartige Vergemeinschaftung ist etwas ganz anderes als Nationalisierung, denn bei letzterer wird auch wieder nur der Staat gestärkt und das Management kann rasch totalitäre Züge annehmen. Sie folgt aber auch nicht dem syndikalistischen Ansatz, bei dem die Wirtschaftsmacht von Arbeiterkollektiven ausgeübt werden soll, weil das dann wiederum kapitalistische Kollektivunternehmen entstehen ließe. Nein, in einer vergemeinschafteten Wirtschaft entscheiden die BürgerInnen auf ihren Versammlungen direkt über ökonomische Fragen, und sie lassen sich dabei nicht von ihren jeweiligen Fach- oder Berufs-interessen zugunsten bestimmter Unternehmen leiten, sondern vom Wohl der gesamten Gemeinschaft.

Sollten wir ernsthaft an der Fähigkeit der Menschheit zweifeln, eine direkte Demokratie nach Art des Libertären Kommunalismus zu schaffen, dann müssen wir uns m.E. nicht nur vom Sozialanarchismus verabschieden, sondern können uns jede Bemühung um eine humanistische und rationale Gesellschaftsordnung sparen. Zwar existiert eine Alternative: der Syndikalismus, die unter Arbeiterkontrolle gestellte Wirtschaft. Könnte ich nur hoffen, daß dies auf konsequent libertäre Weise möglich ist, dann wäre mir auch dieser Weg zu einer Sozialanarchistischen Gesellschaftsordnung willkommen. Nur stört mich noch der Berufs-

egoismus, mit dem der Syndikalismus bislang belastet ist. Außerdem besteht wenig Grund zu der Hoffnung, syndikalistische Gewerkschaften könnten die einer Fabrikgesellschaft gemäßen hierarchischen Strukturen vermeiden.

Auch wenn die Werktätigen eine zentrale Rolle bei der Umgestaltung der Gesellschaft spielen, so sind doch die Zeiten einer *Hegemonie* des Proletariats vorbei, die ihm Marxisten wie Syndikalisten gleichermaßen zugeschrieben hatten. Die Sozialanarchisten müssen darüber hinaus die Lebensbedingungen aller Menschen im Blickfeld haben, die bei der libertären Umgestaltung beteiligt sein werden. Schließlich sind die Werktätigen auch Menschen: Sie leben in ihren Gemeinden, leiden unter Umweltverschmutzung, haben Probleme bei der Ausbildung ihrer Kinder und der Versorgung ihrer Familien. Sie sind nicht ausschließlich ein Produkt ihres Arbeitsplatzes, sondern sind BürgerInnen ihrer Gemeinde und von den dortigen Entwicklungen auch in ihrer Freizeit tangiert.

Wer sich näher mit der Geschichte der Revolutionen befaßt, wird bald erkennen, daß kein Volksaufstand ausschließlich ökonomische und soziale Komponenten besaß; es ging stets auch um das Leben in den Siedlungsgemeinschaften. Wir könnten überhaupt nicht verstehen, wie aus Arbeitern und Bauern bis hin zu radikal eingestellten Teilen der Mittelschicht revolutionäre Massen werden konnten, wenn wir den Blick auf die Gemeinden und Wohnviertel versäumten, die ihnen den Kontakt untereinander ermöglichten und in deren Rahmen sich auch in der privaten Lebenssphäre eine politische Kultur ausbilden konnte.

Am Libertären Kommunalismus wird immer kritisiert, unsere Städte seien für eine Selbstverwaltung durch Volksversammlungen viel zu groß geworden, selbst wenn Städte wie New York, Paris oder Mexico City sich in ihre Wohnviertel aufteilen und dort lokale Versammlungen einberufen würden, denn auch diese wären noch zu groß für eine praktikable Entscheidungsfindung. Doch dabei wird meistens einfach unterstellt, in den Versammlungen würde sich die gesamte Bevölkerung einschließlich der Kleinstkinder, der Kranken, der pflegebedürftigen Greise und der Unzurechnungsfähigen zusammenfinden. Eine der wichtigsten kommunalistischen Revolutionen verdanken wir den demokratischen Volksversammlungen von 1793 in Paris; die Stadt hatte damals 700.000 Einwohner und war in 48 *sections* eingeteilt. Die gleiche sektionale Demokratie finden wir 1848 und 1871, obgleich Paris inzwischen auf 2 Millionen angewachsen war.

Kritik dieser Art geht auch davon aus, alle Teile einer Großstadt würden sich sozusagen im Gleichschritt entwickeln, oder niemand würde eine einzige Versammlung auslassen - ganz gleich, wie gut oder schlecht die Anreisemöglichkeiten sind. Schließlich meint man auch, wir würden es bis in alle Ewigkeit mit den Großstädten modernen Zuschnitts zu tun haben. Dem Libertären Kommunalismus liegt aber ein *prozeßhafter* Politikbegriff zugrunde - ein zugegebenermaßen langwieriger Prozeß in wechselndem Tempo. In manchen Gebieten wird sich das politische Bewußtsein rasch entwickeln, in anderen langsamer. Auch müssen wir damit rechnen, daß die Institutionen einem heute noch gar nicht absehbaren Wandel mit verschiedenen Durchgangsstadien unterliegen werden. Aus heutiger Sicht läßt sich nur ein anarchistischer oder kommunalistischer Politikansatz auf den Weg bringen, der dann über die Jahre sein eigenes Bewegungsgesetz entwickeln muß; in dieser Zeit werden aber die Institutionen in den Städten sich erheblich verändern und zum Schlußpunkt einer allgemeinen Dezentralisierung hinführen.

IV

Allen modernen Märchen zum Trotz, die uns den Staat als Garanten der „Öffentlichen Ordnung" oder als Reparaturinstanz für soziale Verwerfungen schildern (wozu auch die wachsenden Mißstände im Gefolge des modernen Kapitalismus zählen), bleibt der Staat nun einmal eine Interessenvertretung der Großwirtschaft - und das heißt: einer Klasse verpflichtet. Nur mit Hilfe des modernen Staates können die Konzerne expandieren und ihre Macht festigen.

Heute redet jeder vom „globalen Kapitalismus", und es ist natürlich verführerisch für die Linke, sich nur

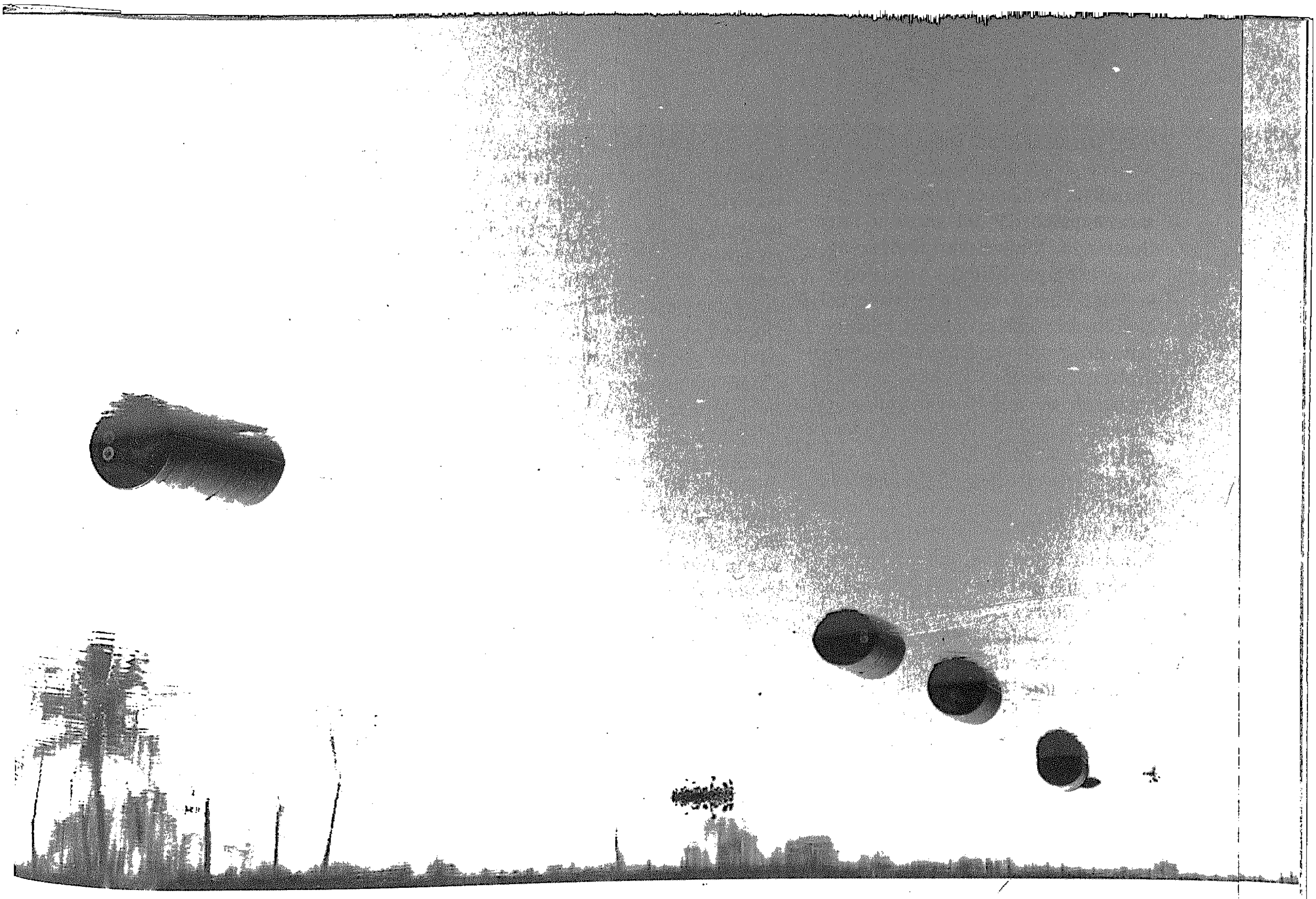


Foto: Sabine Adorf/Version

auf wirtschaftliche Machtzusammenballungen zu konzentrieren und, anstatt den Staat zu bekämpfen, von dort sogar noch Hilfe gegen die alles verschlingenden globalen Unternehmen zu erwarten. Doch verliert man damit eine Grundeigenschaft des Staates aus dem Auge, nämlich seine Bindung an die Interessen von Besitz und Reichtum. Man muß doch nicht den Staat gegen die Konzerne stärken, nur weil diese autoritär geprägt sind. Das waren sie schließlich immer. Die Fabrikbesitzer der Industriellen Revolution vor zweihundert Jahren trafen ihre Entscheidungen mit derselben Arroganz wie nur irgendein Vorstandsvorsitzender unserer Tage, und mit denselben einschneidenden Auswirkungen auf zahllose Menschen. Es überrascht mich, der ich in Tarifkommissionen mitgearbeitet und dabei das Raubtiergebaren der Manager und Kapitalisten erlebt habe, schon sehr, wenn sich heute noch Linke von dem autoritären Klima in Industriebetrieben und Konzernverwaltungen überrascht zeigen.

Grundelement des Kapitalismus sind nun mal die kapitalistischen Unternehmen, und da ist es doch naiv, von den in deren Dienst stehenden staatlichen Institutionen zu erwarten, ausgerechnet sie könnten diese Unternehmen bändigen oder gar zurückdrängen. Was diese derzeitige Tendenz auf der Linken, dem Kapital mit staatlichen Mitteln Paroli zu bieten, zum Scheitern verurteilt, ist der schlichte Widerspruch zwischen ihrer *Hoffnung*, die staatliche Maschinerie könne die bourgeoise Produktions- und Wachstumsdynamik unter Kontrolle halten, und der *Tatsache*, daß das Kapital sich ebendiese Maschinerie selbst geschaffen hat, um die gesamte Gesellschaft unter ihre Kontrolle zu bringen.

Ebenso wenig wie einen Großkonzern können wir den Staat von innen heraus bekämpfen. Gegen beide - Staat und Kapitalismus - bedarf es des Aufbaus einer Gegenmacht. Deren konsequenter Widerstand gegen den mit Recht so genannten Staatskapitalismus muß sich auf die unterschiedlichsten Kräfte stützen, von denen viele gar nicht neu sind und nur den Gegebenheiten unserer Zeit angepaßt werden müssen.

Schöpfer dieser Gegenmacht aber können allein die Massen sein - all die vielen Menschen, die sich beiseitegeschoben sehen, die um ihre ökonomischen und politischen Rechte gebracht, vom Staat und seinen Institutionen unterdrückt und ihres Wesens beraubt sind. Vor diesen gesellschaftlichen Instinkten verblassen auch die klassischen Abgrenzungen zwischen Proletariat und Kleinbürgertum. Da sind die IndustriearbeiterInnen, deren Existenz - nicht anders als die der Angestellten - jederzeit dem technischen Fortschritt zum Opfer fallen kann; da sieht sich der Einzelhändler der Invasion der großen Handelsketten gegenüber; da werden selbst Lehrkräfte überflüssig, indes elektronische Lehrmittel an ihre Stelle treten. Die Reihe derer, denen die Gesellschaft buchstäblich keinen Platz zum Leben mehr läßt, nimmt kein Ende.

Gesellschaftlich läßt sich diese Masse

nicht klar definieren. Diese Menschen wohnen nebeneinander und sehen sich denselben Problemen gegenüber: Zusammenbruch der Infrastruktur ihrer Gemeinde, Umweltverschmutzung, vernachlässigte Kinder, Arbeitsüberlastung, Verfall der Innenstädte bei gleichzeitig wuchernden Einkaufszentren. Zwar resultieren all diese Probleme aus dem Kapitalismus, doch entziehen sie sich den traditionellen Klassenkategorien. Gleichzeitig nimmt die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung - zumindest in den USA - ein noch nie dagewesenes Ausmaß an. Dem Durchschnittsmenschen ist schon klar, daß es die Habenden gibt und die Habenichtse; daß die einen über einen geradezu obszönen Reichtum verfügen, während die anderen erleben müssen, daß ihr Einkommen, ihre Ausbildungschancen, ihre medizinische Versorgung und ihre soziale Mobilität in erschreckendem Tempo dahinschwinden.

Wenn der Libertäre Kommunalismus vor allem die Kommunen in die Lage versetzen will, die Macht vom Staat und von den Wirtschaftsunternehmen zurückzuerobern, verkennt er keineswegs die elementaren Beleidigungen, die unsere Gesellschaft den Armen und Unterprivilegierten zufügt. Aber während die meisten Linken auf die staatlichen Institutionen starren, um dort ihren infinitesimalen Einfluß ausüben zu können, liegt die große Chance der Sozialanarchisten in einer neuen, an ihren höchsten Idealen orientierten praktischen Politik. Nur sie können gegen den Staat die Forderung nach Macht für die *Gemeinschaft* vorbringen - einer echten, institutionalisierten, konkreten Macht. Nur sie können sich daran machen, auf der lokalen und regionalen Ebene föderierte Organisationen „zum Anfassen" zu errichten, also das Forum für die öffentliche Debatte über alles, was die Menschen in der Gemeinschaft bewegt.

Die „Kommune" - worunter wir heute die politische Gemeinde verstehen - ist ja zu allen Zeiten der Grundstein der sozialanarchistischen Vision von einer libertären Gesellschaftsordnung gewesen. Erstens gab es Kommunen schon vor dem Staat, und zweitens bildeten sie später häufig genug die Antithese dazu, so etwa in den Auseinandersetzungen zwischen den Städten auf der einen Seite und den Feudalherren, den absoluten Monarchien oder auch den zentralistischen Institutionen der elitären Revolutionäre vom Schlage der Jacobiner und ihrer Erben, der Bolschewiken, auf der anderen Seite. Zwischen Gemeinde und Staat hat ein langdauerndes Spannungsverhältnis bestanden, und das historisch spätere zwischen Föderationen und dem modernen Nationalstaat steht dem in nichts nach.

Ich möchte mich also für eine neue libertäre Politik aussprechen, an deren Ende die politische Macht, statt beim



Foto: Theo Heimann

Staat, wieder bei den Menschen in ihren Kommunen liegt. Dabei denke ich, wie schon gesagt, als Sozialanarchist nicht nur an engagierte Proteste, sondern an den Aufbau einer auf das Ziel einer direkten Demokratie gerichteten Bewegung. Diese Forderung, die die Menschen in den Städten real an die Macht bringen soll, müssen die Sozialanarchisten zu der ihren machen. Wo es Gemeindeverfassungen gibt, muß die Berechtigung der Bürgerversammlungen zu einschneidenden Beschlüssen über die örtlichen Belange darin Eingang finden. Sozialanarchisten sollten sogar - doch, doch - KandidatInnen in die Gemeindeparlamente entsenden und dort für eine stärkere Beteiligung der Bürgerversammlungen an der Kommunalpolitik eintreten.

Da viele der heutigen Stadtregierungen staatlich geprägte Funktionen ausüben oder auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, mache ich mir keine Illusionen über ihre Reaktionen auf derartige Bestrebungen. Wo Sozialanarchisten für Bürgerversammlungen eintreten, werden sie unter den Menschen, die es angeht, immer nur eine Minderheit darstellen. Jedoch wird sich dadurch ein *Potential* für politische Macht, für Diskussionen und Lernprozesse bilden, und aus diesem Potential kann sich dann langsam und mühevoll eine Gegenmacht zum Staat bilden - und sofern aus dem Kreis der Wirtschaft genügend Unterstützung gewonnen wird, auch eine Gegenmacht zum Big Business. Und wenn dann viele Menschen diese duale Macht stärken, kann sie schließlich die direkte Konfrontation mit dem Staat und den kapitalistischen Strukturen suchen und eine libertär-kommunistische Gesellschaft erkämpfen.

Was ich hier vorschlage, fügt sich auch in die anarchistische Idealvorstellung von der „Kommune der Kommunen" ein. Ich kann mir eigentlich überhaupt keinen anderen libertär geprägten Weg vorstellen, auf dem das Volk der Staatsmaschinerie ernstlich gefährlich werden könnte. Ich habe nun jahrzehntelang Gewerkschaftsarbeit betrieben und in Organisationen für direkte Aktion (z.B. der Bürgerrechtsbewegung und der Clamshell-Anti-AKW-Allianz) sowie bei der Neuen Linken mitgewirkt, ich war auch an der Gründung der US-Grünen beteiligt, *bevor* diese in die



Foto: Ralf Land

nationale Politik gingen, und ich sehe nur meine anarchistische Überzeugung bestätigt, daß nämlich jede parlamentarisch gestaltete Politik von Natur aus korrumpiert.

Wer die Anti-Staats-Haltung als bloßes Idealmodell ansieht und blind ist für ihre Praxisrelevanz, läßt damit vermuten, daß er weder das Ideal noch die Praxis ernst nimmt. Denn eine Entscheidung für den Reform-Parlamentarismus und für staatsfixiertes „politisches" Handeln, vielleicht noch gar innerhalb der Parteien, ist gleichbedeutend mit einer Überlebensgarantie für Staat und Kapitalismus und mit einer Unterwerfungserklärung unter autoritäre Institutionen, sofern man nur einen Rest Freiraum erhielte, in dem man sich mit Erlaubnis der modernen bürgerlichen Gesellschaft bewegen dürfte.

Wir können unsere Ideale den Menschen, die sie noch nicht kennen, nur durch eine dazu passende Praxis vermitteln. Stehen Ideale im Widerspruch zum Alltag, dann verkommen sie leicht zu Tagträumen, wenn nicht zu Schlimmerem. Aus der Geschichte wissen wir, welche furchtbaren Folgen für die Gesellschaft es hatte, wenn in einer von den hehrsten Idealen befeuerten Kreuzzugsbewegung - ob christlich oder sozialistisch - Ideal und Praxis auseinanderfielen. Ohne eine Praxis, in der sie sich verkörpern können, verblassen unsere Ideale zu reinen Einbildungen, die wir nach Wunsch pflegen oder verwerfen können - ja, mit denen man sogar ein gänzlich plattes, dem Sozialanarchismus wesensfremdes Politverhalten noch scheinbar aufpeppen könnte.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Helmut Richter

Aufgegriffen

zusammengestellt von Wolfgang Haug



Organisierung – aber wie?

Beispiel 1: 25 Jahre a & k (ehemals Arbeiterkampf und KB)

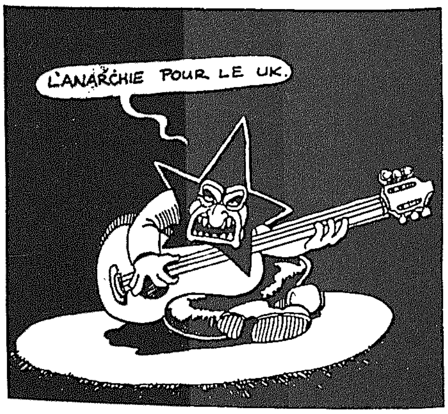


Der Kommunistische Bund sah sich nach den Hochzeiten der ML-Bewegung, nach den Spaltungen in Mehrheitsfraktion und Minderheitsfraktion (Gruppe Z), gerne als Bindeglied zwischen den reformistischen Grünen und den radikalen Autonomen. Mit der Zeit wurde der KB von seiner Scharnierfunktion so bestimmt, daß der Rechtsdrall der Grünen und der politische Zerfall der Autonomen den KB im politischen Vakuum stehen ließen, – und das ohne eigene politische Inhalte und ohne eigene Aktivistenbasis. Der KB nahm – wie viele andere Linke – die Rechtsentwicklung und Anpassung (die nach dem deutschen Herbst begann) der neuen Mittelschichten, die weiterhin ihre politische Heimat in den GRÜNEN finden, nicht ernst genug. Immerhin verhalf diese Entwicklung seiner Zeitung a & k zu einem jährlichen Spendenaufkommen seiner ehemaligen Aktiven von ca. 40.000.-DM (beneidenswert!, das muß auch einmal zugegeben werden); damit läßt sich bis heute, wenn auch nicht die politische, so doch zumindest die Arbeit an der Zeitung gut absichern. Der ursprüngliche Politikansatz des KB, mit dem er bundesweit Bedeutung erlangte, nämlich politische Bündnisse zusammenzubringen, gehört jedoch nunmehr seit Jahren der Geschichte an. Der Ausweg für die KB-Aktivisten bestand in der politischen Einflußnahme auf die Grünen und später auf die PDS. Das aber hieß, anstatt der bisherigen Politik in der ersten Person in den Basisbewegungen, nunmehr eine Politik von Oben zu machen, über die Mitgliedschaft in den Parteiapparaten und die Präsenz in den Medien. Daß es dabei zu gremienpolitischen Spielereien, zu Hinterzimmermauscheleien und zur unmerklichen Anpassung alter Kader an die neue/alte bürgerliche Gemächlichkeit kommen mußte, liegt auf der Hand. Als 1989 die DDR von der DM einverleibt wurde, wiederholte sich dieses politische Sackgassengeschäft mit der PDS.

1988 wurde aus dem Arbeiterkampf der ak, Analyse und Kritik. Der Versuch der KB-Minderheit (Gruppe K, Bahamas) aus der politischen Sackgasse via eine neue politisch aktive Mitgliederbasis, die "Radikale Linke", herauszukommen, konnte sich nur 1990 kurzzeitig über die "Nie-wieder-Deutschland"-Kampagne in Szene setzen. Im Oktober 1995 löste sich die Gruppe K, die sich anfangs auch zum libertären Kommunismus bekannte, selbst auf. Ihre Zeitschrift *Bahamas* hat diese Auflösung überlebt, wird aber nur noch von der Berliner Gruppe gemacht.

Die KB-Mehrheitsfraktion und damit der *a&k* arbeitet weiter über die Parteiapparate, hauptsächlich der PDS, – und ist so den ehemaligen Trotzkisten um die Zeitung *SOZ* vergleichbar, die sich ebenfalls der PDS angeschlossen haben. Die wesentliche Arbeit beider Gruppen beschränkt sich heute (zwangsläufig) auf die Zeitungsarbeit. Diese Entwicklung führte logischerweise zur direkten Kooperation mit der SOZ, so daß inzwischen gemeinsame Beilagen herausgegeben werden.

Beispiel 2: 20 Jahre FAU



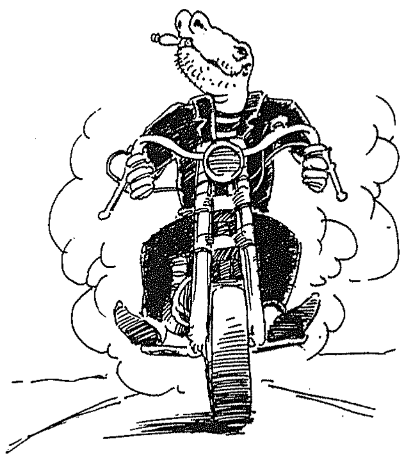
Die FAU will *"raus aus der Anarcho-Ecke"*, so eine Selbstanalyse 1997 in der *Direkten Aktion* Nr.120. Man will eine "klassenkämpferische Einheitsorganisation". *"Wir sollten auf typisch anarchistische Symbole und pseudorevoluzzerhaftes Vokabular verzichten. Zwanzig Jahre FAU als linksradikale anarchistische Sekte haben deutlich gezeigt, daß eine Sackgasse, auch wenn sie lang ist, immer eine Sackgasse bleibt."* So die selbstkritischen (oder markigen?) Worte eines Hamburger Mitglieds. Stehen die Massen vor der Tür und zieren sich, der anarchosyndikalistischen Organisation beizutreten, weil zuviel anarchistische Symbolik betrieben wird? Wohl kaum. Auch sollte es den Anarchismusgegnern vorbehalten bleiben, Anarchismus mit Revoluzzertum und "Sekte" gleichzusetzen. Wir erleben derzeit in den offiziellen Medien in Sachen Albanischer Bürgerkrieg ja wieder einmal den inflationären Gebrauch des Wortes *Anarchie* gleichgesetzt mit Chaos und Durcheinander, da müssen wir nicht selbst den Sprachhülsen unserer Verleumder auf den Leim gehen und uns "fortschrittlich" empfinden, wenn wir diese reaktionären Floskeln nachäffen. Doch das nur nebenbei.

Wie sollen wir aber die neuen (pseudorevolutionären) Vokabeln deuten? "Klassenkampf" steht in rot über dem Artikel, "Karl Marx-Zitate" garnieren als eingeschobene Kästen die Argumentation, das neue Schlagwort heißt "Einheitsorganisation" – nur: die propagierte Öffnung der Organisation geht nicht allzuweit, oder wie ist der folgende Satz zu verstehen?

"Wir brauchen eine klassenkämpferische Einheitsorganisation, die für alle sozialrevolutionären GenossInnen von rätekommunistisch bis anarchistisch offen ist."

Wir geben zu, wir haben geschlafen und die rätekommunistischen Massen von heute nicht bemerkt!?

(Einschub:) Um nicht falsch verstanden zu werden: Der Beitrag enthält durchaus einige berechtigte Fragen, wenn er z.B. fordert: *"Wir sollten verbindlich klären, welche Rechte uns in der EU als Minderheitengewerkschaft zustehen, wie wir die deutsche Besonderheit der arbeitsrechtlich abgesicherten Dominanz des DGB durchbrechen können. Was können wir für KollegInnen und GenossInnen wirklich vor Arbeitsgerichten und im Betrieb erreichen?"* Hier nämlich liegt das eigentliche Dilemma der FAU verborgen. Sie wollte in erster Linie eine Gewerkschaftsorganisation sein, aber als Gewerkschaftsorganisation konnte sie ihren Mitgliedern bislang nichts anbieten. Es blieb bei einer Ideenorganisation, die sich bestenfalls dazu aufschwingen konnte, politische Kampagnen mitzutragen (britischer Bergarbeiterstreik 1985) oder gar anzuzetteln (Laura Ashley-Boykott, Lebensbaum-Boykott 1996). Eine Ideenorganisation, die die verschiedenen Strömungen des Anarchismus aufnimmt und ihnen einen organisatorischen und politischen Aktionsrahmen verpaßt, wollte die FAU nie sein, obwohl ihr historisch in der alten BRD genau diese Rolle zufiel, weil es keinen anderen ernstzunehmenden anarchistischen Organisationsrahmen gab. Aus diesem Dilemma befreite sich die FAU nie und deshalb blieb sie 20 Jahre lang auf ihren 100 Mitgliedern hängen. Hätten wir Einblick in die Mitgliedsbücher, könnten wir es genauer analysieren, so bleibt uns nur die Spekulation, daß in dieser Zeit vermutlich 20x100 Leute die FAU "durchlaufen" haben, – sprich wenigstens auf 2000 Aktive hätte es diese Organisation bringen können. Solle keine(r) sagen, daß dies nicht eine erstrebenswerte Basis für eine kleine Organisation gewesen wäre, um in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen und dadurch weitere Mitglieder zu gewinnen. Stattdessen tobte in der FAU immer der Kampf zweier Linien: Gewerkschaftsarbeit (Betriebsarbeit, ohne wirkliche Verankerung in den Betrieben) *oder* Organisierung anarchistisch gesinnter Individuen und damit Ausrichtung der politischen Arbeit an den Sozialen Bewegungen. In dieser Gespaltenheit haben sich x-GenossInnen folgenlos aufgerieben. Das Beste an der FAU war und ist ihre sehr lesenswerte Zeitung *Direkte Aktion* und insofern ist die Arbeit der FAU mit dem KB und dem *a&k* vergleichbar: ohne die Zeitungsarbeit wäre es vorbei mit dem politischen Einfluß deutscher AnarchosyndikalistInnen. Und gerade die Zeitungsarbeit kam ohne anarchistische Symbolik nicht aus, würde man sie wegstreichen, ginge ein wesentliches Identifikationselement verloren. Die FAU verlöre vollends an Profil.





Von "Einheitsorganisation" und "rätekommunistisch" war jetzt die Rede. Das klingt nach Otto Rühles, Franz Pfemferts und Oskar Kanehls AAU-E und die schloß sich in der Weimarer Republik bekanntlich *nicht* mit der FAUD Rudolf Rockers, Augustin Souchys, Rudolf Michaelis, Gerhard Wartenbergs oder Helmut Rüdigers zusammen. Warum nicht? – Die geistige und politische Nähe war durchaus vorhanden, Gespräche fanden statt, aber eine Einigung kam nicht zustande. Es ging damals ebenfalls um die Organisierung, nur in einem anderen Sinn: während die AAU-E alle Menschen in den Betrieben in einer Gruppe organisieren wollte, hielt die FAUD daran fest, die Menschen nach Berufen überbetrieblich zu organisieren. Die Einheitsorganisation bedeutete also nicht nur, das Überflüssigmachen einer politischen Partei durch eine Union mit gesamtgesellschaftlichem Anspruch, sondern zudem die Organisierung aller Betriebsangehörigen in einer Einheit zur Übernahme des Betriebs, in der Absicht diesen zu kollektivieren.

Diese historische Bedeutung des Begriffs "Einheitsorganisation" ist vom Autor der FAU-Selbstkritik offensichtlich nicht gemeint. Er scheint ihn nur in der verkürzten Bedeutung zu benutzen, daß eine politische Partei überflüssig wird. Denn wie anders würde es zusammenpassen, wenn er interessanterweise fordert: *"...auf lokaler Ebene koordinieren sich die Gewerkschaften, um die örtlichen/regionalen Arbeitsbedingungen zu vereinheitlichen... Auf der anderen Seite müssen wir kommunale Strukturen aufbauen, die diejenigen Menschen miteinbezieht, die in keinem Lohnverhältnis stehen. Diese beiden Strukturen existieren gleichberechtigt nebeneinander. Industrielle und kommunale Gliederungen bilden die Lokalföderation einer Stadt..."*

Der Autor bezieht sich hier auf Murray Bookchins Vorschläge für einen zeitgemäßen Organisierungsansatz, der den Alltag, die Arbeitsbedingungen und die Produktionsmittel in die direktdemokratische Kontrolle aller Betroffenen zu legen versucht. Das hat weder mit der historischen Einheitsorganisation etwas zu tun, noch ließe sich ein solches Vorhaben heute durch eine neugeartete "Einheitsorganisation" verwirklichen. Warum also diese verstaubte Wortwahl, wenn doch das politische Ziel ein Modernes ist?

Weil durch die Hintertür die alte Ideologie nicht aus dem Kopf will! *"Dennoch lehnen wir Bookchins Öko-*

Sozialismus als einseitig ab, da er die Notwendigkeit der Selbstorganisation als Klasse zur Zerschlagung der Lohnsklaverei verleugnet."

Confusione, confusione... Wenn wir die direkte Kontrolle aller im Stadtteil, der Gemeinde etc. über die Produktionsmittel, die Verteilung, die Herstellung, die Verwaltung etc. fordern und anstreben – und nichts anderes heißt *libertärer Kommunalismus*, dann kann es nicht mehr um die Selbstorganisation als Klasse gehen, dann geht es um die Selbstorganisation betroffener Menschen, ob alt oder jung, ob Arbeiter oder Arbeitslose, ob Frau oder Mann, ob Ärztin oder Hausmann, ob im Betrieb oder auf der Straße. Das wäre dann die "klassenlose und herrschaftsfreie Gesellschaft" in einer "industriellen und kommunalen direkten Demokratie" für die die FAU in der Überschrift ihres Beitrags eintritt; dieses Ziel aber auf dem Weg des "organisierten Klassenkampfs" erreichen zu wollen, zeugt lediglich von der Angst, lieb gewordene theoretische "Verbalradikalism" fallen zu lassen. Der Autor sollte sich, bevor er die anarchistische Symbolik und damit den Anarchismus (?) vollends über Bord wirft, überlegen, ob nicht etwas dran ist, an der anarchistischen Maxime, daß der Weg etwas mit dem Ziel zu tun hat! Er vertritt sicherlich, daß mit einer Partei, mit Wahlen, mit Delegation keine direkte Kontrolle erreicht werden kann, und daß sich Menschen in solchen Strukturen anpassen; doch anscheinend sieht er kein Problem darin, daß "organisierter Klassenkampf" den Nebeneffekt hat, daß Klassenbewußtsein auch kontraproduktiv sein kann, daß sich Menschen gegen andere Menschen abgrenzen, Arbeiter gegen Intellektuelle, Arbeitslose gegen Selbständige, Deutsche gegen Nichtdeutsche etc., d.h. daß die kommunale Basis sich zerstreitet und nur die herrschenden Strukturen ihren Nutzen daraus ziehen?

Die FAU steht nach 20 Jahren erfolgloser Organisierung tatsächlich vor einer Entscheidung. Doch bitte nicht vor einer so belanglosen wie "für oder gegen die anarchistische Symbolik". Besser wäre es dann schon, die FAU würde ihren alten Traum von der Gewerkschaftsalternative zum DGB endlich beerdigen und sich zuallerst als Ideenorganisation definieren, deren



Hauptziel es wäre, in jeder Stadt personell präsent zu sein, um in kommunalen Diskussionsprozessen überregional koordiniert politisch eingreifen zu können. Würde die FAU personell anwachsen, könnte sie in einem zweiten Schritt innerbetriebliche Organisationsschritte unternehmen, die sich mit den außerbetrieblichen Strukturen ergänzen. Und wenn schon Marx-Zitate, dann strapazieren wir doch den netten Satz vom Sein, das das Bewußtsein bestimmt, denn dann hätte die ideologische Selbstlüge keine 20 Jahre Bestand gehabt: denn von den "2000 Ex-FAU-MitarbeiterInnen" waren wohl die wenigsten gewerkschaftlich aktive BetriebsarbeiterInnen, was nicht heißen soll, daß sie nicht hart (fürs Überleben) arbeiten (müssen).

Beispiel 3: ÖkoLi – 5 Jahre Organisation als linksradikale Partei



In der neusten Ausgabe der *ÖkoLinX* findet sich ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der ÖkoLi seit ihrer Gründung im Mai 1991. Das vorläufige Resümee *"Was Mitgliederzahl und Wahlergebnisse anbelangt, dürfen wir uns also keiner Massenbasis rühmen"* führt allerdings nicht zu einer Infragestellung der Partei als Organisations-

form oder einer Ablehnung von Wahlen, auch wenn die wenigen hundert Stimmen der Berliner Wahl gar nicht mehr in Prozent zu messen waren. Wenn die Form also zu wünschen übrig läßt, wie steht es mit dem Inhalt?

Es bleibt beim Ansatz, *zur Rekonstruktion der außerparlamentarischen und antiparlamentarischen Opposition beitragen* zu wollen, das klingt zunächst gut, muß jedoch vermutlich dahingehend eingeschränkt werden, daß das "antiparlamentarisch" wohl "dialektisch" verstanden wird, etwa in dem Sinn, daß die beste antiparlamentarische Arbeit im Parlament zu leisten sei.

Was bleibt nach 5 Jahren?

Es sind dies vor allem die publizistischen Diskussionsbeiträge zu gesellschaftlich relevanten Themen wie Anti-Nationalismus, neue Rechte, Bioenergetiker, Spiritualisten, Gesellianer oder die Demonstrationsbeteiligungen wie z.B. beim Weltwirtschaftsgipfel und gegen die Castor-Transporte. Von anarchistischer Seite wurde der ÖkoLi kürzlich im *Telegraph* zu Unrecht "Stalinismus" unterschoben, dabei haben diese Genossen schlicht übersehen, daß die ÖkoLi ganz nach der Maxime (über-)lebt, *"ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben."* Das aber ist **Lenin**. Und die ÖkoLis nehmen sich ihn so richtig zum Vorbild: *"Und anregend ist Lenins Vorstellung, daß eine revolutionäre Organisation sich erst in Auseinandersetzungen herausbilden kann und muß. Er meinte damit Konflikte mit "anderen Richtungen revolutionären Denkens, die die Bewegung vom richtigen Wege abzulenken drohen."*

Wohl denen, die heute zu jederzeit wissen, was der richtige Weg, und was revolutionäres Denken ist. Wohl uns, die wir eine solche Organisation in unserer politischen Nähe wissen, die werden uns – ihrem Anspruch gemäß – daran erinnern, wenn wir vom Pfad der Revolution abweichen und das kostenlos, wo gibt's das noch?

Was ist nun die politische Vision der ÖkoLi?

"Wir wollen eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit, Geld und Waren, eine Gesellschaft, die Gebrauchsgüter herstellt ohne diese asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zur Konkurrenz, zu Egoismus, Ellenbogengesellschaft und Konsum". Kurz die ÖkoLi will den wahren Kommunismus, zwar reicht uns diese Vision als Utopie nicht aus, doch das mag auch an dem zusammenfassenden Charakter des "Rechenschaftsberichts" liegen. Ganz dürftig wird es aber, wenn erklärt werden soll, wie wir diesem Ziel näherkommen könnten: *"Wir empfehlen den revolutionären Klassenkampf von unten und die Ökologische Linke."* Das ist die Terminologie der frühen 70er Jahre und da fragt mensch sich doch, wo die Linksradikalen stehen geblieben sind und weshalb?

Vielleicht sollten die InitiatorInnen auch in diesen Widersprüchen ihren mangelnden Erfolg erkennen, als "nur" auf die *"nichtrevolutionären Zeiten"* und die zur PDS abgesprungenen Ex-Mitglieder zu verweisen.

Zeitschrift "Links" wird eingestellt



Mit der Ausgabew 320/321 wird die linkssozialistische Theoriezeitschrift "links" des Sozialistischen Büros eingestellt. In den 70er Jahren hatte die links 13.000 Auflage, am Ende immerhin noch 2.200.Trotz dieser Rückwärtsentwicklung wird die *links* weniger aus ökonomischen Gründen als vielmehr aus politischen Ursachen aufhören. *"Es hat sich herausgestellt, daß sich eine Zeitung in einem veränderten politischen Umfeld nicht einfach eine neue Zielgruppe suchen kann. Aufgelöst hat sich nach 1989 und spätestens nach dem Golfkrieg der Kontext, aus dem die links hervorging, nennen wir ihn mal Neue Linke."* Und: *"Gerade Bewegungsorgane, die zum Teil Ende der 60er und in den 70er Jahren entstanden*

sind, haben wahrscheinlich größere Probleme, die quantitative Abnahme der nicht mehr so neuen sozialen Bewegungen aufzufangen." Eine Rolle bei der jetzigen Aufgabeentscheidung spielte zudem die personelle Gebundenheit der AutorInnen an die Universität: *"Universitär verortet zu sein hat den Vorteil, daß man analytisch auf einem recht hohen Niveu arbeiten kann, aber den Nachteil, daß der Themenkanon schon recht eingeschränkt ist."*

(Zitate aus: Forum, Nr.210)

Italien – 22 Jahre Knast für "Lotta Continua"



Nachdem 1969 die FIAT-Kämpfe auf ihrem Höhepunkt waren, explodierte am 12.12.1969 eine Bombe in einer Mailänder Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana. 16 Menschen starben, die meisten von ihnen Bauern. Die Polizei ermittelte sofort gegen Linksradikale und verhaftete den Anarchisten Giuseppe Pinelli, einen Eisenbahnarbeiter. Nach dreitägigem Verhör "fällt" Pinelli aus dem Fenster des 4.Stocks des Mailänder Polizeipräsidiums.

Natürlich wird auch hier die These vom "Selbstmord" strapaziert. Der Polizeikommissar, der das Verhör leitete, Luigi Calabresi, fällt auch, allerdings zunächst nach oben, er wird zum Hauptkommissar befördert.

Die linksradikale Organisation und Zeitschrift *Lotta Continua* glaubt den offiziellen Ermittlungen kein Wort und recherchiert selbst. Teile der Wahrheit kommen ans Licht. Die Bombenleger waren Faschisten, ihre Auftraggeber sitzen in der Polizei, Armee und dem Geheimdienst. Das Wort "Staatsmassaker" wird zum Begriff in Italien.

2 1/2 Jahre später wird Calabresi am 17.Mai 1972 in Mailand erschossen. *Lotta Continua* fand das "gerecht".

1976 löste sich die maoistische Lotta Continua ("fortwährender Kampf") selbst auf.

16 Jahre nach dieser Tat, behauptete das ehemalige Lotta Continua-Mitglied Leonardo Marino, die Lotta Continua-Leitungsmitglieder Adriano Sofri und Giorgio Pietrostefani hätten den Mord in Auftrag gegeben, er sei den Wagen gefahren und Ovidio Bompressi hätte geschossen.

Allein auf diese Aussage des "Kronzeugen" stützte sich 1980 die Verurteilung der Angeklagten zu 22 Jahren Haft. Obwohl sich in den Aussagen des Kronzeugen viele Widersprüche befinden, sprach nun das höchste italienische Gericht, das Kassationsgericht, dieses Urteil rechtskräftig. Sofri und Bompressi wandern in den Knast, Pietrostefani hält sich irgendwo in Frankreich auf.

Sofri sieht in dem Urteil die Abrechnung der Justiz mit 1968, das Urteil wird in der Öffentlichkeit abgelehnt. 42% halten Sofri nach einer Umfrage der Wochenzeitschrift *L'Espresso* für unschuldig, lediglich 9,7% halten ihn für den Auftraggeber des Racheakts. Selbst Berlusconis Wochenmagazin *Panorama*, für das Sofri verschiedentlich Beiträge schrieb, stellte sich hinter ihn: "Adriano Sofri siamo noi – wir sind alle Adriano Sofri!"

Forum für Libertäre Informationen

vom 07.- 11.05.97 (über Himmelfahrt)

in Wiesen/ Spessart

FLI: Es treffen sich Menschen, die in anarchistischen Zusammenhängen aktiv sind, theoretisieren und diskutieren, leben und arbeiten, Kontakte knüpfen oder vielleicht alte Bekannte wiedersehen, sich austauschen oder im Spessart spazieren gehen wollen.

Die Freude ist groß über Themen, die ihr vorbereitet und mitbringt. Ansonsten ergeben sich diese während des Treffens.

Kosten um die 100 DM (je nach Möglichkeiten)

Themenvorschläge an/ Infos bei:

Meeuw
Postfach 3643
26026 Oldenburg

Anarchistischer Herbst 25 Jahre Graswurzelrevolution -

Vom 10.-12. Oktober 1997 wird in der Alten Feuerwacher in Köln eine Tagung aus Anlaß von 25 Jahren Graswurzelrevolution stattfinden. Stand der Diskussion ist folgendes Programm:

Freitag, 10.Oktober: Einführungsreferat: Herausforderungen an den gewaltfreien Anarchismus am Ende des 20. Jh.

Samstag, 11.Oktober: Voraussichtliche Arbeitsgruppen:

- ***Anarchismus und soziale Frage*** (Globalisierung, Sozialabbau, zunehmende Gewalt in der Gesellschaft, Perspektivlosigkeit und Resignation, Industrialismuskritik und Stellenwert von Anarchosyndikalismus heute, welche Perspektiven bietet Widerstand?)
- ***Weltmacht Deutschland*** (Neuer Nationalismus, Militarisierung und Aufgabenerweiterung der Bundeswehr etc.)
- ***Feminismus und Staat*** (Patriarchaler Backlash, Staatsblindheit des Feminismus, Gender-Debatte, etc...);
- ***Anarchismus und Kunst*** (Bezüge zwischen Kunst und Anarchismus, etc...)
- ***Anarchismus und Popkultur*** (Popkultur als Flucht vor der Realität, Mainstream der Minderheiten, Subkulturen)
- ***Kommunalismus und Transnationalismus als libertäre Antwort auf die Agenda 21*** (Kritik an Sustainable Development und gängiger Ökologiepolitik, Subsistenzökonomie, Kommunalismus und Transnationalismus
- ***Macht der Medien*** (Chomsky's Medienkritik, etc...)
- ***Anarchismus und individuelle Verantwortung***, (Menschenbild, Gegenseitige Hilfe, Gegensatz Staat-Gesellschaft noch haltbar? Individuelle Verantwortung bei Goldhagen, Bauman, Camus)
- ***Herausforderung neue Technologien/ Polizeistaat*** (Atomenergie und Gentechnologie, Technikfolgen, Atomstaat)
- ***Verkehr und Anarchie*** (Zubetonierung des Raumes oder Wiedereroberung der Straße)

Sonntag, 12. Oktober: Plenumsdiskussion: Herausforderungen und Antworten gewaltfreier und anarchistischer Bewegungen in anderen Sprachräumen.

Schriftliche Anmeldungen, Infos, Teilnahmegebühren usw. ab sofort an die GWR-Redaktion in Oldenburg, Infos, Teilnahmegebühren usw. in den nächsten Ausgaben.

Kontakt: Redaktion Graswurzelrevolution, Kaiserstraße 24, 26122 Oldenburg, Tel.: 0441/2489663, Fax: 0441/2489661, email:wri-ag.foega@OLN. comlink. apc.org

Das Leben in großen Rudeln und die (Pariser) Commune

Anm. der Red.: Bei vorliegendem Artikel handelt es sich um die erste Fassung, eine zweite verbesserte Fassung lag uns vor, konnte jedoch aus Zeitgründen nicht mehr bearbeitet werden.



Das alltägliche Leben in Wohngemeinschaften, überhaupt in großen Gruppen hat allerspätestens seit der Studentenrevolte der 60er Jahre in der BRD einen wichtigen politisch-sozialen Anspruch emanzipatorischer Politik ausgemacht. Damit wurde der Wunsch verbunden, daß Politik mit individueller Selbstveränderung einher gehen sollte. Die ganze in den 70er Jahren entstandene Alternativbewegung wäre nicht zu verstehen ohne die hunderttausendfach gegründeten Kommunen und Wohngemeinschaften. Im Sommer des Jahres 1978 wurde ein Taschenbuch aus der Reihe„ Fischer alternativ„ über Wohngemeinschaften doch allen Ernstes unter dem Titel: "Oasen der Freiheit„ veröffentlicht. Und auf dem Klappentext war darüber hinaus noch zu lesen: "Allen diesen Versuchen ist das Anliegen der Überwindung der Isolation und Kommunikationslosigkeit des Einzelnen in der modernen Industriegesellschaft eigen."

In einer auch politischen Betrachtungsweise ging es dabei bei dem Leben in Wohngemeinschaften um das Pro-



bieren des alltäglichen Auslebens einer ‚Alternative, die dazu in der Lage ist, notfalls auch unabhängig-autark vom Rest der mit vielen guten Gründen abgelehnten Gesellschaft existieren zu können. Der Anspruch auf "Unabhängigkeit" ausgerechnet im Kapitalismus stellte sich natürlich schon nach kurzer Zeit als illusionär heraus, oder wurde in der Form eines zwar latent unterkapitalisierten, jedoch hin und wieder nicht völlig unrentablen Kleinunternehmertums gewissermaßen zynisch eingelöst.[1]

In gewisser Weise wurde der in Kommunen und Wohngemeinschaften formulierte Anspruch auf Kollektivität in den 80er Jahren auch von vielen Leuten aus der autonomen Bewegung aufgegriffen. War da nicht auch immer in der Kontinuität der Studentenbewegung das "private gleich schon politisch", sollte da nicht "Politik in der ersten Person" und das im "hier und jetzt" praktiziert werden? Und so nahm sich Herr und Frau Autonom nicht nur die leerstehenden Häuser, sondern stürzte sich auch voller Neugier auf das Leben in mehr oder weniger große Gruppen. Nun, über ein Jahrzehnt ist vergangen, und das kann man schon ruhig einmal als einen Zeitraum nehmen, in denen es sich lohnt, eine Art Zwischenbilanz zu ziehen.

Was ist das Motiv dieser Rezension?

Eine Vielzahl der mit dem Leben in Kommunen verbundenen Ansprüche wurden alle auch einmal auch von dem Verfasser geteilt und für ein knappes Jahrzehnt sogar versucht zu praktizieren. Dabei liegen die schlichten ökonomischen Vorteile eines Lebens in großen Gruppen gegenüber einem Single-Wohnen so offenkundig auf der Hand, das sie der großen Erwähnung eigentlich nicht wert sind. Auf der anderen Seite lassen den Verfasser doch ein paar äußerst schmerzhaft in Kommunen erlittene "Erfahrungen", die darin bestanden, daß eine repressive Gruppenkonformität Individualität und Eigensinn gerade nicht zuließen, immerhin die Frage aufwerfen, ob man als Individuum in einer Kommune oder einer Wohngemeinschaft besser, glücklicher und vor allem befreiter leben kann, als wenn man alleine lebt. Diese banale Frage erstmal so zu stellen, entspringt der tatsächlichen jahrzehntelangen Praxis von großen Gruppen wahlweise auf der Folie eines klebrigen Konsensstrebens auf beliebigen Terrains Machtspiele zu exekutieren oder im Namen eines undurchschauten, ressentimentgeladenen Kollektivanspruches einzelne ganz untheoretisch mit allen Konsequenzen unterzupflügen. In großen Gruppen, die sich als Sekten verstehen, und die niemand einfach so oder ungestraft verlassen darf, ist eine derartige entmündigende Praxis natürlich kein Problem, für sich aber alternativ oder gar linksradikal verstehende Wohngruppen aber allemal.

Richtig ist natürlich, daß man auch als Rezensent eigene "individuelle Erfahrungen" niemals ohne weiteres auf andere verallgemeinern kann und darf. Auf der anderen Seite ist es aber genauso richtig, daß wenn man die Anstrengung unternimmt, die Dinge gerade nicht "privat", sondern politisch zu betrachten, jede individuelle Erfahrung immer auch auf eine unhintergehbare gesellschaftliche Wahrheit reflektiert, die ihr innewohnt. Mein Motiv zur Beschäftigung mit Kommunen entspringt dem banalen Interesse, daß es zum einen letztlich egal ist, auf welchen Terrain und mit welchen Leuten man und frau um "Befreiung" kämpft, und sogar zuweilen ganz unspektakulär lebt. Zum anderen steht ohnehin für die Zukunft zu konstatieren, daß da der Hochleistungs-Kapitalismus zunehmend mehr Leute aus seinen Produktionskreisläufen ausschließen wird, auch die Anzahl von Kommunen im Sinne eines "Kommunismus der Armen" wieder zunehmen werden. Und in diesem Zusammenhang ist es auch von durchaus politischen Interesse, ob auch die Form von Kommunen, begriffen als sozialkulturelles Provisorium möglicherweise Tendenzen zur negativen Individualbarbarisierung entgegenwirken kann. Dafür ist es aber unbedingt notwendig, die in Kommunen sich organisierenden Leute dazu zu ermuntern sich darin tatsächlich eigensinnig zu bewegen, offene Differenzen zu leben, anstatt sich auch dort - wie sonst überall in der Gesellschaft aus Furcht oder Autoritarismus - unterzuordnen. Eben: Nicht mißtrauisch zurückgezogene, bornierte Gemeinschaftstümler, sondern angriffslustige und glückliche anarchistisch inspirierte Kommunisten.



Das Kommunebuch

Im Frühjahr des Jahres 1996 wurde von ein paar GenossInnen ein "Kommune"-Buch in einer mehrjährigen Projektarbeit als eine Art Selbstdarstellung von elf bundesweit verstreuten Kommunen und Wohngemeinschaften herausgegeben. In diesem Buch finden sich weit über 20 Beiträge unterschiedlicher Qualität, die alles mögliche im Zusammenhang mit Kommunen und Wohngemeinschaften, angefangen von der Geschichte, Selbstverständnis, Ökonomie, Kinder, Autonome bis hin zu dem Verhältnis zu Flüchtlingen ansprechen und mehr oder minder gründlich erörtern. Dabei machen die auf dem Vorder- und Rücktitel abgebildeten Kommunard-



Innen deutlich, in welchem durchaus auch politisch verstandenen Spannungsbogen sich der Inhalt der Texte bewegen soll: Vorne sind Personen zu sehen, die man mit etwas Phantasie für Stammwähler der Alternativen Liste/„Grüne„ halten kann. Zu sehen sind u.a. ganz unten Kinder, jemand hält einen Computer fest, ein Arzt-Hörrohr, eine Musiktrommel verweist auf den Anspruch auf Kreativität. Auf dem Rücktitel sind demhingegen nackte Personen zu sehen, die sich auf dem Kopf mit einer Motorradkappe vermummt haben, was darauf hindeutet, daß es sich dabei um Autonome handelt. Zwei Drittel des Bildes werden von dem als „legendär„ bezeichneten Tisch der Kommune I eingenommen, der kurz zuvor aus den Gebäuden der TAZ in einer gewitzten Aktion geklaut worden war. Leider findet man in dem gesamten Buch nicht den geringsten Hinweis darauf, daß dieser Tisch unter der Obhut von autonomen KommunardInnen aus Wut über die TAZ-Berichterstattung Ende des Jahres 1990 verbrannt worden sein soll. Immerhin ist das Verbrennen von Sachen die der Linken zugerechnet werden, in Deutschland keine völlig unbekannte Tradition.

Soll man sich nicht einmal mehr ins "theoertisieren" flüchten dürfen?

Bei der Herausgabe dieses Buches ist in einer Mitteilung des Werkstatt-Verlages zu lesen: „Ihre Lebensweise ist politisches Programm: gemeinschaftliches Eigentum, ökologische Ernährung, kollektive Haushaltsführung, Gleichberechtigung von Mann und Frau (...) ob die Kommunen auch heute noch als politische Modelle Zeichen setzen können, darüber gibt das Buch anschaulich Aufschluß. Die Autorinnen und Autoren haben scheinbare Gewißheiten und Flucht ins Theoretisieren vermieden.„

Aus meiner Sicht fangen schon mit dem Inhalt dieser Verlagsmitteilung die ersten Schwierigkeiten an, die sich dann auch bei der Lektüre dieses Buches bestätigt haben. Ist etwa die Aussage, mit dem Inhalt des Buches „scheinbare Gewissheiten„ vermeiden zu wollen, etwa so zu verstehen, daß überhaupt keine Aussage zu dem Leben in Kommunen mehr gemacht werden sollen? Und so wird dann in einem Gesamteindruck aller Beiträge nicht recht deutlich, ob es sich bei diesem Band um eine Art soziologische Bestandsaufnahme verschiedener Kommunen im Bundes-gebiet, oder eher um ein leider öffentlich gemachtes privates Foto- und Lese-album für die an diesem Buchprojekt beteiligten Kommunefamilien handelt, welches zudem als ein dickeres Werbeprospekt für die im Band vorgestellten Gruppen dienen soll. Aber die Frage, warum und wieso diese einzelnen Gesichtspunkte vorkommen, findet sich dann in Büchlein nicht weiter reflektiert. Der Inhalt einer ganzen Reihe von Beiträgen ist dadurch gekennzeichnet, daß die angesprochenen Probleme eigentümlich gehemmt angerissen werden, anstatt sie konkret sichtbar zu machen, anzusprechen und sie im Lichte verschiedener Antwortmöglichkeiten zu erörtern. Unter der Hand werden die Beschreibungen auf einen unreflektierten, d.h nicht ausgesprochenen, klebrigen Gemeinschaftskonsens vorgenommen, wo es zwar für niemanden eine Freiheit, sich zu verantworten, so doch aber viel Furcht vor "Fehlern" gibt. So rächt sich dann auch in dem Inhalt einer Reihe von Texten der Umstand, daß man angesichts der Fülle von im praktischen Zusammenleben von Menschen auftretenden Problemen, scheinbar „vermieden„ hat, die faszinierende Reise in ein notwendiges Theoretisieren an zu treten. Nirgendwo findet sich in dem Buch einmal ein Gedankenausflug, was man und frau sich eigentlich unter dem immerhin im Buchtitel verwendeten Begriff: Kommune vorstellen kann. Immerhin hätte man ja auch mal an die „Pariser Kommune„ denken können, die weit über die vier Wände einer Wohngemeinschaft ein Modell einer revolutionären Neuorganisation der Gesellschaft war, die unter tatkräftiger Mithilfe preußischen Truppen von der Konterrevolution in einem Meer von Blut erstickt wurde. Sattessen wuchert in den meisten Beiträgen die in jeder Hinsicht unbefangene Verwendung eines Begriffes von „**Gemeinschaft**„ zur Beschreibung des Zusammenlebens von Menschen in großen Gruppen. Und das gruselt einem schon, daß offensichtlich kein Autor oder keine Autorin in diesem Buch auch nur den doch bedrohlichen Gedanken zu Ende denkt, daß es einmal in deutschen Breitengraden zumindestens in den 30er und 40 er Jahren eine relativ erfolgreiche „Volksgemeinschaft„ gegeben hat, die immerhin dazu in der Lage war, große Teile der Welt in Schutt und Asche zu legen. Diese Überlegungen mögen den VerfasserInnen der Beiträge als völlig überzogene polemische Zuspitzung und als eine Theorieüberfrachtung ihrer in den Texten geschilderten „Erfahrungen„ in Wohngemeinschaften und Kommunen erscheinen. Das aber aus dem Verzicht auf „die Flucht ins Theoretisieren„ wie es nicht zufällig denunziatorisch in der Verlagsmitteilung heißt, jedoch unmittelbar negative wie bedrohliche Folgen für die in diesem Buch geschilderten „Erfahrungen„ der Kommunardinnen besitzt, läßt sich an einer Vielzahl von Textpassagen aufweisen. Diese Überlegungen verweisen darauf, daß in einer wenigstens theoretischen Entgegenstellung der beiden unterschiedlichen Begriffe von Gemeinschaft gegenüber einem Begriff von **Gesellschaft** wenigstens ein Raum entstehen kann, in dem sogenannte „Erfahrungen„ wahlweise vor dem Hintergrund einer Freiheit des Individuums, auch in Form eines liberalen Vertragsmodells der bürgerlichen Gesellschaft, oder im Zusammenhang mit einem archaischen personalen Vertrauensmodell von Familien oder Stämmen beschrieben und reflektiert werden können. Dies nicht zu tun, wird nur zu einer erneuten Bestätigung der Ausgabe Adornos führen: "Menschen, die blind in Kollektive sich einordnen, machen sich selber schon zu etwas wie Material, löschen sich als selbstbestimmte Wesen aus." In der Praxis wird das nur weiterhin dazu führen, das der sogenannte Kampf eines Kollektivs gegen etwas, was als „Entfremdung„ mißverstanden wird, nur die Alltagsideologie nährt, die besagt, daß es ja bei allem „Opfer„ gäbe. Und das alles macht diese Angelegenheit keineswegs besser, sondern nur noch aufklärungsbedürftiger.

Keine Pestizide auf die "blaue Blume"?

Es ist nicht einfach den unsystematischen, teilweise konfusen Beiträgen in einer Besprechung immer gerecht zu werden. So ist beispielsweise in zwei Texten zur Frage „Was ist ein Kommune„ und eine Art Beitrag über die in Kommunen angesiedelten „Braunzonen„ festzustellen, daß der Autorin die Beschreibung und kritische Diskussion einer Reihe von im reaktionär faschistischen Zwielicht angesiedelten autarkistischen Gemeinschaftsprojekten trotz entgegengesetzter Willensbekundungen deshalb aus der Hand gleitet, weil sie mit dem dubiosen Begriff „Sehnsucht„ - für den es bezeichnenderweise weder im englischen noch im französischen Sprachschatz eine Übersetzung gibt - eine wesentliche Basiskategorie eben dieses Mülls teilt: „Aber die romantische Sehnsucht nach einem Leben in Übereinstimmung mit dem inneren Gefühlsleben der Einzelnen, in sozialer Gemeinschaft und eingebunden in natürliche Zusammenhänge wird erst in Verbindung mit elitär-faschistoiden Denken pervertiert. (...) Die Suche nach der „blauen Blume„ nach dem unerreichbaren Ort es Glücks, jenseits von Entfremdung und Konsum, führt auch heute (auf unterschiedliche Art) Menschen dazu, in Gemeinschaften zu leben.„ (S. 86) Erstens war der Faschismus ein Massenprojekt und damit in seinem politischen Zugriff keineswegs "elitär" und zweitens ist es ein Mißverständnis zu glauben, daß diese in jeder Hinsicht reaktionären, antiaufklärerischen Gedanken gewissermaßen zufällig im Faschismus „pervertiert„ wurden. Stattdessen wurden sie genau dort auf die Spitze getrieben. Das der Inhalt der

oben zitierten, aber auch anderer Bemerkungen in dem Buch, in den sich darin dokumentierenden Denkformen in die Nähe einer Apologie des Rechtsradikalismus geraten, verweist auf die spontane Nähe von linken mit rechten Gemeinschaftsvorstellungen.

Konflikte in Kommunen?

Dieser beunruhigende Umstand aktualisiert noch einmal die Frage nach der tatsächlich realisierten Freiheit zwischen den Individuen in Wohngemeinschaften und Kollektiven. Sie führt uns dazu den Inhalt des Buches nach Material darauf abzusuchen, wie denn innerhalb von Kommunen und Wohngemeinschaften gegen eine diffuse Gemeinschaftstümelei und Zwangsharmonie Konflikte ausgetragen werden. Zu diesem in der Tat diffizilen Thema wird zwar in dem Einleitungskapitel vermerkt, daß man sich „mehr Textmaterial zu unserem Umgang miteinander„ gewünscht habe, gleichwohl wird konstatiert, daß es "nicht zufällig (sei), daß es uns nicht gelang, zur Beziehungsebene, zu Kommunikationsproblemen und Konflikten trotz intensiver Bemühungen analysierende Beiträge zu erhalten. Zu diesem brisanten Thema fehlt die Distanz. Hier verweisen wir fürs erste auf subjektive Erinnerungen zu geschlechtsspezifischen Umgangsweisen und die Hoffnungen auf Konzepte therapeutischer Selbsthilfemethoden.„ (S. 14). Das darf doch wohl nicht wahr sein! Anstatt das an Maßstäben von Vernunft und Rationalität orientierte Austragen von Konflikten als konstitutiv für das Zusammenleben von Menschen in großen Gruppen anzusehen, wuchert vor der Zumutung der Freiheit sich gerade in Konflikten verantworten zu können, nur Furcht und Krankheit, der dann auch noch mit "therapeutischen Selbsthilfemethoden" zu Leibe gerückt werden soll. Und in diesem Zusammenhang liegt die Ironie der Geschichte darin, daß das in dem Kommunebuch diesbezüglich vorgestellte Projekt einer sogenannten "Männer-radikalen-Therapie" bereits in seiner Anlage den beteiligten Männern neben allen Schabernack und Dilletantismen dazu dient, daß Patriarchat lediglich auf erweiterter Stufenleiter zu reorganisieren.

Dennoch lassen sich ein paar Beiträge in dem Buch durchaus als Material zur Handhabung und Austragung von Konflikten lesen. Dabei zählt der Beitrag unter dem Titel: „Befreites Gebiet„ in dem das komplizierte Verhältnis zwischen WohngemeinschaftsbewohnerInnen und Flüchtlingen thematisiert wird, zu den reflektiertesten Beiträgen in den Buch, in dem eine Vielzahl der aufgetretenen Konflikte als offene, d.h. eben nicht als von vornherein entschiedene beschrieben werden. Dieser Zugriff findet sich aber leider nicht in einem Beitrag über das als „schwierig„ bezeichneten Versuch „Frauen-Männer-Verhältnisse in einer Kommune emanzipatorisch weiter zu entwickeln„. An der Vielzahl von dort notierten Anekdoten im Verhältnis zwischen biologisch definierten Männern und Frauen wird nicht recht deutlich, was denn nun daran auf der einen Seite „privat„ und was daran auf der anderen Seite "gruppen-öffentlich" oder gar „politisch„ sein soll. Durchgängig erscheint der Wille der Verfasserin diese unterschiedlichen Bereiche einfach irgendwie miteinander zusammenzunageln, mit notwendigerweise daraus die Beteiligten. folgenden irrationalen Konsequenzen. So scheint mir der Inhalt dieses Beitrages exemplarisch für eine Tendenz in großen Gruppen zu sein, wie mit einem beständig aufflackernden Blinklicht das private gegen das öffentliche oder politische, einfach auf's Geratewohl und unreflektierter Beliebigkeit kurz zu schließen. Da gilt wahrscheinlich schon die Frage danach, wieso überhaupt eine bloße Lebensweise immer gleich „politisch„ sein muß, schon als Zumutung. Und so ist gerade in großen Gruppen ein zuweilen sehr autoritäres Spiel von Leuten zu erleiden, deren Problem darin besteht, daß sie eigentlich keins haben. Und so etwas kann schnell die Straße von Identitäts- und Machtpolitik pflastern. Für eine derartige wirklich sehr handlungsmächtige Politik ist es schon immer kennzeichnend gewesen, daß das Auftreten von Konflikten, auch zwischen Männern und Frauen nicht die Existenz zunächst unterschiedlicher legitimer Interessen aufzeigt, sondern nur illustriert, daß eine Seite auf jeden Fall "Schuld" hat und "falsch liegen" muß. In den gewalttätig hergestellten Harmoniekonstruktionen kann eben die Freiheit der einzelnen Individuen in der Austragung von Konflikten nicht nur nicht gedacht werden, sondern ist zugleich immer auch eine ungeheure Bedrohung. Bezeichnender Weise erwiderte eine Mitverfasserin des Buches auf die vom Rezensenten auch aus der Problematik des normalen Überforderungsirrsinns aller Individuen in großen Gruppen gerade dort geltend zu machenden, unbedingten vorläufigen Trennung zwischen dem Privaten und den Politischen mit dem für eine öffentliche Veranstaltung bemerkenswerten Satz: "Darüber setze ich mich nicht mehr auseinander!" Das ist eine zwar legitime aber in jeder Hinsicht private Geste. Wird so etwas aber in einer öffentlichen Veranstaltung verkündet, ist sie deshalb ein Skandal ersten Ranges, weil damit das politische privat gemacht wird. Der Abbruch der weiteren Auseinandersetzung an dieser Stelle, die eben kein inhaltlicher Angriff auf den bestrittenen Sachverhalt war, zeigt, daß es vielen Kommunardinnen mit ihrer Lebensweise, entgegen ihren eigenen guten Absichten, gerade nicht um das politische Aushandeln auftretender Widersprüche und Konflikte, sondern schlicht um eine mehr oder weniger gut maskierte Machtpolitik geht, in der sie ausschließlich alleine die Karten in der Hand behalten wollen. Für diesen möglicherweise auch aus Furcht vor Veränderung gespeisten, bornierten wie autoritären Zugriff kann es unter Umständen immer Notwehrgründe geben. Er ist aber in sehr deutlicher Hinweis darauf, daß wie noch in den 70er Jahren in dem bereits zitierten Fischer-Alternativ-Buch erhofft, eine Vielzahl von Praxen in Kommunen oder Wohngemeinschaft weder eine "Oase der Freiheit" darstellen, noch die "Kommunikationslosigkeit des Einzelnen" zu beheben in der Lage sind. Deprimierend, aber wahr.

Schlußresumee

Das liebenswürdig und großzügig gestalteten Kommunebuch illustriert daß aktuell jeder Versuch auf vermeintliche, auch "subjektiver Authentizität im Abmühen mit sozialistischer Utopie" (S.12) in den aktuellen deutschen Verhältnissen schlicht nach rechts tendiert. Deutlich wird an diesem Sammelband, daß das was an Kommune einmal als ein provokativer Ausgangspunkt zur Gesellschaftsveränderung begriffen wurde, heute nur eine Art mehr oder weniger behaglich und zuweilen auch „ökologisch„ eingerichteter Rückzugspunkt vor der Gesellschaft geworden ist. Solange das privat bleibt und auch als solches verstanden wird, und damit

auch der „großen öffentlichen Rede„ nicht wert ist, ist das zwar wie so vieles in dieser Gesellschaft traurig, aber erstmal für niemanden sonst eine Bedrohung. Als ein auch mit Hilfe von Büchern öffentlich verkündetes „politisches Programm„ wird das in einer Reihe von Beiträgen durchschimmernde regressive Gemeinschaftsverständnis aber brandgefährlich gegenüber jeglicher, d.h. individueller wie kollektiver Emanzipation. In den Buchtexten finden sich jede Menge Hinweise auf autoritäre Vergemeinschaftungs- und Unterordnungsformen unter das "Kollektiv", welches zwar nicht der Ort der Gleichen so doch aber der Platz für die in aller Brutalität Gleichgemachten ist.

Dennoch kann das Kommunebuch eine Handreichung sein, sich selbst, und das nach Möglichkeit auch mit anderen, zumindestens nicht so, wie es dort in einer Vielzahl von Beiträgen beschrieben ist, auf den Weg in erheblich bessere und glücklichere Vergesellschaftungsformen mit anderen Menschen zu machen.

Waldo Mar

Kollektiv - Kommune Buch„ Das Kommunebuch - Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie„, 304 S. Frühjahr 1996, Göttingen

Diese mittlerweile Manifest gewordene Tendenz findet dann auch ihre entsprechende Feier in Presseartikeln unter dem Abschnitt „Modernes Leben" in der ZEIT vom 23. August 96. Dort findet sich ein Bericht unter dem Titel: „Die Kommune lebt„ über die Berliner Ufa-Fabrik, und was daraus in 17 Jahren geworden ist. Die schnelle Lektüre dieses flott geschriebenen Artikels erlaubt uns den Gesamteindruck von diesem Projekt, daß es sich dabei um einen "Teller buntes", von sehr selbstgefälligen, selbstgenügsamen, innovativen und allzeit anpassungsbereiten Leuten handelt. Folgerichtig findet sich dann auch in diesem Artikel ein Gründungsmitglied zitiert, der die Kommune heute als „Dienstleistungs- und Servicebetrieb mit ideellem Anspruch„ bezeichnet.



"Wir sind alle Kinder dieser Kultur und verletzt an Leib und Seele"

von Burkhard N'Dagire

Zu meiner Person: Ich habe von 1987-1990 in der Kommune Niederkaufungen gelebt. Seitdem wohne ich in wechselden WG's wie zuvor und arbeite alleine und selbstständig als Handwerker.

Beim Lesen der 'Buch-Rezension' von Waldo Mar werde ich den Eindruck nicht los, daß da jemand beleidigt worden ist, aus diesem Gefühl heraus einen Artikel schreibt und beides verleugnet.



Waldo Mar argumentiert, es sei ein (politischer) 'Skandal ersten Ranges' daß eine Mitautorin des Kommune-Buches in einer öffentlichen Diskussion die weitere Auseinandersetzung mit ihm verweigerte und sich von ihm abgrenzte.

Ich lese, daß Waldo Mar scharf zwischen politischen-Verstand-öffentlich auf der einen Seite und privat-Gefühl auf der anderen Seite trennt. Ich halte diese Trennung für verheerend. Das ist auch der Grund, warum ich im Laufe dieser Antwort so unhöflich nach der Person Waldo Mars fragen werde.

Ich möchte einsteigen mit Waldo Mar's Faschismusvorwurf.

Waldo Mar verknüpft:

1. Der im Kommune-Buch abgebildete Tisch wurde der Taz geklaut und anschließend verbrannt. Eigentum der Linken zu verbrennen, das haben die Faschisten auch getan.
2. Die Autoren des Buches benutzen das Wort 'Gemeinschaft', 'bedrohlich' nah sei das an dem Wort 'Volksgemeinschaft'
3. Die Autorin Voß benutzt das Wort 'Sehnsucht', was offensichtlich schon alleine 'dubios' ist, weil es im Englischen und Französischen keine Entsprechung gäbe.

Wenn diesen willkürlichen Zusammenstopelungen eine durchdachte Faschismusanalyse zugrundeliegen soll, dann möchte ich sie zumindest irgendwo lesen. Stattdessen gibt es zu lesen, daß der Faschismus nicht elitär gewesen wäre, weil er eine Massenbewegung war. Oh je.

Was noch zu lesen ist, ist Waldo Mars bittere Erfahrung während seines knappen Jahrzehntes 'Experiment im Konstruktiven'.

Ganz offensichtlich hat er 'ein sehr autoritäres Spiel von Leuten zu erleiden' gehabt, ihm wurde 'Schuld' in die Schuhe geschoben und es gab zu wenig 'Freiheit des einzelnen in der Austragung von Konflikten', stattdessen viel 'Zwangsharmonie' und 'Gemeinschaftstümelei'.

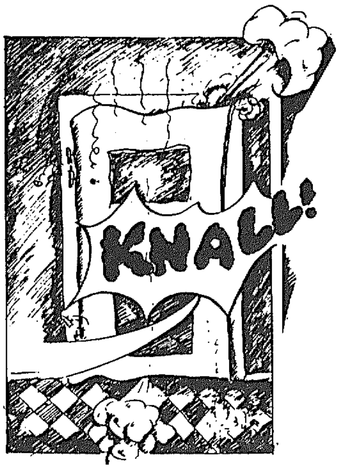
Das ist mit Sicherheit alles bitter genug, aber mitnichten Faschismus oder auch nur Faschismus nah.

Zu fragen ist auch, ob Waldo Mar in stärker konfliktsüchtigen Gruppen weniger Verletzungen hätte erleiden müssen. Waldo Mar möchte gerne Konflikte an den Maßstäben von Vernunft und Rationalität austragen.

Demgegenüber verdammt er die Hoffnung auf den Psychodschungel', Sehnsüchte und, ich vermute, Gefühle insgesamt.

Es ist schon lange her, daß ich dieses Hohelied auf den Verstand angestimmt habe. Peinlicherweise war es Theweleits 'Männerphantasie' und die darin enthaltene (ausgerechnet) Faschismustheorie, die dem den entgültigen Garaus machte. Das Anbeten des bloßen Verstandes gehört elementar zu dieser widerlichen bürgerlichen Neuzeit, die verbotenen Gefühle fließen unkontrolliert und un-





kontrollierbar zwangsläufig in Gewalt und Gewaltphantasien, finden ihren sichtbarsten Ausdruck im Faschismus. Ich gebe zu, daß das sehr pointiert und verkürzt ist, aber es geht hier ja nicht darum, Theweleit vorzustellen.

Wer solche Angst hat, sich seiner eigenen Psychostrukturen bewußter zu werden, muß wohl zwangsläufig zu Aussagen kommen, wie: '... daß aktuell jeder Versuch auf vermeintliche Authentizität in den deutschen Verhältnissen schlicht nach rechts tendiert'.

Wir vermeiden also den Versuch der Authentizität. Darin zumindest hat es Waldo Mar schon weit gebracht.

Im nächsten Satz stellt er fest, daß die Kommune inzwischen ein behaglich eingerichteter Rückzugspunkt vor der Gesellschaft ist.

Und Du, Waldo Mar, wie lebst Du denn?

Dein ganzes Schreibwerk ist der Versuch, die Peinlichkeit zu umgehen, Dich selbst offenzulegen.

Und peinlich würde es auf jeden Fall, denn in diesen stinkenden Zeiten gibt es keine Lebenskultur, keine Widerstandskultur, die nicht vor Peinlichkeiten nur so wimmeln würde. Und da ist Kommune noch eine der erträglisten Formen.

Wir alle sind Kinder dieser Kultur und verletzt an Leib und Seele. Und es bleibt uns nichts anderes übrig, als uns irgendwie durchzuwursteln und außerdem ständig mit unseren Verletzungen konfrontiert zu werden. Wir können es nur mehr oder weniger bewußt tun. Oder gezielt ausblenden, wie Waldo Mar es tut.

Was ist denn, bitte sehr die Alternative zu einem selbstverwalteten Betrieb, der angeblich nur 'zynisch' ist? Wo geht Waldo Mar arbeiten?

Meine Kollektiv-Erfahrungen gehören zu meinen schmerzhaftesten. Aber es ist doch die Frage, ob ich mich in Hierachien nur deshalb weniger verletze, weil ich darauf sozialisiert (oder besser: zugerichtet worden) bin. Und solch eine emotionale Sackgasse soll ich mit bloßer Vernunft lösen?

Etwas anderes wirft Waldo Mar völlig durcheinander: Er spielt Ebenen des Widerstandes gegeneinander aus, die nicht vergleichbar sind. Kommune ist konstruktive Aktion und somit eine andere Ebene als zum Beispiel eine Demonstration. Sowohl Sabotage als auch Verweigerung sind noch immer möglich, selbst wenn mensch in einer Kommune wohnt.

Es ist u.a. eine Wohnform und irgendeine Wohnform hat Waldo Mar auch, zusätzlich zu seinen vielen Ideen. Wir dürfen raten: Wohnt er bei seinen Eltern? Oder im Appartmenthaus? Und das ist weniger peinlich, weil es 'privat' ist?

Mit 'alleine leben' ist ja mitnichten das autarke 'leben in den Wäldern' gemeint, sondern die Vereinzelung in den Städten. 'Alleine leben' ist eine Illusion, die der Kapitalismus uns bietet. Wir regeln die meisten unserer Alltagsabhängigkeiten über Geld, kaufen uns die Befriedigung unserer Bedürfnisse oder einen Ersatz dafür. Das ist weit weniger anstrengend, als in Kommunikation und emotionale Beziehung treten zu müssen und geht solange gut, wie alles, was uns wichtig ist (oder sein Ersatz) käuflich ist. Im Grunde aber ist der Mensch der Großstadt viel hilflos abhängiger als ein Mensch es jemals zuvor war. Nur geringfügige Störungen (Stromausfall als Beispiel) lassen plötzlich Zigtausende leiden. Und das Leiden dann ist echt und individuell nicht lösbar.

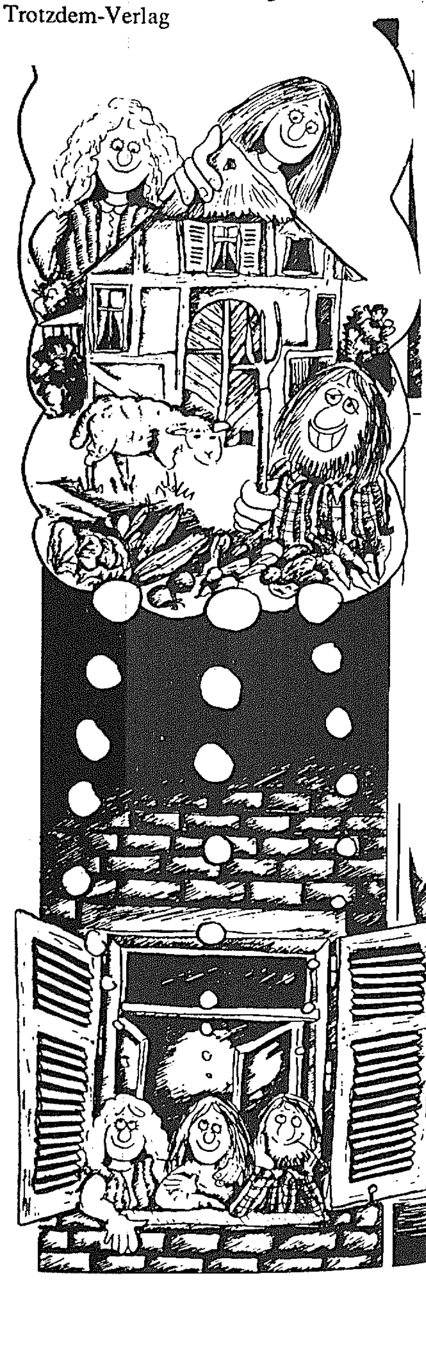
Was alle unsere Versuche der Selbstorganisation so unerträglich und schwierig macht, ist, daß es keine Kultur gibt, auf die wir zurückgreifen könnten. Unsere Sozialisation baut auf Beziehungs- und Kommunikationsunfähigkeit auf. Wir müssen viel zu viel neu erarbeiten und uns fehlen die Werkzeuge dazu. Und die meisten von uns, die nach gemeinschaftlichen Lebensformen suchen, sind gerade empfindlich gegen die Vereinnahmung, den scheinbaren Konsens. Sonst wären wir ja nicht herausgefallen aus der herrschenden Unkultur.

Zu so lächerlich gemachten Sehnsüchten wie denen nach Geborgenheit, Vertrauen, Freundschaft oder Beziehung über Arbeit gehören aber Geimeinsamkeiten, gehört eine gemeinsame Kultur. Und es ist egal, ob diese Widersprüche lösbar sind, weil es keine Alternative dazu gibt, unser Leben, soweit es für uns immer möglich ist, selbst zu organisieren.

Und dafür brauchen wir die Theorie, wir brauchen die Praxis; wir brauchen unseren Verstand und wir brauchen unser Gefühl; wir brauchen konstruktive Versuche (so unbeholfen sie auch ausfallen mögen), wir brauchen Sabotage (so wirkungslos sie auch manchmal scheinen mag) und wir brauchen die Verweigerung, das 'NEIN!'.

Vor allem, Waldo Mar, brauchen wir in dieser bitteren Zeit voll Todessehnsucht unsere Sehnsucht nach einem menschenwürdigen Leben.

Comic-Zeichnungen von Peter Reichelt: Aus dem Leben einer Wohngemeinschaft, Trotzdem-Verlag



Gründet politische Kommunen!

Ein Verriß ist eine gute Gelegenheit, als Autor noch etwas zum Buch zu sagen. Dafür danke ich dem SF. Auch dafür, daß ich die Kritik vor der Veröffentlichung lesen durfte und so zeitgleich meine Antwort als Diskussionsbeitrag dazu beiheften darf. Das ist sonst nicht üblich. Ich finde es wichtig, daß Kommune und was immer damit verbunden ist, in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Eine wesentliche Erfahrung in meiner Kommune ist die, daß alle ihre eigenen Sichtweisen und die eigenen politischen Einschätzungen haben. Die mir vom Rezensenten dargelegte Meinung zu dem Buch ist von seinem Standpunkt aus seine, die ich mit Interesse gelesen habe. So läßt sich natürlich auch das Buch und die Kommunen betrachten.

Uns in die Nähe des Faschismus zu rücken, oder in die braune Ecke zu stellen, hat mich ziemlich betroffen gemacht hat. Ich meine, daß jede Nähe mit Faschismus schlicht weg absurd ist, und Leute, die dieses tun, von Kommune überhaupt keine Ahnung haben und offensichtlich das Buch auch nicht gelesen haben.

»Alles was menschlich ist, ist mir nicht fremd«. Das ist in den Kommunen genauso.

Natürlich werden da auch Leute untergebuttert, plattgemacht, kommen nicht zu Wort, werden unterdrückt. Natürlich gibt es auch Macht und Ungleichheit, Hierarchie. Aber es gibt auch die ständigen Auseinandersetzungen darum und den wirklich harten und beschwerlichen Weg, davon loszukommen. Und eine Bedingung dafür ist die Offenheit.

Der (Trotzdem-)Verlag hat mir nahegelegt, den Rezensenten nicht wegen seiner Anonymität anzugreifen. Das Verstehen seiner Kritik, die ja subjektiv sein muß, fiele mir leichter, denn er argumentiert ja im Nebel seiner eigenen subjektiven Erfahrungen. Das unterscheidet die Menschen in den Kommunen von den Menschen in den Metropolen. Es geht hier immer um die Persönlichkeiten, immer um einzelne Menschen, niemals um Anonymität. Die einzelnen Menschen stehen im Mittelpunkt des Alltags und nicht ein visionäres Kommunebild. Ich meine, daß insofern auch jeder Vergleich mit braunen Gemeinschaften oder gar mit dem Faschismus falsch ist. Im Faschismus ging es um die totale Unterordnung unter die Gemeinschaft, mit einer Ideologie ausgestattet, die Menschen unterdrückt und ihre persönliche Entwicklung verhindert.

Wenn sich die Menschen in den Gemeinschaften ändern, ändern sich die Kommunen und ihre Inhalte. Das ist nicht nur theoretisch so, sondern das ist Praxis.

Es dürfte allerdings interessant sein, herauszufinden, an welchen Stellen wir in dem Buch und in den Kommunen, aber auch in der politischen Widerstandsarbeit in den Metropolen reaktionäre oder staatserhaltende Funktionen einnehmen, freiwillig oder unfreiwillig. Daß wir beides sind, Widerstand und Anpassung, steht ja auch schon im Titel des Buches. Beides ist eine Reaktion auf Bestehendes. In dem Titel heißt es aber auch »gelebte Utopie«. Das bedeutet immer, daß wir in den Kommunen andere als bürgerliche Strukturen entwickeln, und zwar welche, die uns allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darum geht es mir, wenn ich mich aufmache, um in einer Kommune zu leben.

Ich will in diesem Aufsatz nur auf eine Bemerkung von Waldo Mar detaillierter eingehen.

Waldo Mar beschreibt in seiner Rezension sein Problem, das ich als »Privat und Politisch« bezeichne. »... oder (ob es sich) hier um ein leider öffentlich gemachtes privates Foto- und Lesealbum ... handelt«

Ich habe den Eindruck, daß Waldo Mars persönliche Erfahrungen wohl eher die aus einer Wohngemeinschaft sind als aus einer Kommune. Ein wesentlicher Unterschied, unter anderen natürlich, zwischen diesen beiden Lebensformen, die er so gerne in einen Topf schmeißt, liegt in dem Spannungsfeld »privat und öffentlich«. Kommune ist nicht privat sondern öffentlich und deshalb niemals anonym. Insofern muß ein Buch über Kommunen, noch dazu unseres, mit dem vom formulierten Anspruch auch und im wesentlichen Privates berichten. Wobei gerade in der Öffentlichmachung des Privaten ein wesentlicher politischer Inhalt liegt, und zwar der, daß gesellschaftliche Veränderung nur über Öffentlichkeit denkbar ist. Der Rezensent verbindet das scheinbare Gegensatzpaar Privat und Politisch und assoziiert damit, daß das Private offensichtlich nicht politisch sein kann. Darin liegen jedoch einige zuerst sicherlich nur sprachliche Unklarheiten, die sich aber verheerend auswirken können. Das Begriffspaar »privat und politisch« ist etwa so, wie Arbeit und Leben und alles erinnert mich an Apfel und Obst. Zusammengehören tun: »privat und öffentlich« und beide sind natürlich politisch. Wobei auch immer mal wieder klar gemacht werden muß, daß der Begriff »politisch« nicht immer gleich linkes Gedankengut bedeutet. Aber sei's drum: In diesem Kontext, in dem wir schreiben, mag immer die linke revolutionäre Speerspitze gemeint sein, aber auch die muß irgendwohin zeigen. Und so meine ich, macht der Rezensent, mit seinem patriarchal durchtränkten Scharfsinn, sich die Sache doch sehr einfach, weil er die in der Einleitung aufgeführten Erklärungen, weshalb das Buch geschrieben wurde, schlichtweg ignoriert, nach dem Motto: »Wat de Bur nich kennt, dat fret hi nich.«

Das Thema »Privat und Öffentlich« ist in den Kommunen ein ständiges, brennendes und aktuelles. Zum einen braucht natürlich jede und jeder seinen und ihren privaten Rückzugsbereich, mit dem ich nicht nur das private Zimmer meine, sondern auch meine verinnerlichten Strukturen. Zum anderen gibt es verschiedene Ansätze, die zu der Forderung nach einer Öffentlichkeit führen.

Ich nenne nur einige:

Die gesellschaftliche Tendenz geht weiter zur Vereinzelung, zur Isolation. Ich brauche hier nicht weiter die gesellschaftliche Funktion der Ehe, der Kleinfamilie, und deren Auswirkungen hinsichtlich der Gewalt, Unterdrückung, Mißbrauch aufzuzeigen. Sie sind allgemein bekannt. Wenn sich gesellschaftlich also etwas verändern soll, dann könnte das ein Ansatz sein, diese gesellschaftliche Funktion des Privaten öffentlich zu machen und damit auch

die Funktion zu kippen. Das ist auch meine Motivation, in der Kommune zu leben. Um politisch wirksamer zu sein, schließe ich mich mit anderen zusammen. Und das bedeutet immer, daß ich von meiner Privatheit ein Stück lasse. Ich meine, in der Kommune sogar bisher ganz.

Ein anderer Ansatz, der auch dazu führt, ist der:

Wir sind mit der bürgerlichen Sozialisation aufgewachsen und tragen natürlich unsere Bürgerlichkeit in das Gemeinschaftsleben mit hinein, von dem wir zudem noch gar nicht wissen, wie es denn Funktionieren könnte. Bürgerliche Sozialisation ist aber immer neurotisch und führt zwangsweise zur Sucht. Die bürgerliche Gesellschaft ist deshalb eine Suchtgesellschaft. Warum das so ist, läßt sich in meinem Aufsatz: »Die Plackerei« nachlesen. In der Gemeinschaft läßt sich aber auf die Dauer mit diesem neurotischen Gepäck nicht leben. Wir müssen uns also mit unseren Neurosen auseinandersetzen. Das ist ausgesprochen schwierig und in Form von Selbsterfahrungsgruppen und Ähnlichem fast unmöglich, obwohl es immer wieder ernsthaft versucht wird. In diesem Zusammenhang würde in der Gemeinschaft der private Bereich auch eine Funktion übernehmen, nämlich die des Rückzugs, der Flucht vor Auseinandersetzung, Flucht vor der Angst der eigenen Veränderung. Also ist der private Bereich aus dieser Sicht in der Gemeinschaft ebenfalls eine kontraproduktive Einrichtung. Die Antwort darauf kann auch nur die sein, diesen Rückzugsbereich ebenfalls zu öffnen. Nur dadurch kann Veränderung stattfinden.

Aber natürlich gibt es auch ein Anrecht, und zwar von beiden Ansätzen aus, auf diesen privaten Raum, der auch zu verstehen und zu schützen ist. Insofern ist auch immer klar herauszuarbeiten, was denn eigentlich erreicht werden soll. Kein Mensch kann dauerhaft offen sein, oder ausschließlich gemeinschaftlich sein oder sich in einer ganztägigen Selbsterfahrungstherapie befinden. Es gehört zu meiner freien Entscheidung, wann ich mich und unter welchen Bedingungen ich mich in Gemeinschaft begebe und mich diesen Veränderungs- oder Therapieprozessen aussetzen will. Und schließlich muß auch alles nicht so ernst gesehen werden.

Im Buch habe ich die Richtung vertreten, möglichst offen über unsere Probleme und über unser Privates zu berichten. Ich muß zugeben, daß der Satz: »das geht Dich nichts an, daß ist meine Privatsache« mir zwar sehr fremd ist, aber auch wieder gut in das Bild einer Anarchistin paßt. Wir kennen uns in unserer Gemeinschaft relativ gut, weil wir tendenziös auch lange zusammen leben, was bei uns ja auch immer bedeutet, zusammen zu wohnen und zusammen zu arbeiten Das wird auch durch unsere gemeinsame Ökonomie ausgedrückt, - und schon darüber sind wir immer öffentlich. Wobei ich ersteinmal von einer Öffentlichkeit in der Kommune ausgehe.

Das Thema Frauen -Männer beschäftigt uns seit Jahren in der Gemeinschaft, und deshalb ist es ein wichtiges Thema. Es muß offen geführt werden. Es betrifft alle, inhaltlich ohnehin weit über den Kommunerahmen hinaus. Insofern war es für mich gar keine Frage, die sehr persönlichen Frauentexte zu veröffentlichen. Was denn sonst?

Aber das sind meine Beobachtungen und die meiner Verbündeten hier auf der Burg sind allesamt anders. Wenn alle Ihre eigenen Sichtweisen leben, dann kann das Offene das Verbindende sein. Ich habe Lutter immer als Experiment für mich gesehen, von dem ich nicht weiß, wie es ausgehen wird, oder was dabei herauskommt. Ich weiß nicht, ob wir mit dieser Art des Lebens eine menschlichere Gesellschaft entwickeln können. Es ist halt ein Versuch, der von allen Betroffenen die ganze Kraft fordert. Insofern gilt es nicht, sich aufzuschwingen und zu sagen, daß sei alles politisch unsinnig.. Aber das sagt der Rezensent ja auch nicht. Er kommt zu dem Schluß, daß er Anderen empfehlen würde, es anders zu machen. Mit diesem Ergebnis kann ich gut leben. Schließlich sind alle Gemeinschaften sehr unterschiedlich. Übrigens die praktizierte Ökonomie auch.

Zum Schluß meines Aufsatzes über die Geschichte der Kommunen habe ich darauf hingewiesen, daß sich in den Kommunen Reichtum angesammelt hat, und deswegen die Kommunen eine politische Verantwortung haben, die in der »Öffentlichmachung« einen Ausdruck finden könnte. Kommune ist keine Privatsache. Allerdings meine ich, daß wir in den Gemeinschaften längst nicht genug öffentlich sind, und unsere Probleme und Schwierigkeiten lieber in der eigenen Kommune lassen. Insofern bin ich meinen Mitautorinnen sehr dankbar, daß sie sehr authentisch berichtet haben. Theoriemodelle oder Politikvorstellungen und die Political Correctness haben sich glücklicherweise nicht durchgesetzt, und die meisten meiner Verbündeten stehen ihnen auch sehr mißtrauisch gegenüber. In egalitären Gemeinschaften ist es auch gar nicht anders möglich.

Eines allerdings vermisse ich in den Kommunen auch, und das ist das, was der Rezensent unter Theoretisieren meint. Ich persönlich sehne mich nach einer handfesten Analyse der Situationen, auch der politischen, nach dem politischen Kontext, in dem die Kommunen stehen. Das, ich muß es leider zugeben, ist nur ansatzweise in dem Buch geschehen. Ich vermisse selbst die politische Diskussion um die angerissenen Themen. Der Ökonomieaufsatz von Dieter Bensmann ist ja nur eine mögliche Form der Ökonomie. Die Lutteraner Chaosökonomie ist eine völlig andere. Aber das kann das Buch nur in Ansätzen leisten. Wir haben es mit dem Briefwechsel zwischen Gerhard Breidenstein und mir versucht, zu dem Thema Leitung unterschiedliche Positionen aufzuzeigen. Aber auch hier kann es sich immer nur um persönliche Erfahrungen handeln, die wir öffentlich gemacht haben. Eine Allgemeingültigkeit ist ohnehin aus keinem der Aufsätze abzuleiten. Wenn die Berliner ihre Schwierigkeiten mit Flüchtlingen schildern, dann sind das ihre Erfahrungen. Ich kenne einige Kommunen, in denen völlig andere gemacht wurden.

Ich meine, die Vielseitigkeit der Kommunen und der Menschen in ihnen kommt in diesem Buch sehr wohl sehr gut zum Ausdruck. Und das ist in jedem Fall etwas ganz anderes als Gleichschaltung.

Im übrigen, und auch das gehört in das Kapitel Offenheit: alle, auch der Rezensent, können Kommunen besuchen und ihre eigenen Erfahrungen machen.

In diesem Sinne: besucht die bestehenden Kommunen und gründet dann selbst welche.

Uwe K.; Lutter, den 1.3.97

Mimosen-Schichttorte



Die Herstellung dieses attraktiven Kuchens ist sehr einfach, erfordert aber etwas Geduld.

Kleine Geschichte des Tortenwerfens

von Kees Stad (Amsterdam)

Übersetzung aus dem Holländischen von Malte Wendt

Der Stummfilm hat es vorgemacht: der Tortenwurf ins Gesicht verdutzter Buhmänner verfehlte - bei aller Vorhersehbarkeit - seine Wirkung beim Kinopublikum nie. Dieser anarchische Akt, der gegen alle guten Sitten verstößt, verwandelt gestandene Herren - etwa den tyrannischen Arbeitgeber eines gepiesackten Charlie Chaplin - im Nu in Witzfiguren. Die Demütigung ist dabei vollkommen und die wiehernde Schadenfreude groß. Meister wie Laurel & Hardy haben dieses wohl signifikanteste Slapstick-Element zur kunstvollen Performance erhoben. Ein Tortenwurf ist da nie auf den Akt an sich beschränkt. Seine ganze Wirkung entfaltet sich erst, wenn Oliver Hardy als Opfer in vermeintlich stoischem Gleichmut einzelne Tortenstückchen und Sahnereste von seinem Anzug entfernt, während Stan Laurel danebensteht, sein ,,Geschieht-dir-ganz-recht''-Gesicht aufsetzt und dabei wie zur Unterstreichung einmal energisch nickt. Den letzten Rest an Souveränität verliert Hardy dann, wenn sein Zorn eruptiv ausbricht und sich in einem Vergeltungstortenwurf in Laurels Gesicht entlädt.

„Happiness is a Cream Pie"

Was eigentlich längst die Patina der Stummfilmzeit angesetzt zu haben schien, erfuhr durch die ,,Tortenbewegung'' der 70er Jahre ein unverhofftes Revival. Sie löste in den höchsten Kreisen der Gesellschaft eine Welle der Angst aus. Die Vorstellung, nach einer Rede mit einem Gesicht voll Schlagsahne verewigt zu werden, brachte manch einen dazu, auf den öffentlichen Auftritt ganz zu verzichten.

In den USA hatte die Tortenbewegung einen ganz klaren Anführer, den *Yippie* Aron Kay. 1976, im Jahre der 200-Jahr-Feierlichkeiten, machte dieser Großmeister der politischen Torte auf sich aufmerksam, als er dem rassistischen Nixon-Schoßhund und UNO-Botschafter Patrick Moynihan auf einer Wahlkampfveranstaltung für den Senat eine Mocca-Creme-Torte ins Gesicht pflanzte. Die Betortung und die Erklärung von Aron - *„Ich machte es, um gegen die Auslandspolitik der Geheimdienste, denen Moynihan diente, zu protestieren."* - erzielten weltweit mehr Aufmerksamkeit als alle Demonstrationen jenes Jahres zusammen. Mit verblüffender Schnelligkeit setzte Aron seine Beschießungen fort und „traf" dabei: den rechten Theoretiker William F. Buckley, den Künstler Andy Warhol, den New Yorker Bürgermeister Abe Beame, zwei ehemalige CIA-Chefs sowie eine ganze Reihe von Watergate-Persönlichkeiten. Seine Torten halfen, Beamte aus dem Rathaus und den sogenannten progressiven Präsidentschaftskandidaten von 1980, Brown, aus dem Rennen zu jagen.

Phyllis Schlafly war eine der schärfsten Kritikerinnen des ERA-Ände-

rungsantrags (Equal Rights Amendment), der Frauen in einer Reihe von Punkten Gleichberechtigung zugestehen sollte, und Wortführerin der leider erfolgreichen konservativen Kampagne dagegen. Sie wurde zum Opfer von Aron Kay, als ihr 1977 feierlich der ‚National Women's Freedom Award' verliehen wurde. Am nächsten Tag waren in jeder Zeitung des Landes Fotos zu sehen: Aron, der die Torte ins Ziel bugsiert, und Schlafly, die sie sich aus den Augen reibt. Die Feierlichkeiten selbst wurden völlig in den Hintergrund gedrängt. Sonderbarerweise wurde im Fernsehen nichts gesendet. Es geht das Gerücht, daß die TV-Anstalten vereinbart hatten, die *„pieings"* zu ignorieren - eine Rache gegen den Tortenanschlag, den Aron einige Wochen zuvor im Gebäude von NBC-Television verübt hatte. Später berwarb sich Kay mit dem

> Motto: *„Wählt Kay - schiebt eine Torte ins Gesicht der Autoritäten"* als Bürgermeister von New York und rief dazu auf, sich nichts aus der TV-Nachrichtensperre zu machen, sondern einfach eine landesweite Bewegung entstehen zu lassen: Arbeiter, betortet eure Chefs, Jugendliche eure Lehrer, Mieter eure Vermieter.
>
> Yipster Times, Mai 1977, zit n. Blacklisted News. Secret Histories, from Chicago '68, to 1984, S. 288-307."

Seit der öffentlichen Verbrennung von Wehrdiensteinberufungen für den US-Krieg gegen Vietnam und von Büstenhaltern hat keine Protestmethode soviel öffentliche Begeisterung hervorgerufen wie das Tortenwerfen. Nie um Phantasie verlegen, schmiß Kay auch Kuchen nach dem LSD-Promoter Tim Leary. Er bespuckte John Ehrlichman, als ihm Nixons Helfershelfer seine Torte entrissen, und verfehlte Ronald Reagan und Billy Carter (den Bruder von Jim) nur um ein Haar. Sein Lieblingsziel war jedoch wahrscheinlich „Holy Harvey" Balwin, ein Megaphon- Evangelist, der einmal einen Schwulenaktivisten in Kalifornien niederstach.

„Bildet Banden!"

Die meisten guten Tortenaktionen wurden von Teams durchgeführt. Vor allem die kanadischen Groucho-Marxisten aus Vancouver und die ‚Revolutionary 3 Stooges Brigade' (R3SB) aus Dayton, Ohio, waren lange Zeit erfolgreich tätig. Beide Gruppen führten zahllose „pie-jobs" durch, bei denen die Tortenwerfer durch Mitwirkung zahlreicher Helfershelfer ausnahmslos entkommen konnten. Ende des Jahres 1977 konnten kanadische Politiker, die gen Westen in Richtung Vancouver reisten, zuverlässig darauf rechnen, daß von der Anarchistischen Partei Kanadas (groucho-marxistische Strömung) oder der New Questioning-Coyote Brigade ein Tortenanschlag auf sie verübt werden würde. Oppositionsführer Joe Clark plädierte öffentlich für eine „konservative Torte" und erhielt sie auch prompt mit Empfehlungen des New-Questioning-Mitglieds Brent Taylor, der zwar gefaßt wurde, jedoch keine gerichtliche Vorladung erhielt. Zu den Opfern des Groucho-Marxisten Frankie Lee gehörten der einstige Radikale Eldrige Cleaver, der Psychochirurg José Delgado, der mit einer Mischung aus Rinderhirn und Tomatenmark verziert wurde, und zwei Minister der Regierung Trudeau. Jedem Volltreffer folgte ein deutliches Bekennerschreiben an die Presse.

Im Gegensatz zu den US-amerikanischen Medien, die über fliegende Torten begeistert berichteten, rügte die kanadische Presse die Politiker wegen ihrer lässigen Reaktionen. Ein Kommentator seufzte: „Fanatische Terroristen entführen Flugzeuge, Feiglinge schmeißen mit Torten ... Das Werfen von Torten ist eine Methode, billig davonzukommen." Kalorienbomben zählten in ihren Augen nichts (Allerdings wurde Brent Taylor später als einer der Verdächtigen der Vancouver Five wegen ‚richtiger' Bombenanschläge, unter anderem gegen eine Fabrik von Cruise Missiles, zu 15 Jahren Haft verurteilt).

Anders als die kanadischen Tortenbanden suchte die ‚Revolutionary 3 Stooges Brigade' ihre Ziele meistens unter lokalen Berühmtheiten - beispielsweise dem Sprecher von Daytons Elektrizitätswerken und einem Polizisten des Sondereinsatzkommandos SWAT. *„Dies war ein typischer, lokaler Tortenmord, der keine nationale Bedeutung hat. Im Alltag spielen lokale Arschlöcher oftmals eine wichtigere Rolle als irgendeine abstrakte, nationale Persönlichkeit. Alle finden es doch toll, wenn der Typ, der ihre Stromrechnungen erhöht, von einer Torte getroffen wird."* Später leugnete der Strommann vor der Presse, jemals einen Tortengruß erhalten zu haben. *„Möglich ist alles"*, reagierte die Brigade. *„Aber dann läuft er wohl immer mit einem Gesicht voll klebrigem Gebäck herum"*.
(Blacklisted News 1983, S. 288-307).

Vorbereitungszeit: 25 Min.
+ Zeit zum Kühlen
Backzeit: 30-35 Min.
Für 8-10 Personen

Z U T A T E N
175 g weiche Butter, etwas zum Einfetten
6 Eigelb
3 EL Milch
175 g Maismehl
8 Eiweiß
200 g Zucker
200 g Aprikosenmarmelade
225 g Puderzucker
2-3 EL Zitronensaft
Zum Verzieren
30 gelbe Zuckerperlen als „Mimosen"
5 cm kandierte Engelwurz
1 TL Zucker

1 Backofen auf 220° C vorheizen. 25-cm-Ø-Springform einfetten und mit Backpapier auslegen.



2 Butter schaumig rühren. Jeweils 2 Eigelb, 1 EL Milch und 50 g Maismehl nach und nach einarbeiten. Gründlich verschlagen, 2-3 Min. ruhen lassen, nochmals umrühren und beiseite stellen.

Vorsicht! Die Gegner schlagen zurück

Die Leichtigkeit, mit der Tortenschmeißer ihre Beute bekleckerten und sich danach aus dem Staub machen konnten, führte dazu, daß das kanadische Anarchoblatt *‚Open Road'* die Woche vom 4. bis zum 11. November 1977 zur „Internationalen Torten-ins-Gesicht-Woche" ausrief. Dennoch leben Tortenschmeißer gefährlich. Billy Carter und Cowboykönig Roy Rogers mußten

Uwe Kurzbein, Lutter

zurückgehalten werden, damit sie die Attentäter nicht zusammenschlugen. Immerhin hatte der Betorter des Cowboykönigs geschafft, woran Hunderte von Filmhelden gescheitert waren: Er traf ihn mit einem Sahne-Flanpudding genau zwischen die Augen. Der König winselte danach: *„Ich würde ihm am liebsten einen Roy-Rogers-Hamburger in die Gurgel drücken."*

Mindestens zwei Tortenwerfer landeten im Krankenhaus. 1978 betortete eine unbekannte Person Frank Rizzo, den ehemaligen Polizeichef und späteren Bürgermeister Philadelphias während eines Vortrags. ‚Ratzo' befahl seinen Schlägern, den jungen Mann fünfzehn Minuten lang vor den Augen des gesamten Publikums zusammenzudreschen, und besuchte ihn daraufhin im Krankenhaus, um ihm mit einer Anzeige zu drohen, falls er mit der Presse reden würde. Jener verzichtete darauf, und der Vorfall erschien nicht in den Medien.

Im Sommer 1973 hatte es Pat Haley, Redakteur des Underground-Blatts *‚Fifth Estate'* auf sich genommen, den sonderbaren Zauber zu beenden, den einige ehemalige Politaktivisten um den Guru Maharaj Ji veranstalteten. Haleys Torte, in Blumenstraußvermummung, landete mitten zwischen des Gurus Kiefern. GOTT BETORTET!, prangten die Schlagzeilen. Die Schläger des Gurus sahen rot. Zwei von ihnen drangen in Haleys Wohnung ein und schlugen ihn mit Hämmern bewußtlos. Maharaj Ji erteilte ihnen einen Rüffel, und Haley hatte einen Schädelbruch.

Mit Torten gegen Zensur und moralisierende Heuchelei

Die erste politische Torte wurde von Tom Forcade, einem legendären ‚Geschäftsyippie', der der Bewegung mit Hilfe von Schmuggel weicher Drogen viel Geld einbrachte, am 14. Mai 1970 geschmissen. Forcade war offizieller Leiter des ‚Underground Press Syndicate' und erhielt deshalb eine Vorladung zur Aussage beim Zensurausschuß, dem „Präsidialausschuß für Obszönität und Pornografie". Er erschien als Priester verkleidet und verlas eine lange Liste von Underground-Blättern, die wegen ‚Pornografie' belangt worden waren, sowie eine zornige Stellungnahme, die mit dem Refrain: *„Also verpißt euch, und verpißt euch mit eurer Zensur"* endete. Danach kippte er dem Ausschußmitglied Otto N. Larson eine Torte ins Gesicht. Das Foto des Ereignisses erschien auf der ersten Seite der New Yorker Tageszeitung ‚Dailey News' und in nahezu allen anderen Zeitungen des Landes.

Sieben Jahre später versuchte der republikanische Bürgermeister von Cleveland, Ralph Perk, einen Kreuzzug gegen „Pornografie und Unmoral" zu starten, wozu er neben dem 'Playboy', Prostitution und Haschisch zählte. Bei der Eröffnung der Hauptkoordinationsstelle für die Kampagne zu seiner Wiederwahl betrat Yippie Sue Kuklick in langem Rock und mit einer Lockenperücke den Saal, um ihm eine Erdbeer-Rhabarbertorte ins Gesicht zu zentrieren. Sie wurde anschließend auf der Polizeiwache von den Beamten zum Kaffeetrinken eingeladen (Cleveland ist traditionsgemäß eine Demokratenstadt) und durch die Hintertür laufengelassen. Die Erklärung von Sue lautete, daß sie ihn wegen Mißhandlungen von Prostituierten und *„dem Führen eines heuchlerischen Moralkriegs gegen die Pornografie"* angegriffen habe, *„während er strukturell die Interessen der Armen verleugnet"*. Er erlitt danach eine enorme Wahlschlappe.

Einen schwulenfeindlichen Erzbischof in Minneapolis traf der Zorn des Herrn in ähnlicher Form. Ein Schwulenaktivist (das Motto seines Klubs lautete: *„Schmusen und Revolution"*) ging erst zum Frisör, kaufte dann einen Hamburger (falls es im Knast nichts zu essen geben sollte) und ging so vorbereitet zu einem Wohltätigkeitsbankett des Antischwulen-Erzbischofs. Dort ließ er sich händeschüttelnd mit ihm fotografieren und plazierte daraufhin eine beim örtlichen Bäcker erstandene Schokotorte in sein Gesicht.

Gouverneur James Rhodes hatte 1970 die Nationalgarde auf das Kent-State-Unigelände geschickt, um eine Antikriegsveranstaltung niederzuschlagen. Vier Studenten wurden erschossen. Er verlor einige Tage später die (Wieder)-wahl, tauchte 1974 aus der Versenkung auf und eroberte seinen Sitz zurück. Bei der Eröffnung der Ohio-State-Feierlichkeiten erhielt Rhodes seine wohlverdiente Bananen-Cremetorte. Es wird erzählt, daß auf der Autobahn kilometerlang vor Freude gehupt und geju-



3 Eiweiß steif schlagen und mit dem Zucker mischen. Nach und nach unter den Teig heben.

4 Eine 5 mm dünne Schicht in die Backform geben, in 3-4 Min. goldbraun backen. Eine zweite Teigschicht aufstreichen und backen. Vorgang wiederholen, bis der gesamte Teig verarbeitet ist.

5 Über Nacht in der Form lassen. Herausnehmen und mit warmer Aprikosenmarmelade bestreichen.

belt wurde, als die Nachricht im Radio kam. Rhodes ließ den Werfer festnehmen und versuchte, ihn wegen Körperverletzung durch Tortenwurf verurteilen zu lassen. Am Tag vor dem Prozeß bewies der Tortenschmeißer, daß das gar nicht möglich ist: Er brach alle Rekorde, indem er sich von Freundinnen und Freunden mit insgesamt 26 Torten bewerfen ließ (worüber alle lokalen Fernsehanstalten berichteten). Die Richter sprachen ihn denn auch prompt frei, auch wenn sie den Spaß des Anschlags nicht gerade einsehen wollten.

In Europa war das Betorten, soweit bekannt, nie sehr verbreitet. Selbstverständlich wurde mit allem möglichen nach öffentlich auftretenden Machthabern geworfen - der ehemalige niederländische Ministerpräsident Lubbers beispielsweise bekam wegen seiner heuchlerischen Ausländerpolitik auf einer Anti-Rassismus-Demo einen halben Gemüseladen um die Ohren, und wer erinnert sich nicht an die Eier, die dem Dicken aus Oggersheim von den Brillengläsern trieften - richtige Gebäckmorde kamen jedoch selten vor. Allerdings wurden in Großbritannien einige Anschläge registriert. 1977 wurde der konservative Spitzenfunktionär Michael Hesseltine während einer Rede an der Universität von Leeds mit einer Apfel-Sahnetorte bedacht. Sein Parteifreund David Frost mußte sich dagegen ganz bis nach New York begeben, um in den Genuß von ‚a pie in the eye' zu kommen. Anfang der achtziger Jahre wurde auch Prinz Charles während eines Besuch eines Nachbarschaftszentrums in Manchester von einer Tortenwerferin in die königliche Visage getroffen. Und Tony Benn, der Gottheit der linken Strömung innerhalb der Labour Party, wurde Gebäck um die Ohren gehauen, als er 1982 in Wales auf einer Gewerkschaftsversammlung über "Das Recht auf Arbeit" sprach. Das Publikum war so überrascht, daß der Tortenwerfer noch Zeit hatte, das Mikrophon zu greifen und *"Hau doch ab mit deinem Recht auf Arbeit"* zu rufen. Danach wurde er von der Bühne geschmissen und der Polizei übergeben, die ihn wieder laufenließ.

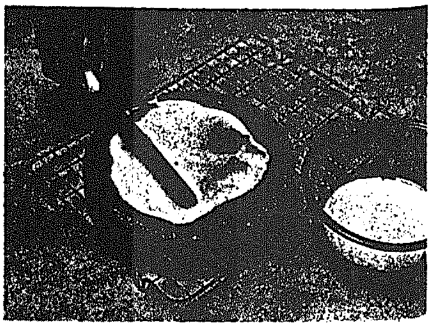
Belgisches Gebäck

Ein Fall für sich ist der Belgier Noel Godin. Er ist in Belgien und Frankreich. wo er bereits seit zwanzig Jahren ehrgeizige Philosophen, Politiker und Medienleute verfolgt, ein gefürchteter Gast. Vor kurzem schrieb er seine Autobiografie, *"Cream and Punishment"* (im Deutschen etwa "Schuld und Sahne"). Unter seinen Opfern befinden sich der mediengeile Jean-Luc Godard und die Schriftstellerin Marguerite Duras. Bei seinem jüngsten Gastspiel bei den Filmfestspielen in Cannes erwischte er den neuen französischen Kulturminister bei dessen erstem öffentlichen Auftritt. Lieblingsziel von Godin ist aber der französische "Meister"-philosoph Bernard-Henri Lévy. Lévy, der so empfindlich ist, daß er einmal erzählte: *"Wenn ich einen neuen Grauton finde, gerate ich völlig aus dem Häuschen"* erklärte an anderer Stelle, daß Frauen nicht mit Geld umgehen sollten, und umschrieb seine eigenen Talente als *"eine Landschaft, die keinen festen Platz in der klassischen Kulturtopographie"* habe. Solchen Bemerkungen verdankte er die jahrelange Belagerung mit Torten. *"Er ist der schlimmste"*, erklärt Godin, *"er ist das größte Ekel dieses Jahrzehnts."*

Seine Beliebtheit erreichte Godin, über dessen Aktionen begeisterte Medienberichte erschienen, nicht zuletzt durch sorgfältige Auswahl seiner Zielscheiben. *"Ich möchte nicht in eine bequeme Sensationslust verfallen. Für jedes Opfer muß eine plausible Begründung vorgebracht werden können. Ich sehe meine Torten in einer Linie mit den Beleidigungsbriefen, die die Dadaisten unnützen Berühmtheiten sandten."* Mittlerweile verlegt er sich immer mehr auf politische Torten. Erstaunlicherweise hat es bisher kein einziges der Opfer auf ein Verfahren ankommen lassen. *"Sie würden es liebend gern tun"*, erklärt Godin. *"Es wäre jedoch für dasjenige, an dem sie am meisten hängen, verheerend: ihr öffentlicher Ruf. Als ich festgenommen wurde, alberten die Polizisten meistens herum und kamen oft mit einer eigenen Liste gewünschter Zukunftskandidaten."*

Tortenaktionen, so Godin, müssen sorgfältig vorbereitet und in Teams von mindestens vier Personen durchgeführt werden. Darunter sollte sich außer einem Helfer zum Anreichen des Gebäcks auch ein Kameramensch für die Live-Dokumentation befinden. *"Es ist wichtig, die Torte nicht zu schmeißen, sondern zu plazieren"*, doziert Godin, *"und sich nicht um einen Fluchtweg zu sorgen, sogar wenn das heißen sollte, daß Sicherheitsleute einen zusammenschlagen. Es ist ferner strengstens verboten zurückzuschlagen, wenn mensch physisch angegriffen wird. Nur das beste Gebäck ist gut genug und sollte kurz vor der Aktion bei einem kleinen Bäcker vor Ort gekauft werden. Qualität ist alles; wenn eine Aktion schiefgeht, essen wir schließlich alles selbst auf"* (The Observer, 2. Juli 1995).

Der obige Text stamt aus dem **Handbuch der Kommunikationsguerilla**, herausgegeben von der autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe, Luther Blissett und Sonja Brünzels, 240 Seiten, 30 DM. Erschienen im Verlag Libertäre Assoziation/Schwarze Risse;
Bestelladresse: *VLA, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Tel./Fax 040-4393666*



6 Puderzucker mit Zitronensaft verrühren, Torte damit überziehen. Mit Mimosen und Engelwurz verzieren, Zucker aufstreuen, hart werden lassen.

Als Nachtisch mit einem Glas Marsala servieren.

Schwarz-Rote-Wochen Rhein-Neckar vom 30.4. bis zum 24.5.

u.v.a. finden statt:

Mi, 30.4.97, Heidelberg, Marktplatz, 19 u. 23 Uhr. Demonstration gegen das "Mai-Singen" rechtsradikaler Burschenschafter.

Do, 1.Mai, Paradeplatz, revolutionäre 1.Mai Demonstration "Für eine gleichberechtigte, herrschaftsfreie Gesellschaft"

Fr, 2.5., Eröffnung der Ausstellung zum Spanischen Bürgerkrieg, im JUZ, Käthe-Kollwitz-Str.2-4

Fr, 9.5., Anarchistische Strömungen in Deutschland, Ort noch unklar

Mo, 12.5., Bioethik - alte Gedanken im neuen Gewand, JUZ, 20 Uhr

Di, 13.5., Vortrag: Punk und Hardcore, JUZ, 20 Uhr

2.Anarchistisches Sommercamp in Hamburg vom 25.7. bis zum 3.8.

Organisiert wird das Camp von der Libertären Jugend Hamburg. Es wird wieder Arbeitsgruppen, Aktionen, Diskussionskreise und gemeinsamen Urlaub, Wassersport etc. geben. Aufgaben wie Kochen, Kinderbetreuung, Saubermachen und Wache halten werden wir gemeinsam selbst erledigen. 300 Anmeldungen können entgegen genommen werden. (Ca. 90-130.-DM)

Kontakt:

Libertäre Jugend, Thadenstr118, 22767 Hamburg-Altona, Tel. 040-4322124 (Mi+Do 19-21),
e-mail: fau/hh4@anarch.free.de

Dezentral-Frankfurt

Mi, 30.4.,Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Mit dem Film "Das ist Dein Ende", 90 min.

Sommerfest im Dezentral am Sa, 12.Juli 1997, ab 19:30 Uhr

Anarchafeministinnen-Treffen

Vom 8.-11. Mai im Wendland. Vom 2.-5. Oktober in Marburg. Infos bei Rike, *Tel. 06103-88993*

Sozialpolitisches Forum 1997

Handlungsstrategien gegen den Sozialabbau, bietet die diesjährige Veranstaltung der AG Spak vom 7.-9.11. in Kassel. Auf dem Treffen soll beratschlagt werden, wie wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zum Abbau des Sozialstaats aussehen können. Dabei soll das eigentliche Ziel, einer auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Betroffenen beruhende Gesellschaft, nicht aus den Augen verloren werden. Infos: *Marga Mitterhuber, Raiffeisenweg 12, 86923 Finning, Tel./Fax 08806-95094*

Termine

Ausstellungen in Frankfurt und Darmstadt

Schwestern, vergeßt uns nicht! Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenberg, Ravensbrück

Die Ausstellung berichtet vom Leben, dem Kampf, dem Leiden und dem Sterben der Frauen, die aus den unterschiedlichsten Gründen in die Konzentrationslager der Nazis gesperrt wurden. Die Organisatorinnen möchten mit diesem Projekt die aktive Auseinandersetzung mit Ausgrenzung, Selektion, Umgang mit Minderheiten und Faschismus fördern und zum Nachdenken über Widerstand und Zivilcourage anregen. Begleitet wird die Ausstellung in Darmstadt und Frankfurt jeweils von einer Veranstaltungsreihe, bestehend aus Filmen, Theater, Lesungen und Diskussionen.

Darmstadt: 8.4.-2.5.97, Staatsarchiv Darmstadt, Karolinenplatz; Mo 9-19:30 Uhr, Di-Fr 9-17 uhr

Frankfurt: 4.5.-24.5.97, Auguste-Oberwinter-Haus, Burgfriedenstr.7, Tgl. 14-19 Uhr;

Kontakt: *Kein Schweigen - Frauen gegen Bevölkerungspolitik, c/o FFGZ Frankfurt, Kasseler Str.1a, 60486 Frankfurt*

Leben auf der Straße

Eine Circuswoche mit obdachlosen Kindern, Jugendlichen und Straßenkindern. Vom 18.-24.8.97 in der Bildungsstätte Bahnhof Göhrde in Nahrendorf. Eine Woche, die sich mit folgenden Fragen beschäftigt: Was passiert auf der Straße? Leben in Obdachlosenunterkünften, Was heißt sich durchschlagen? Wie möchtet ihr gerne leben? etc.

Kontakt: AG SPAK, Adlzreiterstr.23, 80337 München, Tel.089-774078

In diesem Jahr jährt sich der Beginn des Spanischen Bürgerkriegs zum 60. Mal. Stephen Spender, der englische Schriftsteller, sagte einmal rückblickend auf seine Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg:

"Wir haben den Bürgerkrieg erfahren wie einen Kampf des Lichtes gegen die Finsternis."

Diese Wahrnehmung teilten auch zwei weitere europäische Intellektuelle, die ebenfalls nach Spanien gegangen sind, um dort die Feder mit der Waffe zu tauschen. Beide schlossen sich dort der anarchosyndikalistischen Bewegung an.

Doch noch einmal kurz zur Erinnerung:

Putsch und bewaffneter Widerstand

Das pronunciamiento, der Putsch der Generäle, griff am 19. Juli 1936 von Spanisch-Marokko auf das spanische Festland über. Spontan bildeten sich Arbeitermilizen, denen es in großen Teilen des Landes gelang, die Putschisten zu besiegen oder zurückzuschlagen. Dieser Putschversuch, aus dem ein 3-jähriger Krieg wurde, war nicht so sehr Beginn, als vielmehr der Höhepunkt einer politisch zugespitzten Situation. In Spanien bestanden die entscheidenden Fronten ja nicht zwischen Kommunismus und Faschismus, sondern zwischen der weit zurückreichenden Allianz von Ultrakonservativen, Militär und katholischer Kirche auf der einen Seite gegenüber einer starken Industrie- und Landarbeiterbewegung, die anarchistisch und sozialistisch orientiert war, immer wieder regionale Aufstände gewagt und immer wieder blutige Niederlagen erlebt hatte. Spanien spielte damals keine bedeutende Rolle in Europa und galt als vollkommen rückständig. Seine politischen und ökonomischen Ungleichzeitigkeiten hatten nationale Besonderheiten geschaffen, die es sonst nirgendwo gab. Der Putsch der reaktionären Kräfte gegen die junge spanische Republik war schließlich die Reaktion auf ein durch Wahlen im Februar '36 zustandegekommenes breites Volksfrontbündnis, das sich in einem politisch gemäßigten Programm erstmals auf Reformen wie z.B. die Agrarreform und die Einführung eines staatlichen Schul- und Bildungswesens geeinigt hatte.

Der Sieg dieses Volksfrontbündnisses war im demokratischen Europa auf positive Resonanz gestoßen. "Die Agenda der dreißiger Jahre war transnational", nennt Eric Hobsbawm das damalige internationalistische Selbstverständnis. So wurde der unerwartete spontane bewaffnete Widerstand des spanischen Volkes gegen die gut ausgerüsteten Aufständischen zum "Symbol eines globalen Kampfes", und dies umso mehr, je offensichtlicher kurz darauf die deutsche und italienische Intervention auf seiten Francos wurde. Der spanische Bürgerkrieg, der sich aus diesem Militärputsch entwickelte, zog ganz Europa in seinen Bann. Die republikanische Seite gewann sofort die Sympathien der Liberalen und Linken aller Schattierungen weltweit.

Viele denken nur an die Internationalen Brigaden, wenn es um das Thema der Teilnahme internationaler Freiwilliger auf republikanischer Seite geht. Dabei wird leicht übersehen, daß nicht nur Interbrigadisten im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft haben, zumal sich diese erst ab Ende Oktober 1936 formiert hatten. Es gab auch ausländische Freiwillige, die sich bereits dort aufhielten oder gleich zu Anfang der Kämpfe nach Spanien eilten, um ihre Hilfe anzubieten. Broué/Témime definieren diese Gruppe so:

"Diese Freiwilligen waren Antifaschisten: einmal aus der Heimat verjagte Deutsche und Italiener, die hier von neuem versuchten, den Kampf gegen die heimische Tyrannei aufzunehmen, zum andern viele Franzosen: Spanien war nah, der Grenzübertritt einfach, das politische Motiv - Verteidigung der Volksfront - überzeugend."

Diese frühen Freiwilligen verpflichteten sich meist individuell in den gewerkschaftlichen und politischen Milizeinheiten, wo dann kleine internationale Kontingente entstanden. Dazu gehörten auch die beiden, um die es hier heute geht. Sie schlossen sich der "Kolonne Durruti" an, einer der legendären anarchistischen Milizen: CARL EINSTEIN, der ins Exil getriebene deutsch-jüdische Schriftsteller, Kunsttheoretiker und Kunstkritiker, und SIMONE WEIL, die französische Philosophin und Schriftstellerin.

Carl Einstein

Carl Einstein wurde von Franz Blei 1922 einmal folgendermaßen beschrieben:

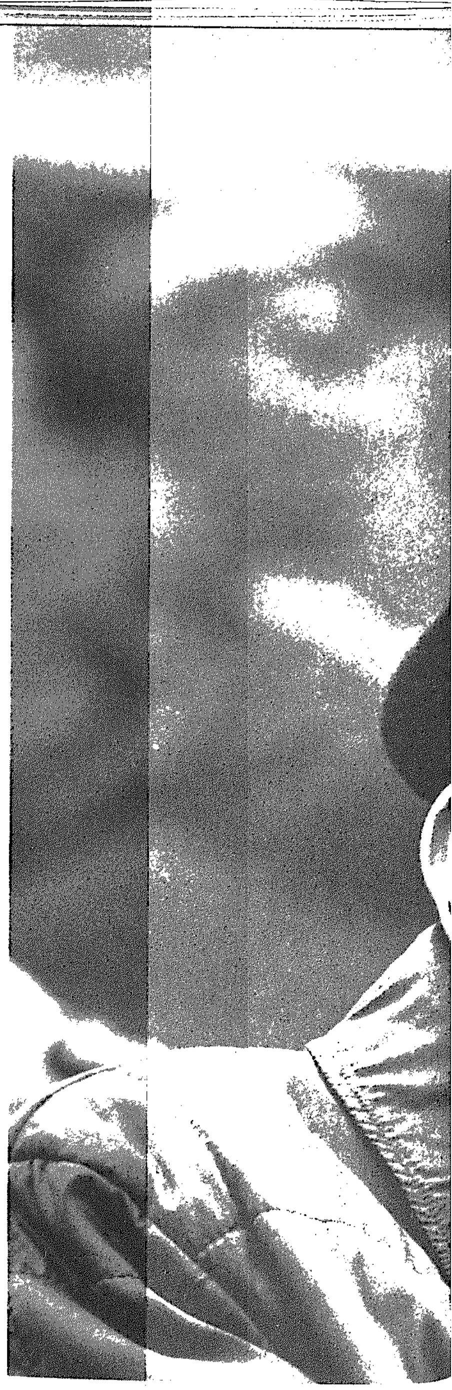


Foto: R. Maro/Version

"DER EINSTEIN. Das ist eine kometarische Angelegenheit, insofern der Einstein ein Schwanz- oder Irrstern des metaphysischen Himmels ist, aus dem er zuweilen, auf nicht erklärbare Weise, da seine Bahn nicht berechenbar, in die Erdatmosphäre abirrt, hier zum Glühen kommt und zum Sprühen und Spucken. Sein also irdisches Auftauchen ist katastrophal für bürgerliche Hirne, deren breiige Substanz bei Einsteins größter Erdnähe vor Wut zum Kochen kommt. Worauf der Einstein wieder seine metaphysische Laufbahn fortsetzt, von der nicht einmal sein schärfster Beobachter Rowohlt weiß, wie sie verläuft."

Besonders in Berlin erinnert noch heute vieles an Carl Einstein. Es gibt

„...Freiheit Europas verteidigen"

Carl Einsteins und Simone Weils Engagement für die Anarchosyndikalisten im Spanischen Bürgerkrieg

von Marianne Kräger



Photos: Interbrigadisten bei der PDS-Spanienkonferenz in Berlin 1996

dort z.B. das nach ihm benannte "Café Einstein"; in der Zeltinger Straße in Frohnau steht sogar eine Gedenktafel für ihn in einem Vorgarten eines Hauses, in dem er in den 20er Jahren gewohnt hat. Außerdem befindet sich sein Nachlaß in der Akademie der Künste. Und die Anspielung in Franz Bleis Text auf Rowohlt bezieht sich auf den aufsehenerregenden Gotteslästerungsprozeß von 1921/22 gegen ihn wegen seines Theaterstücks "Die schlimme Botschaft". (Der Prozeß endete mit einer Geldstrafe gegen ihn und seinen Verleger Ernst Rowohlt.)

Schlagartig als Avantgardeschriftsteller bekannt wurde Einstein vor allem durch seinen Anti-Roman "Bebuquin oder die Dilettanten des Wunders", der 1912 in Franz Pfemferts Verlag "Die Aktion" herauskam. Dieser Roman brach radikal mit dem konventionellen Erzählprinzip. Als 1907 das erste Kapitel als Vorabdruck erschien, war Einstein erst 22 Jahre alt, und genau dies ist mit dem kometenhaften Auftauchen in Franz Bleis Zitat gemeint.

Geboren wurde er 1885 in Neuwied, aufgewachsen ist er in Karlsruhe. Seine Eltern gehörten zum angesehenen jüdisch-liberalen Bürgertum der Stadt. Nach dem Abitur 1904 zog er nach Berlin, wo er Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte studierte. In dieser Zeit veröffentlichte er schon die ersten literarischen Arbeiten.

Aufgewachsen in der rigiden Atmosphäre der wilhelminischen Ära, kommt er während seines Studiums in Kontakt zu linksintellektuellen Kreisen in Berlin, die sich vor allem über ihre antibürgerliche Revoltehaltung definieren. Die Opposition gegen den Staat, gegen Hierarchien, gegen Unterwürfigkeit und geistige Engstirnigkeit wird für ihn lebensbestimmend. Aus den Impulsen dieser linksexpressionistischen Kreise entsteht bei ihm die für ihn so charakteristische Verbindung von Ästhetik und Politik, von Kulturkritik und Gesellschaftsanalyse. Dort entsteht auch seine Weltoffenheit, sein reges Interesse an den geistigen Strömungen in anderen Ländern. Zahlreiche Reisen nach Paris

machen ihn mit der dortigen künstlerischen Avantgarde vertraut. Ein zentraler Einschnitt ist der I. Weltkrieg. Die Konfrontation mit dem Tod, mit der eigenen Todesangst und dem Sterben anderer bewirkt eine gründliche Abkehr von nationalistischer Ideologie. 1915 erscheint sein Buch "Negerplastik". Es erlangt über die deutschen Grenzen hinaus Bedeutung, weil darin zum ersten Mal afrikanische Plastik als ernstzunehmende bildende Kunst thematisiert wird. Während der Novemberrevolution ist er im Brüsseler Arbeiter- und Soldatenrat aktiv. Nach Berlin zurückgekehrt, nimmt er auf seiten des Spartakusbundes an den Kämpfen teil und vertritt öffentlich rätedemokratische Positionen. Die Folgejahre sind gekennzeichnet durch tagespolitischen Rückzug, durch Ernüchterung über die Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, aber auch durch interessierte Beobachtung der Oktoberrevolution in der Sowjetunion. Vor und während der Weimarer Republik ist er Herausgeber oder Mitarbeiter zahlreicher Zeitschriften wie "Der Demokrat", "Der blutige Ernst", "Die Pleite", "Das Kunstblatt", "Der Querschnitt" u.a.

Im Gotteslästerungsprozeß gegen ihn stehen die Ankläger politisch rechts. Ihr Rachefeldzug gilt nicht nur dem linksradikalen Autor, sondern auch bereits dem Juden; dies wird im Prozeß offensichtlich. Einstein registriert sehr wachsam, wie sich das politische Klima unheilvoll zuspitzt. In seinen Aufzeichnungen beschäftigt er sich intensiv mit dem Spannungsfeld von Individuum und Kollektiv. Durch seine Belesenheit und seine Kenntnis so unterschiedlicher Bereiche wie Philosophie, Kunst, Ästhetik, Ethnologie, Religion, Ökonomie und die Naturwissenschaften verkörpert er den Typus des universellen Intellektuellen, was ihm ermöglicht, an umfassenden Analysen der Moderne zu arbeiten. 1926 erscheint jenes Buch, das ihn weltweit bekannt machte: das Monumentalwerk "Die Kunst des 20. Jahrhunderts" im Propyläenverlag. Auf literarischem Gebiet arbeitet er an einer Sprach- und Ideologiekritik und an Entwürfen zu einer neuen Ästhetik. 1928 emigriert er nach Paris. Dort erlebt er zunächst eine Zeit des Erfolgs und der Anerkennung. Die Gründung der Zeitschrift "Documents" gehört dazu, er hat viele Freunde, ist den Kubisten eng verbunden, veröffentlicht etliches, schreibt u.a. das Drehbuch für Jean Renoirs Film "Toni". 1932 heiratet er Lyda Guévrékian, eine Armenierin.

Ab 1933 wird aus der Emigration das Exil. In Hitlerdeutschland werden seine Bücher verbrannt, er wird ausgebürgert. Die Illusion, daß der Spuk bald vorbei ist, hat er nicht. Seine materielle Lage nimmt wegen der Weltwirtschaftskrise und dem Wegfall seiner Ersparnisse in Deutschland langsam verzweifelte Ausmaße an. Seine rechtliche Lage als Flüchtling beruht auf äußerster Unsicherheit, die Erfolge und Expansionspläne Hitlers beunruhigen ihn zutiefst. An Arbeiten entsteht u.a. eine radikale Intellektuellenkritik, in der er diese anklagt, sich an der Vernebelung der herrschenden Machtverhältnisse beteiligt zu haben, "Die Fabrikation der Fiktionen". Sie ist noch nicht abgeschlossen, da bricht der Bürgerkrieg in Spanien aus. Carl Einstein verläßt Paris sofort. Sein Ziel ist Barcelona. Zu diesem Zeitpunkt ist er 51 Jahre alt.

Simone Weil

Wenn Simone Weil (1909-1943) nicht gerade mit der momentanen französischen Justizministerin Simone Veil verwechselt wird, wird sie oftmals als Mystikerin präsentiert. Ihre philosophischen und vor allem ihre politischen Schriften werden dabei fast nie erwähnt.

Geboren wurde sie im Februar 1909 in Paris. Auch ihre Eltern sind jüdischer Herkunft, ohne aber die religiösen Gesetze zu befolgen. Simones Politisierung beginnt schon auf dem Gymnasium, wo sie gleichermaßen Interesse für Literatur und Mathematik entwickelt. Als sie 14 ist, meint sie, im Vergleich zu ihrem drei Jahre älteren Bruder intellektuell nur mäßig begabt zu sein, was sie in tiefste Verzweiflung versetzt. Nach dem Abitur bereitet sie sich auf ihre Aufnahme an der Ecole Normale Supérieure vor. In dieser Zeit belegt sie bei dem Philosophen Emile Chartier, bekannt unter dem Pseudonym "Alain", Kurse in politischer Philosophie und Soziologie und schreibt erste Aufsätze. Von 1927 an beteiligt sie sich an einer Arbeitervolkshochschule, die von Schülern Alains gegründet wurde. Ab Ende 1930 beginnen ihre heftigen Kopfschmerzanfälle, die sie von da an in regelmäßigen Abständen erleidet. Nach dem Bestehen der Agrégation im Fach Philosophie wird sie Philosophielehrerin an einem Mädchengymnasium in Le Puy. Sie orientiert sich im linken politischen Spektrum und vertritt die Auffassung, die Gewerkschaften seien der wichtigste revolutionäre Faktor. Von da an schreibt sie für revolutionäre Gewerkschaftszeitschriften wie z.B. "La Révolution prolétarienne" und "Le Cri du peuple". 1931 organisiert sie in Le Puy Abendkurse für Bergarbeiter sowie Treffen zwischen Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften. Während einer Protestaktion von Arbeitslosen wird sie in deren Delegation gebeten und fungiert als führende Sprecherin der Arbeitslosenbewegung, worauf ihre Schule von konservativen Kreisen unter Druck gesetzt wird, sie zu entlassen. Das geschieht jedoch nicht. Vom Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland beunruhigt, fährt sie im August 1932 für einen Monat nach Berlin, um sich selbst ein Bild vom Zustand der deutschen Arbeiterbewegung zu verschaffen. Sie kommt völlig desillusioniert zurück und erwartet keinerlei Widerstand mehr gegen die Machtambitionen Hitlers. Ihre Analysen zählen noch heute zu den klarsten und scharfsinnigsten, die es aus dieser Zeit gibt. Als nach Hitlers Machtergreifung die ersten deutschen Flüchtlinge in Frankreich eintreffen, nimmt sie viele von ihnen bei sich auf. Politisch tritt sie mit scharfen Attacken gegen die sowjetische Politik auf, die jedoch von anderen nicht aufgegriffen



Foto: R. Maro/Version

werden. Man wirft ihr reaktionäre und kleinbürgerlich-pessimistische Vorurteile vor. Im Dezember 1933 nimmt sie an einem Marsch der Bergarbeiter nach St.Etienne teil. Das Foto von ihr mit einer roten Fahne in der Hand geht durch die Presse. Im Juni 1934 läßt sie sich für ein Jahr beurlauben und beginnt, in Fabriken zu arbeiten. Zum Thema Versklavung des Menschen durch die Maschine waren schon 1931 mehrere Aufsätze von ihr entstanden. Sie wollte die Erfahrung der Fabrikarbeit unbedingt persönlich machen. Sie arbeitet in einer Elektrofabrik im Akkord, in einer Metallfabrik und als Fräserin bei Renault. Im nachhinein resümiert sie:

"Während meiner Fabrikzeit, als ich in den Augen aller und in meinen eigenen mit der anonymen Masse ununterscheidbar verschmolzen war, ist mir das Unglück der anderen in Fleisch und Seele eingedrungen. Nichts trennte mich mehr davon, denn ich hatte meine Vergangenheit wirklich vergessen, und ich erwartete keine Zukunft mehr, da mir die Möglichkeit, diese Erschöpfungszustände zu überleben, kaum vorstellbar erschien. Was ich dort durchgemacht habe, hat mich unauslöschlich gezeichnet."

Es folgen Monate an der Schule, in Spanien sowie auf einem Bauernhof in der Nähe von Bourges, wo sie das Leben der Landarbeiter kennenlernen will. Gleichzeitig entstehen eine Reihe von theoretischen Arbeiten über Fabrikproduktion, Wissenschaft und Gesellschaft. Als der Spanische Bürgerkrieg ausbricht, beschließt sie aufgrund ihrer guten Kenntnis der innerspanischen Verhältnisse, sich einer anarchosyndikalistischen Miliz anzuschließen. Zu diesem Zeitpunkt ist sie 27 Jahre alt.

Was bedeutete die Entscheidung, nach Spanien zu gehen, für Carl Einstein und was für Simone Weil? Gibt es Gemeinsamkeiten? Oder wo liegen Unterschiede?

Die Ausgangssituation von beiden ist unterschiedlich. Carl Einstein, dem auch Frankreich kein sicheres Asylland ist, kämpft gegen innere Verzweiflung und das Gefühl der Ohnmacht. Dies versucht er zwar zu überwinden, indem er sich in seinen Schriften der rationalen Durchdringung von Gesellschaft und Kultur widmet, ohne zu wissen, ob er jemals wieder ein deutsches Lesepublikum finden würde. Sein gefährdetes Dasein als Flüchtling hat ihm den Blick für die Bedrohung geschärft, die von den faschistischen Staaten für Europa ausgeht, wo man sich in seinen Augen viel zu sicher wähnt. 1938 beschreibt er in

einem Brief an Picasso seine Motivation folgendermaßen:

"Wir müssen diese Leute hier mit allen Mitteln verteidigen. Denn wenn wir nach alledem hier noch in Freiheit schreiben und malen können, dann ist dies - wörtlich - nur dem spanischen Widerstands zu danken. Ich wußte von Anfang an, daß ich in Spanien meine eigene Arbeit, die Möglichkeit, als ein freies Individuum zu denken und zu fühlen, verteidigen würde. Wir müssen gegenüber diesen Leuten hier größte Dankbarkeit empfinden und indem ich Soldat bin, verteidige ich gleichzeitig schlichtweg auch mich selbst, na jedenfalls schaue ich nicht mit gekreuzten Armen aus der Ferne zu."

Simone Weil dagegen nimmt den Militärputsch stärker als Ausdruck der innerspanischen Polarisierung zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften wahr, sympathisiert mit der republikanischen Seite und empfindet es als ihre moralische Verpflichtung, den Kampf der spanischen Arbeiter und Bauern auch an Ort und Stelle zu unterstützen.

"Im Juli 1936 war ich in Paris. Ich liebe den Krieg nicht; aber was mir im Krieg immer am entsetzlichsten vorgekommen ist, das ist die Situation derer, die in der Etappe bleiben. Als ich einsehen mußte, daß ich, und wäre es wider Willen, moralisch Partei ergriff in diesem Krieg, das heißt: daß ich jeden Tag und jede Stunde den Sieg der einen und die Niederlage der anderen Partei herbeisehnte, mußte ich mir sagen, daß Paris, was mich betraf, Etappe war. Ich nahm den Zug nach Barcelona, um mich freiwillig zu melden. Das war Anfang August 1936." [8.8.]

Worunter beide in den Jahren zuvor gelitten hatten, war die kampflose Aufgabe der stärksten Arbeiterbewegung Europas, nämlich der deutschen, gegen das Hitlerregime. Beide versuchten immer wieder, die Gründe für diese Niederlage zu verstehen. Sie beschäftigten sich sowohl mit der Faszination, die von der NS-Ideologie auf breite Bevölkerungsschichten ausging, als auch mit den Fehlern der linken Politik, die zu dem Zusammenbruch führten. Den "Bankrott einer ganzen Generation", so nannte und fühlte das Carl Einstein. Ihre gesamte geistige Suchbewegung - und zwar bei beiden - dreht sich immer wieder um das Aufspüren der gesellschaftlichen Mechanismen, die die bestehenden Befehls- und Unterwerfungsverhältnisse überhaupt erst ermöglichen.

Daher war beiden auch ein ungläubiges, aber unendlich erleichtertes Erstaunen darüber gemeinsam, daß es überhaupt noch irgendwo Widerstand gegen den Vormarsch reaktionärer Kräfte gab. Dazu Simone Weil rückwirkend:

"In manchen geschichtlichen Perioden erhebt ein großer Windstoß die Massen; Atem, Worte und Bewegungen vereinen sich. Dann widersteht ihnen nichts. Endlich lernen die Mächtigen ihrerseits das Gefühl kennen, einsam und wehrlos zu sein, und sie zittern. (...) Im Juli 1936 wohnten wir einem Wunder dieser Art bei, und der Eindruck ist noch nicht ausgelöscht."

"Wunder" nennt sie, was dort geschehen war. Denn zuvor hatte sie eine solche Möglichkeit schon als unwahrscheinlich bezeichnet. "Revolutionäres Handeln ist nicht möglich" hatte sie notiert, und daß es nur eine Möglichkeit des Handelns gäbe: "der Unterdrückung Widerstand leisten, bewußt machen". Revolutionär zu sein bedeutete für sie,

"in Wort und Tat alles zu vollbringen, was, direkt oder indirekt, die Last vermindern oder beseitigen kann, die die Masse der Menschen erdrückt: die Ketten der Arbeitsschmach, die Lügen, mit deren Hilfe die systematische Erniedrigung der Mehrzahl verschleiert oder entschuldigt werden soll".

Carl Einstein antwortete 1938 auf die Frage, warum er nach Spanien gekommen sei:

"Das ist die einzige nützliche Sache, die es zur Zeit gibt. Und weil ich die Monotonie eines faschistischen Europa nicht aushalten will. Seit dem 19. Juli kämpfe ich in euren Reihen. Ich bin gekommen, weil die Spanier das einzige Volk sind, das nicht erlaubt, daß es verkauft wird, obwohl alle Welt sich anstrengt, es zu verkaufen."

Was sie ebenfalls gemeinsam hatten, war ihre Kritik an der Entwicklung marxistischer Politik in der Sowjetunion. Auch hier stimmen sie wieder überein, nicht nur die Praxis der marxistischen Lehre zu kritisieren, sondern die Wurzeln der Deformation und des Scheiterns bereits im theoretischen Fundament zu finden. Beide verurteilen vor allem das Primat der Ökonomie, in dem sie den Schlüssel zu den sozialen Problemen sehen. Simone Weil kritisierte den Produktionskult, der Menschen nach wie vor zu Zahnrädern degradierte, den Mythos der Großindustrie und den blinden Fortschrittsglauben. Einstein benannte außerdem den falschen Avantgardeanspruch, die Phrasendrescherei, das technokratische Denken, die ausgeprägte Parteihierarchie, den Personenkult und eine verlogene Vulgarisierung in Kunst und Literatur. Auch die repressive Rolle des Staates mit seinen drei Stützpfeilern Armee, Polizei und Bürokratie wurde von beiden abgelehnt. Beide bezeichneten die Sowjetunion als totalitäres Regime. Da sie in diesen wichtigen Punkten mißtrauisch gegenüber der Sowjetpolitik waren, nahmen sie die stalinistische Verfolgung bereits in ihren Anfängen wahr.

Hinsichtlich der arbeitenden Bevölkerung äußerten beide Respekt vor deren Leistung, deren Leiden und deren Erniedrigung. Simone Weil betonte die Wichtigkeit, die Unterprivilegierten nicht zu belügen und betrügen:

"(...) es wäre schön, wenn sie sich befreiten; mehr läßt sich nicht sagen. Die Illusionen, die man verbreitet in einer Sprache, die kläglich die Gemeinplätze der Religion mit denen der Wissenschaft vermischt, sind ihnen unheilvoll. Denn sie erwecken den Glauben, die Dinge seien leicht zu vollbringen, ein moderner Gott namens Fortschritt treibe sie nach vorn, eine moderne Vorsehung namens Geschichte mache für sie die Hauptanstrengung. Schließlich erlaubt nichts, ihnen am Ende des Befreiungskampfes Genuß und Macht zu versprechen."

Das Leben und Denken von beiden war sichtlich geprägt von so etwas wie "Vereinsamung in der Opposition". Simone Weil und Carl Einstein waren es gewohnt, als radikale Einzelgänger zu gelten, vor deren geistiger Scharfsinnigkeit sich viele fürchteten. Nach ihrem Spanienaufenthalt hat Simone Weil dies auch einmal direkt ausgesprochen:

"Ich will aber nicht von einem Milieu aufgenommen werden, ich will nicht in einem Milieu wohnen, wo man 'wir' sagt, und ein Teil dieses 'wir' sein; ich will in keinem menschlichen Milieu, gleichviel welchem, zu Hause sein. Wenn ich sage, ich will nicht, so drücke ich mich ungeschickt aus, denn ich wollte es gerne; dies alles ist köstlich. Aber ich fühle, daß mir dies nicht erlaubt ist. Ich fühle, daß es für mich notwendig ist, daß es mir vorgeschrieben ist, einsam zu bleiben, eine Fremde und Verbannte hinsichtlich jedes beliebigen menschlichen Milieus ohne Ausnahme."

Es ist vielleicht kein Zufall - und hier greife ich einen Gedankengang Helmut Dahmers in bezug auf Sigmund Freud auf -, daß diese Eigenschaft und auch der Mut, der dazu gehört, sich bewußt außerhalb von Normen und Kollektiven zu stellen, sowohl bei Carl Einstein als auch bei Simone Weil vorhanden war, die schließlich beide die Erfahrung jüdischen Außenseitertums gemacht hatten.

Eine weitere Gemeinsamkeit war ihr existenzielles Bedürfnis nach einer engen Verbundenheit von reflexivem Denken und Leben. Simone Weil nannte dies einmal die "Verpflichtung zur intellektuellen Redlichkeit". Sie sahen den Sinn ihrer Existenz als Menschen darin, Verantwortung für das Allgemeinwohl, also für die unteren Schichten, die Mehrheit, zu empfinden und zu tragen. Damit übernahmen sie die Aufgabe, zur Verwirklichung der Ideale der sozialen Gerechtigkeit und des solidarischen Zusammenlebens beizutragen, und selbst dabei im Hintergrund zu bleiben. Max Horkheimer formulierte einmal den Satz: "Nur eine über das persönliche Glück hinausgehende Zielsetzung kann glücklich machen." Ich denke, dies trifft genau das Selbstverständnis auch von Einstein und Weil.

Dieses Sichzurücknehmen klingt vielleicht mißverständlich, gemeint ist hier nicht eine Unterwürfigkeit, etwa nach dem Motto "Ich bin nichts, die Partei ist alles". Eine solche Einstellung wäre den beiden zutiefst zuwider gewesen. Dieses Sichselbstzurücknehmen als Person ist vielmehr ein Ausdruck von Bescheidenheit, eine Absage an selbstsüchtiges, narzißtisches Verhalten und vor allem an Machtbestrebungen. Es ist bewußter Machtverzicht. Demut, so definierte Simone Weil ihr Bestreben,

"Demut; glauben, daß man unter den anderen steht. (...) Man muß glauben, daß man unter den anderen steht, um sich selbst dazu zu bringen, sich als ihresgleichen zu betrachten und sich nicht vorzuziehen. Wenn man nicht umhin kann, sich eine Hierarchie, eine Stufenleiter zwischen den Menschen vorzustellen (und die Vollkommenheit liegt darin, sie sich nicht vorzustellen), muß man sich die unterste Stufe zuweisen, um zu vermeiden, daß man in seiner eigenen Wertschätzung über irgend einem anderen Menschen steht. Wenn man lange genug auf der letzten Stufe bleibt, verschwindet die Leiter."

Auch Carl Einstein betonte in Spanien immer wieder, daß er als Literat eher von den anderen lernen konnte als umgekehrt. Nicht er war mehr die Avantgarde: "Durruti, dieser außergewöhnlich sachliche Mann, sprach nie von sich, von seiner Person. Er hatte das vorgeschichtliche Wort "ich" aus der Grammatik verbannt. In der Kolonne Durruti kennt man nur die kollektive Syntax. Die Kameraden werden die Literaten lehren, die Grammatik im kollektiven Sinn zu erneuern."

Dieses intellektuelle Selbstverständnis, das nicht nur für diese beiden typisch war, entspringt keinem Romantizismus, sondern seine Wurzeln liegen in der Philosophie, vor allem der philosophischen Auseinandersetzung mit menschlichem Leid und Tod. Diesen zentralen Themen waren sowohl Simone Weil als auch Carl Einstein schon nahegekommen und hatten sich durch die Auseinandersetzung mit ihnen persönlich verändert. Ihre philosophische Schulung zielte nicht nur darauf ab, einen Überblick über den Gang der Gesamtmenschheit zu erlangen, sondern man begann gerade zu ihrer Zeit auch die geschichtliche Bedingtheit der Individuen zu verstehen. Hieraus erwuchs die Gewißheit, daß ein Individuum nicht alles aus sich allein heraus erzeuge und im historischen Prozeß von nicht realisierten Kräften und Traditionen geleitet werde, so daß die Idee des Subjekts relativiert werden müsse. Ein solcherart politisch-philosophisches Denken war für sie somit gelebte Subversivität und bewußter Dienst an der Menschheit.

Was sie ihrerseits von einer zukünftigen gerechteren Gesellschaft erwarteten, war, als Einzelne geachtet zu werden und Freiräume zu haben. Oder, wie Simone Weil es allgemeiner ausdrückte:

"Das Leben wird um so weniger inhuman sein, je größer die individuelle Denk- und Handlungsfähigkeit ist."

Und wie sah dies im Spanien des Jahres 1936 aus?

Die Soziale Revolution

Als Einstein in den ersten Tagen nach dem Putsch nach Barcelona kam, fiel er von einem Staunen ins andere. Er mußte feststellen, daß in Spanien nicht nur ein Krieg stattfand, sondern gleichzeitig eine von Anarchisten getragene Soziale Revolution. Die Regionen, in denen sie durchgeführt wurde, waren vor allem Katalonien und Aragonien, Valencia, die Landesteile nach Süden hinunter bis nach Andalusien sowie Teile des Baskenlands und Asturiens. Dort hatten die Arbeiter ohne Aufforderung und ohne Zögern in den ersten Kriegstagen die erfolgreiche Niederschlagung des Militäraufstands als Katalysator genutzt, um innerhalb kürzester Zeit auf lokaler und regionaler Ebene das bestehende politische, soziale und ökonomische System abzuschaffen. Die wirtschaftliche und politische Macht wurde von neuen sozialen Gremien wie z.B. Räten und Milizkomitees übernommen. In weiten Teilen der republikanischen Zone waren somit die Regierung und der Staat mit seinen Organen faktisch nicht mehr vorhanden. Es kam zu einer spontanen Kollektivierungsbewegung in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Dienstleistungsbetrieben. Das neue Selbstverwaltungssystem funktionierte sogar relativ gut. Um nur einige der sozialökonomischen Verän-

derungen zu nennen: Beschlagnahmung und Aufteilung von Großgrundbesitz, Beschlagnahmung von Industriebetrieben (in Katalonien 70% der Betriebe) und Übernahme durch die Belegschaft, industrielle Umstellung auf Kriegsproduktion, Einführung sozialer Sicherungsmaßnahmen in den Betrieben wie Alters- und Invaliditätsversorgung, Urlaubsregelung, Arbeitslosengeld; Einkommensgleichheit, Bemühungen zur Gleichstellung von Mann und Frau, Massenteilnahme von Frauen an den revolutionären Umwälzungen, Einführung staatlicher Schulen mit Koedukation und Schließung konfessioneller Schulen, Beschlagnahmung von Luxusvillen, Klöstern, Kasernen etc. für Schulen und Krankenhäuser, Alphabetisierung der Landbevölkerung, Einrichtung von Gesundheitszentren, Volksküchen, Volksbibliotheken usw. Zum Teil wurde regional und lokal sogar das Geld abgeschafft. Auf Erfahrungen in dieser Grössenordnung konnte nicht zurückgegriffen werden. Weitgehend unkoordiniert und täglich improvisiert war dies ein sozialrevolutionäres Großexperiment, in dem nicht zuletzt auch die Euphorie und Zuversicht aller Beteiligten eine wichtige Rolle spielte.

Barcelona war unbestreitbar das Zentrum der Revolution. Es gibt zu dieser unglaublich euphorisierten Aufbruchsstimmung zahlreiche Augenzeugenberichte internationaler Freiwilliger, die ebenfalls von ihr erfaßt wurden. Dies betraf auch Einstein, der früher den Anarchismus eher als Modetrend der Bohème angesehen hatte. Die Stärke und die Wurzeln dieser anarchosyndikalistischen Bewegung waren ihm völlig neu:

"Diese Anarchisten verfügen kaum über eine einflußreiche Internationale und eine wirksame Auslands-Propaganda. Man kennt und beurteilt sie nach den Wertungen ihrer Gegner. Man kennt sie aus einer überalterten Vulgärliteratur, die allzu oft den Pistolero beschreibt. Kaum einer draußen hat auf europäische Art den Anarchosyndikalismus dargestellt, der durchaus konstruktiv ist."

Die angestrebten Ziele teilte er; was ihn zudem faszinierte, war, daß der Anarchismus bzw. Anarchosyndikalismus nicht von theoretisierenden Intellektuellen getragen wurde, sondern eine Massenbewegung war. Auch die Ernsthaftigkeit und Selbstverständlichkeit, mit der überall tatkräftig daran gegangen wurde, diese Ideale auf irgendeine Weise umzusetzen, beeindruckten ihn zutiefst. Aus diesem Grunde schloß er sich der Milizkolonne des Anarchistenführers Buenaventura Durruti an.

Bei der Kolonne Durruti und den Anarchosyndikalisten

Die Kolonne Durruti war eine Arbeitermiliz der CNT/FAI mit einer internen Struktur, die auf Befehlshierarchien, militärische Ränge und Privilegien verzichtete und statt dessen auf solidarischem Verhalten und Selbstdisziplin beruhte. Nicht aus Angst gehorchen lernen sollten die Milicianos, sondern bewußt handeln und die Bedeutung ihrer Handlungen verstehen. Die Delegierten von 10er-Gruppen, Hundertschaften und Verbänden wurden alle gewählt. Auch Durruti selbst war als Generaldelegierter gewählt. Die Internationale Gruppe zählte zeitweilig bis zu 400 Personen. Als die Kolonne Durruti von Barcelona aus an die Aragon-Front zog, um Zaragoza einzunehmen, bestand sie aus rund 2000 Milizionären. Später wuchs sie auf etwa 8000 an.

Die Kolonne selbst war Auslöserin der Sozialen Revolution in allen Dörfern, in die sie gelangte und in denen sie die Putschisten besiegte. Dies beschreibt Einstein:

"Wohin allenthalben die Kolonne dringt, wird kollektivisiert. Die Erde wird der Gemeinschaft gegeben, die Landproletarier werden aus Hörigen der Kaziken zu freien Menschen verwandelt. Man springt vom Landfeudalismus zum freien Kommunismus über. Die Bevölkerung wird von der Kolonne verpflegt, ernährt und gekleidet. Die Kolonne bildet, wenn sie in Dörfern rastet, eine Gemeinschaft mit der Bevölkerung." - "Jeder Erfolg der Kolonne bewirkt die Befreiung der Arbeiter, wo jeweils die Kolonne gesiegt hat."

Diejenigen, die zur Kolonne dazustießen, waren in der Regel Analphabeten. Ein Unterricht innerhalb der Kolonne wurde organisiert, um dies zu ändern. Einstein:

"Die Kameraden unterrichten sie. Die Kolonne Durruti wird ohne Analphabeten aus dem Feld zurückkehren. Sie ist eine Schule."

Obwohl vieles davon nachvollziehbar und belegbar ist, klingt es dennoch ein wenig zu perfekt, wie er sich zur Kolonne Durruti äußert. Man muß dabei aber wissen, daß die Rede, aus der diese Zitate stammen, eine Propagandafunktion hatte. Sie bezog nämlich öffentlich Stellung gegen die geplante Umwandlung der Milizen in eine reguläre Armee mit Wehrpflicht, Hierarchiestruktur und Einheitskommando. Das Argument hierfür lautete, daß man der Gegenseite, die mit modernsten Waffen und riesiger militärischer Überlegenheit kämpfte, Gleiches entgegensetzen müsse. Der Krieg hatte sich enorm ausgeweitet und war inzwischen zu einem internationalen Krieg geworden. Die massive Unterstützung Francos durch Deutschland und Italien hatte die republikanische Seite in die Defensive gedrängt. Frankreich und England verweigerten Hilfe, und die sowjetischen Lieferungen konnten das nicht ausgleichen. Ein bürgerlich-liberales Staatswesen hatte sich erneut gebildet, dessen Dekrete viele sozialrevolutionäre Errungenschaften rückgängig machten. Die Anarchisten hatte sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Widersprüche verwickelt und verloren machtpolitisch systematisch an Boden. Die Losung "Krieg und Soziale Revolution" wurde von der Forderung "Erst den Krieg gewinnen" verdrängt.

Carl Einstein trat bis März 1937, als die Umstrukturierung der Milizen in eine Volksarmee vollzogen wurde, in öffentlichen klaren Stellungnahmen für die Einheit von militärischem Kampf und Sozialer Revolution ein. Leider gibt es nicht so viele Zeugnisse von Einstein aus Spanien. Als einzige Texte kennen wir seine Gedenkrede zur Beerdigung des Anarchistenführers Durruti am 22. November 1936 - aus dem das Zitat von vorhin stammt - und seinen Redebeitrag "Die Front von Aragon" [1. Mai 1937]. Beide Reden waren in Barcelona gedruckt erschienen. Außerdem existieren zwei Interviews mit ihm, einige Briefe von ihm an einen engen Freund, den Kunsthändler Daniel-Henry Kahnweiler in Paris, ein Brief an Picasso und Äußerungen über ihn in diversen Briefen der Deutschen Anarcho-Syndikalisten in Spanien. Reflexive Aufzeichnungen wie die von Simone Weil fehlen ganz. Dennoch ist sein Redebeitrag "Die Front von Aragon" sehr interessant. Er spiegelt bereits den Schock wider, als klar wird, daß die Sowjetunion aus außenpolitischen Gründen nicht bereit ist, die spanische Revolution zu unterstützen. Die durch die sowjetischen Waffenlieferungen erstarkte Kommunistische Partei Spaniens bekämpfte die Soziale Revolution und die anarchistische Bewegung



Foto: R. Maro/Version

als deren Hauptträgerin massiv mit allen Mitteln und trat für eine gemäßigte, bürgerlich-demokratische Volksfront ein. Das Resultat dieser Strategie sah für die Milizen an der Aragon-Front so aus, daß ihnen Waffenlieferungen verweigert wurden und sie ohne die erforderliche Bewaffnung und Rückendeckung von der eigenen Luftwaffe zur monatelangen Untätigkeit verdammt wurden. Damit war auch eine erfolgreiche Weiterführung des Kriegs in jenem Gebiet blockiert. Diese politische Brisanz benannte Einstein:

"Die Kameraden, die an der Aragonfront wachen, fordern seit langem Kampf und Vormarsch. (...) Ihr Ruf verhallt ungehört. Diese Front dämmert unter einem dichten Schleier, aus trügendem Schweigen und drohender Müdigkeit gewebt. Warum denn will man sich nicht um diese Front kräftig kümmern und mühen?"

"Nur auf dieser Front (...) werden die Milizen durch eine Politik des Mißtrauens gelähmt."

Er endet mit dem Appell: "Freunde, gestattet endlich diesen Divisionen zu kämpfen, und in Aragon zu siegen." Dies geschah jedoch nicht. Nach den blutigen Mai-Tagen 1937, in denen die erstarkten Kommunisten die Anarchisten endgültig in die Knie zwangen, veränderte sich das politische Geschehen zugunsten den Vorgaben der Kommunisten, die einflußreiche Positionen zu besetzen verstanden.

Nach der Umorganisierung der Kolonne Durruti zur Division Durruti war Carl Einstein militärischer Leiter eines Frontabschnitts geworden. Nach heftigen Kämpfen erlitt er schwere Verwundungen, die er auskurieren mußte. Da er an einer Vielzahl von Fronten gekämpft hatte, wissen wir, daß er in spanische Einheiten aufgenommen wurde und nicht in die Internationalen Brigaden überwechselte.

Aus den beiden Interviews, die er im Mai 1938 gab, erfahren wir weitere Schwerpunkte, denen er sich in Spanien zugewendet hatte. Von schriftstellerischer Arbeit ist da wieder die Rede, von Beschäftigung mit der Frage der Kunst, die eng mit der Frage nach der menschlichen Freiheit verbunden sei. Auch eine Studie über die militärstrategischen weltweiten Expansionspläne Nazideutschlands erwähnt er, wobei er die Hoffnung äußerte, daß Deutschland und Italien ihre Hilfsleistungen an Franco bereits nicht mehr steigern könnten, da sie ihre Bestände noch woanders brauchen würden. Ferner sei er mit einem Kreis von Leuten dabei, eine Offensive des Geistes gegen die faschistische Ideologie zu starten, um die man sich zu wenig kümmere. Zuguterletzt erwähnte er noch einen Film über Spanien, den er zu drehen beabsichtigte.

Anders als Einstein hatte sich Simone Weil bereits vor Spanien positiv auf die anarchistischen Ideen bezogen:

"Ich bestreite, daß die Arbeiterbewegung (...) wieder etwas Lebendiges sein kann, solange sie nicht (...) eine Inspirationsquelle in dem sucht, was Marx und die Marxisten bekämpft und töricht verachtet haben: bei Proudhon, bei den Arbeitergruppen von 1848, in der Gewerkschaftstradition und im anarchistischen Geist."

Als sie am 8. August 1936 nach Barcelona kam, meldete sie sich bewußt bei

der CNT. Aber schon in die Anfangseuphorie in Barcelona mischte sich bei ihr vorsichtige Skepsis:

"Zunächst einmal kann eine gesellschaftliche Umwälzung nur danach richtig beurteilt werden, wie sie sich auf das tägliche Leben jedes einzelnen auswirkt. In dieses tägliche Leben 'des Volkes' einzudringen ist aber nicht leicht. Außerdem verändert es sich von Tag zu Tag. Zwang und Spontaneität, Ideal und Notwendigkeit mischen sich dabei derart, daß nicht nur in den objektiven Sachverhalten, sondern auch im Bewußtsein derer, die als Handelnde oder Betrachter in die Ereignisse verwickelt sind, eine unüberschbare Verwirrung entsteht. Darin liegt sogar der eigentliche Charakter und vielleicht das größte Übel des Bürgerkriegs. Das ist der erste Schluß, der sich auf Grund einer raschen Überprüfung dessen, was in Spanien geschehen ist, ziehen läßt."

An ihrem Beispiel läßt sich gut zeigen, wie sie trotz innerer Sympathie ihre Beobachtungen immer wieder kritisch überdenkt, um sich rational orientieren zu können. Da Simone Weils Freiheitsbegriff auf Gerechtigkeit und dem Streben nach Moralität beruhte, reagierte sie sehr sensibel auf die Racheakte, die im Namen der Revolution geschahen. Wie in jeder Anfangsphase einer Revolution erfolgten einige spontane Hinrichtungen, Plünderungen, grausame Abrechnungen an verhaßten Großgrundbesitzern, Pfarrern, Nonnen, Adligen, reichen Bürgern und militärischen Gegnern. Sie verurteilte dies zutiefst. Sie erfuhr auch von der Erschießung eines Fünfzehnjährigen, der auf der Feindesseite gekämpft hatte und sich weigerte, sich der Kolonne Durruti anzuschließen:

"Durruti gab dem Kind vierundzwanzig Stunden Bedenkzeit. Der Junge sagte nein und wurde erschossen. Dabei war Durruti in mancher Hinsicht ein bewundernswerter Mann. Der Tod dieses Jungen hat nie aufgehört, mir auf dem Gewissen zu liegen, obgleich ich erst nachträglich davon erfahren habe."

Zum Verhältnis zwischen der Kolonne Durruti und den Bauern heißt es bei ihr:

"Diese blutarmen, großartigen Bauern von Arag¢n, die unter allen Demütigungen ihren Stolz bewahrt hatten, waren für die Milizsoldaten aus der Stadt nicht einmal ein Gegenstand der Neugier. Ohne daß es zu Übergriffen, Unverschämtheiten, Beleidigungen gekommen wäre (...) trennte ein Abgrund die Soldaten von der unbewaffneten Bevölkerung, ein Abgrund, der ebenso tief war wie der zwischen Armen und Reichen. Das war deutlich zu spüren an der stets etwas demütigen, unterwürfigen, furchtsamen Haltung der einen und an der Ungeniertheit, der Überlegenheit, der Herablassung der anderen."

Aus Gesprächen mit Bauern kommt sie zu dem Schluß, daß die Kollektivierungen z.T. nicht so freiwillig verlaufen waren wie erwartet und öfters auch Zwang angewendet wurde. Diesem Zwang begegnet sie auch in den Betrieben, für die Dekrete zur Überstundenableistung erlassen wurden.

"Ein anderes Dekret sieht vor, daß jeder Arbeiter, der seine Normen nicht erfüllt, als Aufständischer zu betrachten und entsprechend zu behandeln ist. Das bedeutet ganz einfach die Anwendung der Todesstrafe in der Industrieproduktion."

Ihrer ganz neuen Erfahrung, als eine der wenigen Frauen in der Miliz zu kämpfen, hat sie keine Beachtung geschenkt. Der Frauenanteil in den Milizen lag etwa bei 2-3%. Im Zuge der militärischen Umstrukturierung wurden diese später zumeist in den Sanitätsbereich umdirigiert. Ab März 1937 bestanden die kämpfenden Divisionen mit ganz wenigen Ausnahmen, wie etwa Mika Etchebéhère, nur noch aus Männern. Simone Weils Notizen läßt sich jedoch entnehmen, daß ihr in brenzligen Situationen nicht nur einmal von ihren männlichen Milizkameraden der Platz in der Küche zugewiesen wurde, der im übrigen oft nicht weniger gefährdet war. Dies heißt jedoch wiederum nicht, daß in der Kolonne Durruti nur die Frauen kochten.

Um den 20. August herum erlitt sie beim Kochen schwerste Verbrennungen am Bein von siedendem Öl, so daß sie die Kolonne verlassen und in ein Krankenhaus mußte. Alles in allem blieb sie etwa zwei Monate in Katalonien. Sie schrieb, als sie nicht mehr kämpfen konnte, Artikel, z.B. gegen die Noninterventionspolitik der französischen Regierung, die in Frankreich erschienen.

Rückblick

Simone Weil versuchte, nach ihrer Rückkehr Lehren aus den Erfahrungen in Spanien zu ziehen. Sie beschloß, künftig nicht mehr mit linken politischen Gruppierungen zu sympathisieren. Ihre Erwartungen in die CNT hatten sich nicht erfüllt. Sie befand, daß bislang in allen diesen Organisationen unvereinbare Gegensätze und Widersprüche aufgetreten waren, die dazu geführt hatten, daß das Ziel des ursprünglichen Kampfes preisgegeben wurde. Dazu kam die Internationalisierung des Kriegs:

"Ich fühlte keine innere Notwendigkeit, an einem Krieg teilzunehmen, der nicht länger, wie ich anfangs gedacht hatte, hungrige Bauernmassen den Gutsbesitzern und ihren Komplizen, den Pfarrern, gegenüberstellte, sondern die europäischen Mächte miteinander konfrontierte: Rußland, Deutschland und Italien."

Auch ihre Zuversicht in die revolutionäre Kraft der Massen hatte sie verloren. Aus den Ausgebeuteten und Erniedrigten, so resümierte sie, ginge auch kein neuer Menschentypus hervor:

"Es ist nicht ersichtlich, auf welche Weise aus dem Schoß der Massen spontan das Konträre des Regimes hervorgehen könnte, das sie formiert oder besser deformiert hat."

Ihre nachfolgenden Jahren sind von der Furcht vor einem europäischen Krieg bestimmt, weshalb sie bis zum Kriegsausbruch eine pazifistische Position vertritt. Ihre heftigen Kopfschmerzen verstärken sich so, daß sie nicht mehr als Lehrerin arbeiten kann. Die Hinwendung zur Religion, insbesondere zur katholischen Theologie, hilft ihr, ihr Leiden besser zu ertragen. Als Polen von Deutschland überfallen wird, widmet sie sich als Beitrag zu dessen Bekämpfung intensiv Studien der historischen und gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus. Mit ihrer Verzweiflung wächst wieder die Konzentration auf Philosophie und Theologie. Nachdem Paris in deutsche Hände fällt, zieht Simone Weil mit ihren Eltern ins Vichy-Frankreich, nach Marseille. Als diese in die USA emigrieren, bleibt sie zunächst und versucht, sich der Résistance anzuschließen. Asketische Lebensregeln bestimmen ihren Tagesablauf. Ihre hartnäckigen Versuche, von London aus in die Résistance aufgenommen zu werden, um gefährliche Aufgaben an vorderster Front zu übernehmen, scheitern. 1943 stirbt sie in London im Alter von 34 Jahren an Tuberkulose und willentlich herbeigeführter Unterernährung.



Foto: R. Maro/Version

Der weitere Lebensweg Carl Einsteins läßt sich kurz erzählen. Immer noch verwundet und tief demoralisiert, flieht er mit dem letzten Flüchtlingsstrom Anfang Februar 1939 aus Spanien nach Frankreich, wo er in ein Internierungslager für Spanienkämpfer gesteckt wird. Nach einer kurzen Aufenthaltszeit mit seiner Frau zusammen in Paris, wird er erneut in Südfrankreich interniert, diesmal als feindlicher deutscher Ausländer. Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen gelingt es ihm, aus dem Lager zu entkommen. Auch bei ihm gibt es in dieser Zeit eine Hinwendung zum Katholizismus. Ohne Paß, ohne einflußreiche Hilfe und ohne Zuversicht nimmt er sich im Juli 1940 in den Pyrenäen das Leben.

Am 6. Januar 1939, kurz vor der Niederlage der Republik, hatte Carl Einstein von Barcelona aus noch einen Brief an Pablo Picasso in Paris geschrieben. Über seine eigene Lage - er war verwundet und mußte sich auskurieren - heißt es da u.a.:

"Im Moment habe ich als Soldat außer Dienst viel Zeit und zwar zuviel. Es ist hart, zuzusehen, wie die Kameraden kämpfen und man selbst liest nur die Zeitungen, die über diese Kämpfe berichten. Ich schäme mich dafür."

Einstein äußerte sich noch optimistisch:

On battra Franco", - wir werden Franco schlagen, heißt es da noch, "jeder an der Front weiß das und spürt das."

Aus den spanischen Zeitungen war so kurz vor der Niederlage tatsächlich nicht zu ersehen, wie ernst die Lage war. Sie verbreiteten nämlich Propaganda und zensierten schlechte Nachrichten, um die Demoralisierung nicht noch zu erhöhen. Doch zurück zu dem Brief an Picasso. Dort heißt es weiter:

"Sie können gar nicht wissen, wie glücklich ich bin, zusammen mit Ihren Landsleuten gekämpft zu haben. Das ist vielleicht die schönste Erinnerung meines Lebens."

"Die Spanier haben sogar während des Kriegs großartige Fortschritte erzielt. Es gibt keine Analphabeten mehr, die Soldaten und Arbeiter verstehen die Dinge, die politischen und viele anderen, weitaus besser als die intellektuellen Affen außerhalb des Landes, es ist wirklich erstaunlich, wie schnell die Spanier alles begreifen. Das hat mich immer in Erstaunen versetzt."

"Glauben Sie mir, ich würde jederzeit freiwillig mein Leben und alles für Ihr Land geben, das ist nicht einfach nur so dahingesagt. Aber ich würde es nicht ertragen, meine Kameraden in einer mißlichen Situation zu sehen."

"Ich habe in Spanien nichts weiter gesucht als die Möglichkeit, den Kameraden, der Freiheit und der menschlichen Würde zu dienen."

Und, weiter gegen Ende, heißt es nochmal ganz klar in bezug auf seine eigene Rolle:

"Ich brauche das alles nicht, weder irgendwelche Prahlereien, noch literarische Rezepte, um das Recht auf meine Würde zu verspüren. Und ich werde sie immer ohne großes Gerede verteidigen, ohne Eigenwerbung und ohne darüber zu schreiben. Denn man muß auch wissen, - oó les mots finissent - wo die Grenze der Sprache erreicht ist."

Vielleicht liegt in dieser Haltung genau der Unterschied zu heute.

Dieser Artikel beruht auf einem Vortrag, der am 27. Juli 1996 in Berlin gehalten wurde.

Vom Drachen jagen:

Zum Tod von Heiner Köchlin

von Werner Portmann

"Ich schaue die Welt an als etwas mir nicht nur gegebenes sondern auch aufgegebenes." (Heiner Köchlin)

Wie kann ich den Drachen jagen ohne selbst zum Drachen zu werden? Dieser Gedanke, umkreiste sein ganzes Sein. Dieser Satz, entlehnt einer unbeantworteten Frage Karl Jaspers, entschlüsselt nicht nur das Dilemma Heiner Köchlins - wie kann ich Widerstand leisten ohne den Menschen zu schaden - sondern des Menschen in der Revolte generell. Jaspers und Camus sind denn auch zwei Eckpfeiler in seiner Suche nach der Existenz der Menschen in der absoluten Freiheit.

Am 21. Januar 1918 in Basel, in einer wohlhabenden Familie, geboren, verlebte er eine unbekümmerte Kindheit, zusammen mit einem Bruder und einer Schwester. Der Vater war Abgeordneter für die Sozialdemokraten im Basler Stadtparlament und Arzt in "Kleinbasel", einem klassischen ArbeiterInnenviertel. Die puritanisch, religiöse Mutter, aus einer bekannten Theologenfamilie stammend, führte den Haushalt des "Schlösschens" und veranstaltete Bibelstunden für Arbeiterfrauen aus dem Quartier. Mutter und Vater verband eine Art religiösen Sozialismus. Seine Schwester Esther sollte auf diesem Familienpfad weitergehen. Er und sein Bruder Felix aber glaubten nicht an Gott und verneinten Christen zu sein. Als Heiner seine Gottlosigkeit der Mutter eröffnete, führte dies zum ernsthaften Bruch ihrer Beziehung, der erst im hohen Alter der Mutter wieder gekittet werden konnte.

Schon als Primarschüler der 3. Klasse bezieht er Stellung für die zum Tode verurteilten Sacco und Vanzetti und streitet heftig darüber mit seinen SchulkameradInnen. Im Arbeiterquartier in die Schule gehend, war er als Arztsohn ein Aussenseiter. Aussenseiter blieb er, sei es in der sozialistischen Jugend als Anarchist Position beziehend oder im Gymnasium, wo er als "Roter" verschrieen mit dem Hass des Schweizer Grossbürgertums konfrontiert wurde, der sich nicht nur gegen ihn und die "Roten" im allgemeinen entlud, sondern auch gegen die wenigen jüdischen MitschülerInnen, die in den Pausen verprügelt wurden. Dieser Antisemitismus und Kontakte zu ersten Flüchtlingen aus Nazideutschland 1933/34 schärften sein Bewusstsein für die Verfolgung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen und liess ihn sich die Frage eines möglichen Widerstandes schon früh stellen. Im bewaffneten Kampf der Österreichischen ArbeiterInnen, im Februar 34, die sich - u.a. im Wiener Karl Marxhof verschanzend - gegen den Dollfussfaschismus zur Wehr setzten, sahen Heiner Köchlin und sein Bruder eine mögliche Form sich zu widersetzen. Dieses Hoffen auf den Sieg des bewaffneten Widerstandes gegen den Faschismus wird sie 1936 erneut erfassen, als er und Felix - jetzt als bewusste Anarchisten, und als einige der wenigen in der Schweiz, die gut über die CNT/FAI informiert waren - sich für die Soziale Revolution in Spanien begeisterten und engagierten. Trotzdem Heiner Köchlins Einstellung sich im Laufe seines Lebens von den Ideen einer revolutionären Umsetzung des Anarchismus zu einer evolutionären Erreichung dieses Ziels veränderte und er sich immer als Antimilitarist verstand, war er bis zu seinem Tod überzeugt, dass gegen den Despotismus bewaffnet Widerstand zu leisten sei: *"So konnte ich, wie auch heute noch, die Gewaltfreiheit nur relativ und bedingt akzeptieren."*

Die Welt der Sozialismen

Bei der Sozialistischen Jugend befasste er sich, angeleitet durch einen Trotzkisten, mit Marx und lernte, neben dem dialektischen Materialismus, dass das geheiligte Land des Sozialismus, die Sowjetunion, nicht das war, was sich nicht nur die Parteikommunisten davon versprachen. Daneben entdeckte er in der Bibliothek seines Vaters Kropotkins "Memoiren", las kurz darauf Brupbachers "Marx und Bakunin", Landauers "Aufruf zum Sozialismus" und kam zur Überzeugung, dass er eigentlich Anarchist sei. Beschleunigt durch den enttäuschten Einsatz für eine Regierungsmehrheit der SP in Basel, deren Erfolg nicht die erhofften Verbesserungen brachte: *"Das "rote Basel", für das wir so eifrig geworben hatten, war eine grosse Enttäuschung. An der Lage der Arbeiterschaft änderte sich kaum etwas. Und auch aus der erhofften Verbesserung der Flüchtlingspolitik wurde nichts: so weiss ich doch als naher Zeuge, dass der rote Regierungsrat seine Fremdenpolizei schalten und walten liess. Bekannt ist mir eine Ausschaffung die für die Opfer tödliche Folgen hatte und vom sozialistischen Polizeioberhaupt gerechtfertigt und gedeckt wurde. All dies war nicht dazu angetan, mich für sozialdemokratische Wählerei zu begeistern, (...) so versuchte ich, in der Jugendgruppe anarchistisches Gedankengut einzubringen, was mir während einer gewissen Zeit erstaunlich gut gelang."*

In der Schweiz der dreissiger Jahre war der Anarchismus fast aus der ArbeiterInnenbewegung verschwunden. Nur in der Westschweiz war sein Atem noch zu spüren. Es war denn auch die anarchistische Eule Bertoni - wie der Schriftsteller Humm ihn nannte -, die von Zeit zu Zeit aus Genf in Basel mit einem Koffer voller Broschüren einflog, um mit den italienischsprachigen Anarchisten eine Konferenz abzuhalten. Daneben existierte ein kleiner Kreis um Brupbacher, mit Silone und Samson - einem späteren Freund Köchlins - in dem die Notwendigkeit der Freiheit im Sozialismus diskutiert und hochgehalten wurde. Bei ihnen fand Heiner Köchlin Anschluss, nachdem die Kommunistische Jugend, nach ihrem Verbot, sich in der Sozialistischen Jugend festgesetzt und den Anarchismus im wahrsten Sinne des Wortes hinausgeprügelt hatte. Prügel, die er noch mehrmals von den Stalinisten beziehen sollte. *"Eng schloss ich mich an eine Gruppe von anarchistischen, italienischen Arbeitern an, die in einem Kleinbasler Restaurant regelmässig zusammenkamen. Ihr geistiges Haupt war der in Genf wohnende Luigi Bertoni(...). Das Zentrum der italienischen Basler Anarchisten war der Inhaber einer kleinen Bäckerei am Wiesenplatz namens Balboni. Er*

war nach dem Ausdruck meines Vaters, dessen Patient er war, 'Eine Seele von einem Menschen'."

Direkte Aktionen

Heiner Köchlin, der mit Mühe und Not die Mittelschule beendete, begann ohne grossen Elan Geschichte und deutsche Literatur zu studieren. Das Studium liess er neben her treiben, die Universität behagte ihm wenig, war sie doch ein weltferner, konservativer ja reaktionären Ort. Europa lag im Umbruch, und Köchlin versuchte, die wenigen vor Ort vorhandenen unabhängigen sozialistischen Geister zu sammeln, um dem Weltenlauf ein bisschen eine andere Richtung zu geben. So organisierte er in Basel einen politischen Zirkel der heimatlosen Linken, wie er sie nannte, damals von den Stalinisten und der Polizei pauschal als Trotzkisten bezeichnet. Zu ihnen gehörten Flüchtlinge, wie der Ex-KPler Boris Roniger, der Ex-KPOler Hans Fischer und der Ex-Leninbündler Isak Aufseher - ja sogar der spätere religiöse Marxist, mit stalinistischem Einschlag, Rudolf Farner, der mit Heiner Köchlin zusammen in Basel studierte war in dieser Runde anzutreffen. *"Im Wohnzimmer unseres Einfamilienhauses organisierten wir Vorträge Ronigers über russische Geschichte, von den Anfängen bis zur Gegenwart. Gegen Ende dieser Vorträge Ronigers erfuhr ich zum ersten Male aus dem Munde dieses "Trotzkisten", dass die russische Sowjetdemokratie schon im Jahre 1921 durch blutige Liquidierung des Kronstädtersowjets durch die von Trotzki befehligte rote Armee vernichtet worden war."* Isak Aufscher, ein aus Galizien stammender Jude, war in jungen Jahren Kommunist geworden. Vor Hitler flüchtete er über Frankreich nach Spanien, wo er sich in Barcelona vom Trotzkismus löste und nun Anarchosyndikalist geworden, sich den Deutschen Anarchosyndikalisten (DAS) anschloss und ein Heim für Flüchtlinge leitete. Nach dem Maiputsch flüchtete er illegal über die Grenze nach Basel, wo Heiner Köchlin ihm, mit viel Mühe, eine "Toleranzbewilligung" verschaffen konnte. Aufscher wurde Köchlins wichtigster Freund.

Ob Flüchtlingsarbeit oder politische Aktionen, Köchlin war in Basel sehr aktiv. Dies fiel auch den Behörden auf, so wurde er von der Polizei seit 1938 überwacht - zuerst als Trotzkist geführt und erst 1946 korrekt als Anarchist - und 1940 sogar in ein Sonderverzeichnis für "Extremisten" aufgenommen, was für ihn bei einem Angriff auf die Schweiz bedeutet hätte, sofort verhaftet und in ein Internierungslager eingesperrt zu werden. Viel Hilfe für seine Flüchtlingsarbeit fand er nicht; so war eine Unterschriftensammlung gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen in Strafanstalten nicht sehr erfolgreich. - Ursprünge, die zu heutigen Schweizer Gesetzen wie die Zwangsmassnahmen führten und die damals wie heute kaum grosse Wellen der Solidarität mit den Verfolgten auslösten: "Isi hatte die Idee, eine Unterschriftensammlung, die gegen diese Praxis protestierte, zu veranstalten. Eine solche Aktion musste natürlich von Schweizern an die Hand genommen werden. Bei dieser Gelegenheit lernte ich meine Pappenheimer erst kennen. Weder im Volkshaus noch in der Universität fand ich Leute, die zur Unterschrift bereit gewesen wären. Im Volkshausrestaurant sassen die Schweizer und die Ausländer an getrennten Tischen, und zwischen diesen beiden Lagern gab es wenig Beziehungen. So war es für mich nicht verwunderlich, dass (...) sich gegen die Ausschaffungspraxis der Behörden aus dem Volk so gut wie keine Opposition regen sollte. Die Universitätsstudenten zu interessieren war vergebliche Liebesmühe."

Kleinere "direkte Aktionen" wie Köchlin sie nannte, sollten er und seine Genossen Ende der dreissiger und Anfang der vierziger Jahren durchführen und die Obrigkeit auf Trab bringen. So rissen sie eine erstmalig am Ersten Mai gehisste Schweizerfahne herunter und provozierten damit eine Schlägerei, wobei sich sein Bruder Felix eine blutige Nase holte. Als der francistische Film "Alcazar" gezeigt wurde schmissen sie und ein paar italienische Anarchisten Eier an die Leinwand. Eine mit einer trotzkistischen Gruppe zusammen illegal betriebene Druckerpresse für Flugblätter, im Keller seines Elternhauses untergebracht, wurde durch einen glücklichen Umstand, trotz Haussuchung nicht entdeckt, doch die bei ihm im Zimmer gefundene Literatur reichte der Polizei aus, ihn 10 Tage in Untersuchungshaft zu setzen. Doch das



grösste Aufsehen erregten sie, als sie im Februar 1941 einen Vortrag des französischen faschistischen Vordenkers und Dichters Charles Maurras störten. Die Veranstaltung musste unterbrochen werden und die Polizei schritt ein, die Störenden zu verhaften.

Die Enge des Seins und des Denkens

Nach bestandenem Examen in Geschichte schrieb er sich am Lehrerseminar ein, um das Mittelschullehrerdiplom zu erlangen. Am Seminar versuchten ihm die stramm patriotischen Dozenten herkömmliche "Paukerpädagogik" beizubringen, "Ein Lichtblick in dieser traurigen Gesellschaft war die Märchenerzählerin und Verfasserin von Kindergeschichten Lisa Tetzner, die uns Lektionen über Sprechen und Erzählen erteilte. Sie war eine kleine, energische, körperlich etwas behinderte Frau, deren Horizont über den Betrieb, in den wir eingespannt waren, hinausragte. Lisa Tetzner, wollte mich unbedingt mit ihrem Mann bekannt machen. Es handelte sich um Kurt Kläber, der als politischer Emigrant in der Schweiz lebte und unter dem Schriftstellernamen Kurt Held bekannt war. Ein Zusammentreffen fand statt, verlief aber unglücklich, da wir uns nach kurzer Zeit über die Bewertung von Stalins Sowjetunion, an deren "Fortschrittlichkeit" er als Antifaschist glaubte festhalten zu müssen, in die Haare gerieten. Wir verabschiedeten uns zwar höflich, hatten aber kein Bedürfnis, uns wiederzusehen. An meinem guten Verhältnis zu seiner märchenerzählenden Frau änderte das nichts."

Daneben musste Köchlin vier Wochen im Jahr Militärdienst leisten. *"Ich konnte mich der Einsicht nicht verschliessen, dass dem drohenden Totalitarismus der Nazis auch militärisch entgegengetreten werden musste."* Als Rebell gestempelt wurde er von seinen Vorgesetzten scharf beobachtet und erlebte, wie Unteroffiziere und Offiziere nazistisches Gedankengut pflegten und ihren Antisemitismus in der Armee verbreiteten. Wieder in Zivil, erste Gehversuche als Lehrkraft, die sein Bild von den öffentlichen Schulen bestärkten, Erziehanstalt zu sein anstatt Ort des Lernens: *"Als mir dann einmal während einer Pause ein älterer, bebarteter Lehrer, der mich anscheinend für einen Schüler hielt, die rechte Hand aus der Tasche zog mit der Bemerkung 'Hand aus dem Sack!', hatte ich genug und gab es auf. Hier war für mich kein Platz."*

Je länger der Krieg dauerte, je unerträglicher wurde für Heiner Köchlin die patriotisch aufgeladene Stimmung im Land und die "stickige Luft der Kriegsathmosphäre" drohte ihn zu erdrosseln. Als er von der Befreiung von Paris erfuhr - jetzt als Lehrer in einer Schule für jüdische Flüchtlingskinder - und bald darauf der Krieg zu Ende war, gab es kein Halten mehr, er verliess die Schweiz.

Zuerst reiste er nach Antwerpen, wo er eine jüdische Lehrerin besuchte, die er in der Schule kennen und lieben gelernt hatte. *"Die Leere des Judenviertels mit den paar Zurückgekehrten und deren Erzählungen brachten mir den Holocaust, von dem ich schon durch die wenigen Flüchtlinge, die in der Schweiz Aufnahme gefunden hatten, genug zu wissen glaubte, erst jetzt richtig ins Bewusstsein. Auch stellte sich ein schlechtes Gewissen ein. Hatten wir wirklich genug getan, um unsere Behörden zur Öffnung der Schweizergrenze zu veranlassen?"*

Auf der Rückreise besuchte er in Brüssel Hem Day, den belgischen Anarchisten und Antiquar, und in Paris die ihm von Isak Aufseher mitgegebenen Adressen von jüdisch-anarchistischen EmigrantInnen. Zurück in Basel beschliesst er 1947, zusammen mit "Isi", nach Paris zu ziehen. Dort hoffte er, endlich in einer lebendigen libertären Bewegung tätig werden zu können. Doch der erste Kontakt zu den französischen Anarchisten verläuft unerfreulich, trotz der örtlichen Nähe. "An der gegenüberliegenden Seite des Kanals hatte die von der Anarchistin Louise Michel einst gegründete Zeitung *"Le libertaire"* ihren Sitz. Doch gelang es mir nicht, zu den französischen Genossen einen menschlichen Kontakt herzustellen. Alles ging hier recht bürokratisch zu und entsprach meiner Vorstellung von einer libertären Bewegung wenig.(...) Anders wurden wir von den Spaniern und den zugewanderten Ostjuden empfangen. Bei diesen fand ich schnell Kontakt und Freunde, der bis zu deren Tod nicht abriss (...)." Das offizielle Ziel Köchlins war eine Dissertation über die Pariser Kommune zu schreiben. Daneben verlegte er von Paris aus die Zeitschrift *"Der Freiheitliche Sozialist"* (1947-49), das Nachfolgeprodukt der *"Blätter für freiheitlichen Sozialismus"* (1944-47), die er und sein Bruder noch illegal - unter der Schweizer Kriegszensur - in Basel herausgaben. Die Publikation, inspiriert vom spanisch jüdischen Exil-Anarchismus, hatte einigen Erfolg und erhielt Unterstützung u.a. durch den bekannten Zoologen Adolf Portmann, der ihnen schrieb, er trage immer ein Exemplar bei sich. Der Vertrieb über die Grenze, dieser eher philosophischen als agitatorischen Zeitschrift, schien kein Problem zu sein: *"Mit den Grenzbehörden hatten wir keinerlei Schwierigkeiten, da sie der Inhalt unseres Blättchens so wenig störte als etwa eine Publikation der 'Zeugen Jehovas' oder einer anderen Sekte."*

In der Pariser anarchistischen Diaspora fand er viele Freunde: *"Auch Juden kreuzten wieder meinen Weg. Diesmal waren es keine Zionisten, sondern Anarchisten, teils Deutsche und Österreicher, die hier die Nazibesetzung überlebt hatten, teils aus früheren Emigrationen stammende Osteuropäer, die mit ihrer jiddischen Sprache auch ihre alten Ideale bewahrt hatten."* Einer von ihnen war Egon*, der jetzt unter dem spanischen Namen Gines Garcia in Paris lebte und bei dem Heiner Köchlin ein Zimmer bezog. Durch ihn lernte er den alten jüdischen FAUDler Arthur**, der Auschwitz überlebt hatte, kennen. Arthur führte Köchlin in die Kleinhänd-

---

** wohl Egon Illfeld, aus Wattenberg, geb.19.1.1914, emigrierte nach Spanien, bei Ausbruch des Bürgerkriegs im Gefängnis, kam damit frei. Mitglied der Gruppe DAS. Mitarbeiter an der Zeitschrift "Soziale Revolution". 1937 in Albacete und Valencia, um unter den Interbrigadisten für den Anarchismus Propaganda zu machen. Nach dem Maiputsch 1937 zuerst in St. Ursula, dann 1938 im (kommunistischen) Gefängnis in Segorbe, nach der Flucht nach Frankreich in Gurs interniert.*

*** wohl Arthur Lewin, aus Leipzig, geb. 12.4.1907, Mitglied der SAJD-Leipzig, heiratete Martha Wüstemann, emigrierte 1933 nach Spanien, Sekretär der Gruppe DAS, befreundet mit Isak Aufseher, arbeitet für das internationale Emigrantenkomitee, das zwei kollektivierte Betriebe einrichtete, nach dem Maiputsch verhaftet, später nach Frankreich ausgewiesen. 1939 im Gefängnis in Lille, danach in Paris. Anm. v. W.Haug*



Bild: Trotzdem-Verlags Archiv

lerszene um das berühmte Auktionshaus Drouot und die Bücherwelt der Bouquinisten ein. "Bei solchen Gelegenheiten legte ich mir einen Vorrat an Büchern an, mit dem ich dann in Basel den Grundstein zu einem Antiquariat legte." Arthur machte ihn auch mit dem Autor von "Geheimnis und Gewalt" und Resistenzkämpfer Georg Glaser bekannt. Daneben schloss er sich den spanischen Anarchosyndikalisten an, er lernte durch ihre Versammlungen Spanisch, und erlebte, manch hitzige Debatte über den richtigen Weg zum gelobten Ziel der Anarchie und wie mit sektiererischem Eifer jede Gruppe ihre absolute Wahrheit verkündete - ja sogar handgreiflich durchsetzten wollte. Von da ab waren für ihn anarchistische Dogmen, wie jeglicher Dogmatismus verdächtig und gefährlich. An einer solchen Versammlung machte er die für ihn sehr wichtige Bekanntschaft mit dem spanischen "Dionysos" der Anarchisten, Antonio Garcia Birlan - es sollte der Anfang einer langen Freundschaft werden. Birlan, ehemaliger Landarbeiter und hochgebildet, war Kolumnist bei der *"Solidaridad obrera"*, der wöchentlich in Paris erscheinenden Publikation der CNT im Exil. "Antonios Denken reichte über das der Aufklärer und Rationalisten, nach dem die Anarchisten gewöhnlich halt machen, hinaus und beschäftigt sich mit der geistigen Welt der Mystiker. Die deutschen Philosophen von den Klassikern und Romantikern über die Phänomenologen bis zu Karl Jaspers las er in französischer Übersetzung. Er öffnete mir die Augen für seine Lieblingsphilosophen Miguel de Unamuno und Nikolaj Berdjajew." Daneben war er einer der wenigen, die über den Fraktionskämpfen der Exil-CNT standen und sich für den absoluten Pluralismus in der Bewegung einsetzte.

Das Elend des Seins im Widerstand

Köchlins Ziel, sich in Paris niederzulassen, gibt er im Laufe seines zweijährigen Aufenthalts auf. Die Anarchisten erwiesen sich in ihrer Alltäglichkeit nicht weniger moralisierend und normativ, als er es in der Enge der Schweiz erlebte hatte: "Die sozialrevolutionären Überzeugungen jener Menschen änderten wenig an gewissen überlieferten Vorurteilen, die das Privatleben eines unter ihnen betraf." Zurück in Basel schliesst er seine Dissertation *"Die Pariser Commune im Bewusstsein ihrer Anhänger"* ab. Sie wird - im Eigenverlag herausgegeben - im gleichen Jahr noch ins Spanische übersetzt und von Personen, wie z.B. Hanna Arendt, wohlwollend rezipiert werden. Der frisch ernannte Doktor wollte um keinen Preis erneut Schule geben, so dass er seinen Lebensunterhalt mit dem Abpacken von Zeitungen bei den "Basler Nachrichten" und später als Hilfskorrektor bei der "Nationalzeitung" bestritt.

Durch seinen Pariser Aufenthalt etwas ernüchtert, wohl auch erkennend, dass seine Vorstellungen einer anarchistischen Nachkriegsgesellschaft auf keinen fruchtbaren Boden fielen, wandte er sich "vorläufig von der politischen Ideologie ab" und der Existenzphilosophie zu. Nach der Lektüre von Camus "homme révolte" schreibt er Camus einen Brief: "Ich schrieb an Albert Camus von Basel aus einen Brief, in dem ich ihn meines vollen Einver-

ständnisses mit seinen Ansichten versicherte. Gleichzeitig stellte ich ihm die Frage, wie er sich die Beziehung der "Revolte" zur Anwendung von Gewalt denke, d.h. ob er es für möglich halte, ohne zu resignieren auf jede Gewaltanwendung zu verzichten, und ob er anderseits eine sich der Gewalt bedienende "Revolte" denken könne, die, habe sie Erfolg, nicht zu einer neue Machtverhältnisse schaffende Revolution werde. Camus antwortete mir postwendend, dass er sich diese Frage auch immer wieder stelle, und dass alles, was er dazu sagen könne, immer nur provisorisch und nie definitiv sei (...)."

Die Existenzphilosophie war ihm jetzt näher als der Anarchismus - daran zu sehen, dass ihn die völlige Unkenntnis und Klischierung des Anarchismus durch Camus im "Mensch in der Revolte" nicht störte - auch wenn ihn die Polizei noch immer als "Spitzenmann" der 'Arbeitsgemeinschaft freiheitlicher Sozialisten' überwachte. Die Diskussionsabende der Arbeitsgemeinschaft, die nun in Basel stattfanden, drehten sich mehr um Sartre und Kierkegaard und weniger um Anarchismus, wenn wohl er noch an der Basler Abendschule, genauso polizeilich überwacht, über Anarchismus referierte und seinen Freund, den damals unbekannten, kunstschaffenden Jeannot Tinguely "mit anarchistischem Gift infizieren" konnte. Es war nun Jaspers, der seit 1948 an der Uni Basel lehrte, der Heiner Köchlin in den Bann zog. Er besuchte Jaspers Vorlesungen und entwickelte für sich eine Art existentiellen Anarchismus, den er mit dem Begriff Solipsismus am besten definiert fand. (...)

Von Büchern und Menschen

Durch seine asketische Lebensweise in Paris, trat bei Heiner Köchlin eine akute Tuberkulose auf, so dass er im Winter 1950/51 einen Kuraufenthalt in Davos machen musste. Der Zufall wollte es, dass er dort mit seinem Freund "Isi" zusammentraf, der sich die Krankheit wohl schon in Spanien aufgelesen hatte. Während ihrer Kur beschlossen Köchlin und Aufseher ein Antiquariat zu eröffnen. Dieses - nach der erfolgreichen Kur eröffnet - bestückt mit den in Paris gefundenen Schätzen, kam aber lange nicht aus den roten Zahlen. Unerfahren, wie sie waren, 'luchsten' ihnen die gierigen Bibliophilen die besten Stücke ab und tauschten dafür wertlose Bücher ein - Lehrjahre. (...)

Seine Bekanntschaft mit der aus Spanien stammenden Küchenangestellten Elisa Valcarcee holte ihn aus seinem Lebensloch, sie heirateten nach langer Liebschaft 1968. Seine Aktivitäten galten jetzt eher den Dingen des Alltags, aber auch da versuchte er immer, ob bewusst oder nicht, anarchistisch zu handeln. So lösten er und 'Isi' das Problem, in ihrer prekären finanziellen Lage eine günstige Wohnung zu finden - war doch die Familie Köchlin um eine Tochter angewachsen - damit, dass sie eine selbstverwaltete Wohngenossenschaft gründeten, von den schlechten autoritären Strukturen bestehender Genossenschaften lernend - die Genossenschaft besteht heute noch.

Politisch begann er sich erneut zu engagieren, als er mit der spanischen Nachkriegsemigration konfrontiert wurde und dank seiner Sprachkenntnisse, zusammen mit dem lokalen Gewerkschaftskartell eine Regelung für eine Beratungsstelle für Spanier fand. "Den Nachteil hatte diese Regelung, dass ich hier im Dienste einer Gewerkschaftsbürokratie arbeitete. Bei Arbeitskonflikten stellte es sich mehr als einmal heraus, dass die Herren Sekretäre oft den schweizerischen Vorarbeitern oder auch dem Personalchef näher standen als diesen fremden 'Gästen'. So sind manche enttäuscht aus der Gewerkschaft, in die sie voller Hoffnung beigetreten waren, wieder ausgetreten.(...) die Spanier, die mich (...) aufsuchten, waren von denen, die ich in Paris gekannt hatte, recht verschieden. Von der Gewerkschaft hatten sie eine grundverschiedene Auffassung.(...) doch einmal erschien die magere grosse Gestalt eines älteren Arbeiters im Büro, dessen Gesicht mir irgendwie bekannt vorkam." Es war ein alter anarchistischer Genosse aus Paris. Mit ihm und ein paar jüngeren, dazu gewonnenen Spaniern - Köchlin verteilte allen die *"Solidaridad obrera"* - fand sich erneut eine Gruppe interessierter Anarchisten zusammen. "So bildeten wir den Grundstock einer kleinen libertären Gruppe. Bald waren wir 10 Sympathisanten, manchmal bis zu 20."

Durch seine zentrale Stellung unter den spanischen Emigranten gelang es Heiner Köchlin mehrmals, an offiziellen 1. Mai Veranstaltungen der Gewerkschaften, anarchosyndikalistische RednerInnen wie José Peirats und Federica Montseny einzuladen oder den libertären Gaston Leval. Auf Druck der kommunistischen "comisiones obreras", denen die Veranstaltungen gar nicht ins Konzept passte und die immer wieder die Redner als Faschisten beschimpften und so Saalschlachten provozierten, entzog ihm aber die sozialdemokratische Gewerkschaft den Auftrag, die 1. Mai Reden der Spanier zu organisieren, zu Gunsten der Stalinisten - aus kurzsichtigem Opportunismus wie Köchlin dazu meinte.

Die Wirrungen des 68ig

Im "Zirkel", eine Vereinigung unorthodoxer Linker am Vorabend von 68ig, bot sich ihm wiederum ein Forum, die anarchistischen Ideen über den engen eigenen Kreis hinauszutragen. Heiner Köchlin sprach dort mehrmals über das Thema "Existenz im Absurden", "Sozialismus gestern und heute" und zur "Geschichte des Anarchismus". Daneben "referierte ich, mit dem Quellenstudium zu meinem Buch 'Die Tragödie der Freiheit' beschäftigt, über die spanische Revolution des Jahres 1936." Das Buch entstand durch die Unterstützung der Basler Max Geldner-Stiftung, die mit Fr. 20 000.- die Untersuchung finanzierte. Der Grossteil des Geldes brauchte Köchlin sogleich für die Sanierung seines Antiquariats, das er jetzt allein führte. "Ich beging die Unverschämtheit, mit diesem Geld zuerst mein im Argen liegendes Antiquariat zu sanieren. Doch machte ich mich dann, um meiner moralischen Pflicht nachzukommen, an die Arbeit. Zum Glück fand ich fast alles Quellenmaterial, das ich benötigte, im 'Internationalen Institut für soziale Geschichte' in Amsterdam. (...) Dass Köchlins Wissen über Spanien ein umfassendes war, zeigte sich auch 1986, anlässlich einer dreiteilige Radiosendung über die Spanische Revolution, die zusammen mit Clara Thalmann entstand.

Seit 1949 unterhielt Köchlin enge Beziehungen zu der "Föderation freiheitlicher Sozialisten"; trotz inhaltlichen Differenzen. Durch diese Kontakte schloss er die Bekanntschaft mit Otto

Reimers und Augustin Souchy, den er mehrmals für Veranstaltungen nach Basel lud und verband sich so immer mehr mit dem Denken der Gruppe der "Altanarchisten" des Nachkriegsdeutschland - in den 80igern wird Köchlin ein wichtiger Mitarbeiter der Zeitschrift *"Die Freie Gesellschaft"*, die sich als Erbe dieses Anarchismus verstand. Diese geistige Verwandtschaft führte zu neuen Problemen, als 1967 in Paris die Revolten ausbrachen und 1968 auf die Schweiz überschwappten, waren ihm die Ideologie und der härtere Stil der neuen, jungen AnarchistInnen fremd. Er fühlte sich von der neu erblühten lokalen libertären Szene ausgeschlossen, der Dialog schien nicht mehr möglich. (...) Sein mythischer Anarchismus, wie er ihn jetzt nannte, und der sich auf den spanischen Anarchismus, wie auf Gustav Landauer bezog, kollidierte nun mit dem sich materialistisch gebenden, Teile des Marxismus integrierenden, sich an rätekommunistische Ideale anlehnenden Anarchismus der 68iger und wurden von den jungen Anarchos, Anarchas als museal abgeschoben: *"(...)Hätten wir die Weiterentwicklung des Anarchismus in den Händen solch verdienstvoller (...) Altgenossen wie Huppertz, Reimers oder Souchy gelassen, so hätten wir heute ein Museumsstück; bösartig und aggressiv, aber verstaubt, und asthmatisch (...) - der Anarchismus wäre eine Angelegenheit schmuddeliger Bücher in grossen Bibliotheken geworden."* (Erklärung der Anarchos von Wetzlar)

Trotz des scheinbaren Grabens und des offenen Generationenkonfliktes - hier die heiligen Schriften, da das Räumen der verstaubten Bibliotheken - wurde Köchlins Antiquariat zum Forum dieser neuen Anarchos und Anarchas, stellte er doch eine Buchhändlerin aus dieser Anarcho-Szene an - sie sollte nicht die letzte sein: "Ich hatte meine Sturm und Drangjahre längst hinter mir und war, obwohl von der Bewegung angerührt, nur am Rande dabei. Mein Vorkriegsanarchismus, den ich vertreten zu können glaubte, erschien diesen jüngeren schon recht konservativ. Antiautoritarismus, Feminismus, linker Totalitarismus spielten wild durcheinander. So wurde in der Buchhandlung mehr diskutiert als gehandelt." Dass der Alt-Anarchismus Defizite hatte in Sachen Feminismus, fiel den 'Altanarchisten' ebenso schwer zuzugeben wie den Jungen, dass der Ché Guevarakult, die Kuba Verherrlichung und das blinde Kopieren marxistischer Terminologien nicht mehr viel mit dem Ideal der Herrschaftslosigkeit zu tun hatten. Dabei erwies sich Köchlin in der praktischen Alltäglichkeit als der Tolerantere, als viele der 68iger, die in ihrem unversöhnlichen Dogmatismus direkt den Weg ins wohlsituierte Bürgertum antraten.

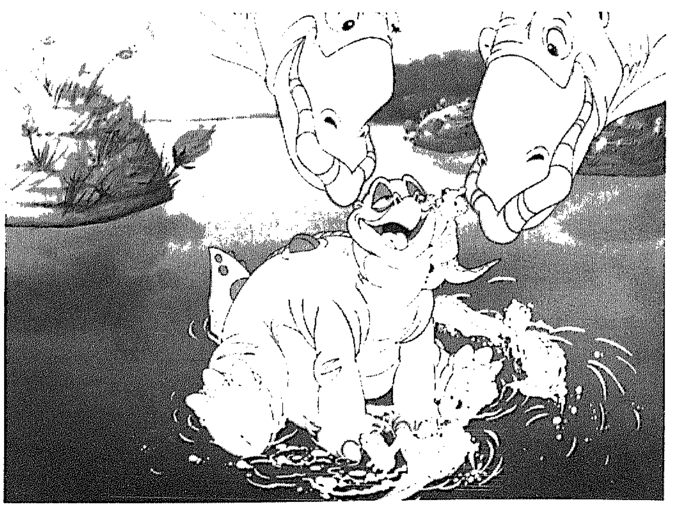
Akratie statt Anarchie

Doch mitten in diesen wilden Auseinandersetzung mit den neuen Linken zwingt eine neuerlich ausgebrochene Tuberkulose Heiner Köchlin, im Herbst 1970, zu einem weiteren Kuraufenthalt in Davos. Dort konkretisierte sich der Gedanke, nochmals eine Zeitschrift zu publizieren, um seine alten Ideale und Ideen und die seiner Genossen und Freunde wachzuhalten. Doch erst im Februar 1973 erscheint die erste Nummer der "Akratie": *"Obwohl auch der historische Anarchismus zur Sprache kommen sollte, wollte ich das Wort 'Anarchie' als Zielsetzung vermeiden, hatte das Wort doch für viele einen Beigeschmack von Gewalttätigkeit einerseits und weltfremder Utopie anderseits. Ich wählte das Wort 'Akratie'."* (Akratie No. 2)

Sein alter Freund Antonio Birlan steuerte den definitorischen Artikel bei: "Kein äusserer Zwang, d.h. keine Regierung und nichts, was im Wirtschaftlichen zwingt, sich einem System einzufügen, wäre es auch das beste oder das, was man gerade für das beste hielte.(...) Akratie ist Freiheit in allem oder sie ist nichts." ("Akratie" in "Akratie" No. 1) Die gesellschaftliche Reform in die Richtung der absoluten Freiheit, die nie ein Ende finden dürfe und deren Vorantreiben mit dem Begriff der "akratischeren Akratie", beschreibt wohl das damalige Ideal Köchlins am besten. Die Zeitschrift erlebte 15 Nummern (bis Sommer 1981), an die sich die bis 1990 publizierte Schriftenreihe "Sisyphos" anschloss, deren Beiträge vor allem philosophische, geschichtliche und zeitgeschichtliche Essays von Heiner Köchlin über Camus/Sartre, den Genfer Ketzer Servet, und einen aktuellen Beitrag zu Kuba und Israels Politik beinhaltete. "Die 15 Jahre, während denen ich die Akratie herausgab, halte ich für die fruchtbarsten und produktivsten meines Lebens. So wie ich es heute sehe, besass ich erst in jenen Jahren nach meinem zweiten Davos Aufenthalt die nötige Reife, um etwas zwar von einer in mir lebenden Idee angeregtes aber doch nicht im luftleeren Raum über der Realität schwebendes auszusagen. Der Karin Kramer Verlag (...) hat es unternommen, die besten meiner Aufsätze zusammen mit früheren, späteren und auch gleichzeitigen unveröffentlichten Vorträgen in einem Sammelband unter dem Titel 'Philosophie eines freien Geistes' herauszugeben."

Die letzte Nummer der Akratie befasste sich erneut mit einer Protestbewegung, der sogenannten 80iger Jugendbewegung. In ihr erkannte Heiner Köchlin gar keinen Ansatz von Sozialismus mehr, obwohl er fand *"die Forderungen der rebellischen Jugendlichen sind ausnahmslos berechtigt"*. Er übersah dabei den tiefen anarchistischen Ansatz, der sich klar von der 68iger Terminologie distanzierte und sich mit der Kritik an Kuba und anderen Linken Ikonen, Köchlins Vorbehalten annäherte. Die Krawalle sah er jetzt nur noch als sinnlose gewalttätige Negation des Bestehenden ohne positive Ideen. Wieder einmal nahm sich keiner der Bewegten die Mühe, ihm die Gemeinsamkeiten ihrer Ideen aufzuzeigen, wie auch Köchlin keinen Ansatz zum gemeinsamen Handeln mehr finden wollte - wobei er immer breit war, mit allen, jederzeit über Alles zu diskutieren.

Seine Lebenserfahrung, mit dem 'real existierenden Sozialismus' und dass jede Protestbewegung durch den Marxismus/Leninismus zerstört wurde, liessen Köchlin, mit zunehmenden Alter, zuweilen überall kommunistische Geister sehen. Er übersah positive Ansätze wie z.B. die des marxistischen Theoretikers Karl Korsch. Dabei geriet er aber nie ins Fahrwasser des bürgerlichen Antikommunismus, sondern versuchte einen 'libertären Antikommunismus' zu lancieren, der sich klar vom antisozialistischen Antikommunismus des Bürgertums unterscheiden sollte. Das seine Ängste vor einer repressiven Ideologie, deren Wirken und Ursprung er in seiner unveröffentlichten Arbeit "Zwischen Skylla und Charybdis/die



heimatlose Linke der 1930er Jahre" wohl belegt hatte, nicht nur Überreaktionen waren, zeigte sich in den erneuten Erfahrungen, die er in den 70iger Jahren mit seiner Kubaarbeit und seinem Israel-Engagement machte sollte.

So wurden er und seine Freunde 1976 am 1.Mai von den Stalinisten erneut tätlich angegriffen, als sie ein Transparent mit der Aufschrift "Gegen den Terror in Chile und in Kuba" mittrugen. Lange wollten sich die AnarchistenInnen mit diesen Parolen nicht solidarisieren, die vielen Anarchisten in Castros Knästen vergessend. Nur Köchlin und einige andere ältere Anarchisten wie Souchy waren es, die immer wieder auf dieses stalinistische Regime hinwiesen. Daran änderte Heiner Köchlins Übersetzung von Sam Dolgoffs "Leuchtfeuer in der Karibik", mit dem er persönlichen Kontakte hatte, wenig - ja es schien so als schämte sich der Verlag der Zusammenarbeit mit einem älteren kritischen Genossen: "Auf Ersuchen eines kleinen deutschen Verlages übersetzte ich das Buch ins Deutsche, wobei ich, um eine bessere publizistische Wirkung zu erzielen, die Stellen, die sich nicht mit Kuba sondern mit Anarchismus im allgemeinen befassten, ausliess. Der Verlag war dann anscheinend anderer Meinung und brachte den ganzen Text mit ein paar sprachlichen Verbesserungen, ohne meinen Namen zu nennen, heraus."

Bedroht wurde er ebenso als er auf einer Antiisraeldemonstration lauthals "Solidarität mit Israel" schrie. Köchlin war nie ein blinder Befürworter der israelischen Politik, sondern schloss sich der Kritik der jüdischen Friedensbewegung am Staate Israel an und bejahte die Rechte der PalästinenserInnen ohne aber die Totalität der palästinensischen Gegenbewegung zu verschweigen und den latenten Antisemitismus zu übersehen. (...)

Reisender Lebensabend

Ende der 80iger, Anfang der 90iger brach er gedrängt durch seine Frau, zu mehreren Reisen um die halbe Welt auf, seine alten, noch lebenden Genossen zu suchen und besuchen. Viele waren schon lange tot oder lagen im Sterben, wie Diego Abbad Santillan, einer der wichtigsten Theoretiker des spanischen Anarchismus, den er in Argentinien gerade noch an seinem Sterbebett antraf.

Viele Erinnerungen kamen auf und leidvolle Biographien von Vertreibung, Verfolgung und Armut der Kämpferinnen und Kämpfer des Freiheitsideals begegneten ihm und seiner Frau. Zurück in Basel, anfangs der 90iger, wurden seine gesundheitlichen Probleme immer akuter, doch noch einmal war er auf einer Demonstration zu sehen. Es war eine Antifa-Kundgebung gegen eine "Schlageterfeier" im Schwarzwald, wo Köchlin, über das Anwachsen der Neonazis besorgt, "Nazis raus aus Schönau", trotz Atemprobleme, mitskandierte. Seine letzten Arbeiten vor seinem Tod galten Studien zu Proudhons Werk - wie viele alt gewordene Anarchisten es vor ihm taten. Seine unveröffentlichte Arbeit "Pierre Joseph Proudhon, ein come back?" ist keine unkritische Verherrlichung des Werkes - wie bei so vielen andern alten Kämpen - sondern eine kritische Auseinandersetzung mit dessen Oeuvre und eine Untersuchung seiner möglichen Aktualität. So geht er darin ausführlich auf den Antisemitismus Proudhons ein, ohne ihn zu verharmlosen oder als unwichtig abzuwehren.

Schon sehr geschwächt, sein Antiquariat schon lange weitergegeben, und leidend, reagiert er im Februar 1995 ein letztes Mal öffentlich, für den Anarchismus Partei ergreifend. Er schrieb in den 'Schweizerischen Monatsheften' mit einen Beitrag - *"Anarchismus - der Gegensatz zu Herrschaft/eine Korrektur"* - gegen einen, dort erschienen libertäre Ideen diffamierenden Artikel, an.

Am 7.Mai 1996 erliegt er seiner schmerzvollen und schweren Krankheit, noch wach im Geist.

Was von ihm weiterleben wird, ist seine Idee des Anarchismus als Möglichkeit der absoluten Freiheit in der Existenz der Menschen und dem damit verbundenen Entwickeln einer Bewegung der Toleranz, deren Voraussetzungen er im September 1948 in einem Artikel "Gedanken zu Anarchistischen Streitfragen. 'Der Buchstaben tötet aber der Geist macht lebendig'" treffend in einem Satz formuliert hat: *"Die Überwindung des Buchstabengeistes und der Systemgebundenheit ist eine Voraussetzung, die der Anarchismus erfüllen muss, wenn er weiterkommen will."*

("Der Freiheitliche Sozialist" Nr. 9 Sept. 1948)

Anm. des Autors: Zitiert wurde aus dem unveröffentlichten Typoskript Heiner Koechlins Memoiren "Am Rande des Geschehens, Erinnerungen". Alle nicht bezeichneten Zitate stammen aus diesem Text.

Absolute Mehrheit der SP im Kanton und Stadt Basel. Die rote Phase Basels dauerte von 1935 - 1950

Jean Paul Samson, Schriftsteller (1894 - 1964). Übersetzungen von Silone und Brupbacher ins Französische. Teile des Nachlasses Samson befinden sich im Nachlass Köchlins.

Polizei-Fichen Heiner Köchlins aus dem Nachlass

Schweizer Zwangsmassnahme: Seit 1994 werden Nicht-Schweizer Personen, ohne Papiere oder die von einer Abschiebung betroffenen sind, in Spezialgefängnisse eingesperrt.

Anm. der SF-Red.: Einige Anmerkungen gingen leider bei der Konvertierung verloren. Der Artikel ist zudem aus Platzgründen leicht gekürzt worden.

ila Nr. 203, März 1997

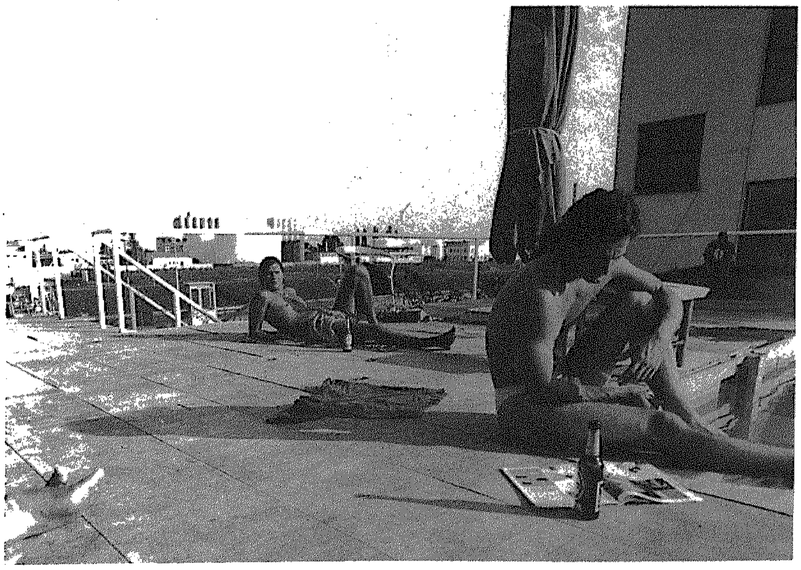
Terror gegen Arme Der Krieg gegen die "gefährliche Klasse" * Wie sie die Zukunft massakrieren * Unbeschreibliche Zustände in Brasiliens Gefängnissen * "Soziale Säuberungen" in Kolumbien * Repressionen gegen Jugendliche in Argentinien * "Soziale Säuberngen" in Köln als Teil eines weltweiten Umbruchmanövers * **Berichte und Hintergründe** Nervenkrieg in Lima - Hoffnungen auf ein friedliches Ende der Geiselnahme * Peruanische Kumpanei: Polizei, Militär und Justiz * Wie Ecuadors Präsident zurückgetreten wurde * Heiratsmigration aus Brasilien * Interview mir der *Juventud Antiautoriana Revolucionaria*, Mexico * **Eine Welt Wirtschaft** Steuergelder für den Arbeitsplatzabbau bei VW * **Kultur** Brasilianiosche Kino * Zum Tode von J. Antonio und Osvaldo Soriano *

Bezug: ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Einzelpreis 8.— DM, Normalabo 70.—

Democracy and Nature, Nr.8

Murray Bookchin: The Democratic Dimension of Anarchism * Cornelius Castoriadis: The Problem of Democracy Today * Takis Fotopoulos: Towards a New Conception of Democracy * Thomas Martin: The End of Sovereignty * William Mc Kercher: Liberalism as Democracy

Bezug: 1449 West Littleton Boulevard, Suite 200, Littleton, CO 80120-2177, USA, US $ 9,50 (über SF beziehbar)



Südwind, Nr.12

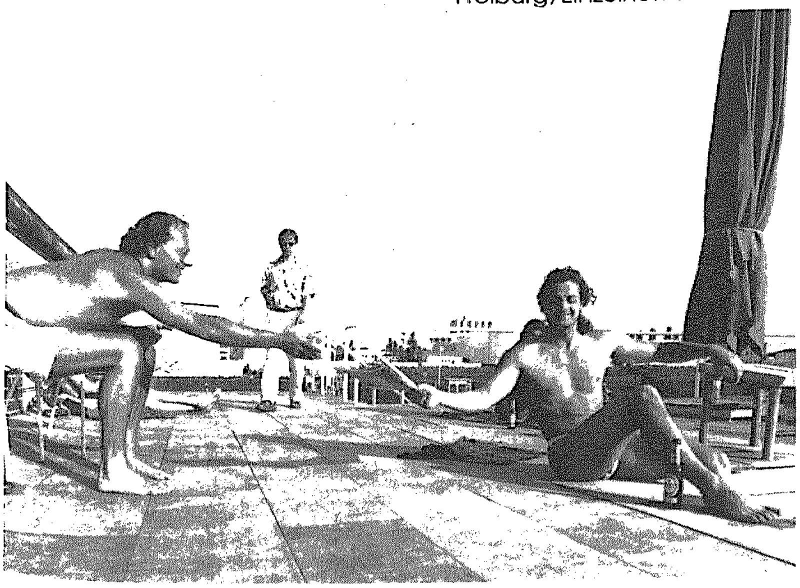
Zaire/Ruanda: Die Verdoppelung eines Konflikts * Naher Osten: Rückschlag im Friedensprozess * Pharma-Patente: Teure Gesundheit für den Süden * Gold – alter Rausch, Zerstörung inbegriffen

Bezug: Südwind, c/o ÖIE, Berggasse 7, A-1090 Wien, 6,50 DM (über SF beziehbar)

iz3w, Nr.220, März 1997

Schwerpunkt: Organisierte Barbarei - Folter und Vergangenheitspolitik * Organisierte Grausamkeit - Zur Geschichte eines Herrschaftsmittels * NGOs auf dem Spendenmarkt * Intellektuelle im Iran * Homosexualität in der 3.Welt * Gewerkschaften und Globalisierung * Wirtschaftliche Regionalisierung in Südostasien * Der weibliche Körper in der Literatur Afrikas

Bezug: iz3w, PF 5328, 79020 Freiburg, Einzelheft 8.-DM, ABO: 60.-



Lateinamerika Nachrichten 273, April 1997

El Salvador Große Erfolge der FMLN bei den Wahlen * **Nicaragua** Regierung begann mit der Vertreibung arbeitender Kinder * **Bolivien** Hunderttausende trauern um Carlos Palenque * **Mexico** Zedillos Ignoranz verbaut den Dialog * Intergalaktisches in Spanien * Claudia Rodríguez wieder frei * Privatschuldner in verzweifelter Lage * **Guyana** Cheddi Jagan ist tod * **Jamaica** Zum Tode Michael Manleys * **Kuba/USA** Washington winkt mit Dollarmilliarden für ein Post-Castro-Cuba * **Brasilien** Die USA und die brasilianschen Folterer * Sextourismus auf der Anklagebank * **Argentinien** Seit 20 Jahren gehen die Mütter der Plaza de Mayo * **Rezension** Eduardo Galeano: Wandelnde Worte

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. Einzelpris DM 7.— / Normal-Abo DM 70.—.

Die Beute, NR.13 (1/97)

U.a. Flüchtlingsverwaltung und Abschiebeknast * Nazi-Raubgold * Interview mit Lutz Schulenburg (Edition Nautilus und Herausgeber der Zeitschrift AKTION) * El Salvador

Bezug: Die Beute, PF 100 624, 60006 Frankfurt, 16.-DM

Forum, Nr. 210, Feb./März 97

Thema: Den Norden abwickeln: Ist kleiner wirklich besser? * Abwicklung - macht das Sinn? * Tupac Amarus Wiederkehr * Neuinszenierung Serbiens * Flüchtlinge und Gesundheit * BUKO-Protokoll * Interview mit links-Redakteuren: "Tod durch Kultur"

Bezug: Forum, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, Einzelpreis 7.-DM

Fotos: Jan Jacob Hofmann

Der SF an die Kioske!

Wir wollen dem SF mehr Akzeptanz verschaffen. Diese Zeitschrift soll mehr in die Öffentlichkeit. Wir werden versuchen nach und nach einen Kioskvertrieb aufzubauen. Aus eigener Kraft fällt uns dies aber schwer. Wir bitten deshalb unsere UnterstützerInnen um vermehrte Spenden, damit wir Anzeigen, Anlaufkosten etc. finanzieren können. Wer kann, spende für den "Pressefonds" des SF!

Wir werden wieder eine Liste der SpenderInnen in jeder Nummer veröffentlichen. Wer nicht genannt werden will, teilt uns dies einfach mit.

Salud & Merci!



Foto: Herby Sachs/Version

SF - Alte Nummern

Die Nummern 0-23, 44, die Sondernummern Feminismus I, Verfall der Arbeit sind vergriffen.

Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten (6,10) sind weiterhin erhältlich:

Paket 1 (Nr.24-30)
Paket 2 (Nr.31-38)
Paket 3 (Nr.39-47), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.48-53)
Paket 5 (Nr.54-58) : 15.-DM

Nr. 59 enthält u.a.:M. Wilk: Aus dem Innern des Sparpakets, D. Schütze: Die Deutschen sind gefährlich; B. Scharlowski: Der Babynahrungshersteller Hipp; Subcommandante Marcos: Kommuniqué; H. Benner: Der Derivatehandel; D. Nelles: Die anarchistische Jugend; BUKO-Bericht etc., 68S., 8.-DM

Nr.60 enthält u.a.:Anti-Expo-AG: Nachhaltige Propaganda für das 3.Jahrtausend; M. Kittmann: Die neue Militarisierung der Gesellschaft; H. Waibel: Neofaschismus in Ostdeutschland; Interview mit Birgit Rommelspacher; N. Chomsky: Ziele und Visionen (1.Teil der Bookchin-Chomsky-Debatte), U. Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich; W. Sterneck: Techno und Cybertribe, T. Wagner: Von der Suche nach der Anarchie, etc. 68S., 8.-DM

Interna
(besonders für Buchläden!)

Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen! Die Spenden helfen uns derzeit sehr. Die finanzielle Situation des SF hat sich durch den Verkaufsrückgang im Buchhandel von 580 Exemplaren auf 360 Exemplare in den letzten drei Jahren deutlich verschlechtert. Ein wenig war diese Entwicklung hausgemacht. Wir hatten den SF in einen Vertrieb gegeben, um uns etwas zu entlasten. Der Transport zum Vertrieb verzögerte die Auslieferung um ca. 3-4 Tage. Im Vertrieb blieb der SF dann nochmal häufig eine oder gar zwei Wochen liegen, das war gut gedacht, es sollte den Läden eine Portoersparnis bringen, d.h. der SF wurde öfter zusammen mit anderen Zeitschriften rausgeschickt. Das Problem an der Sache war jedoch, daß die Wiederverkaufsstellen dadurch die jeweils aktuelle Nummer meist 2, manchmal 3 Wochen nach den Abonnenten erhielten und in den Läden der SF oft als veraltet angesehen wurde und liegen blieb. Wir haben uns deshalb entschlossen, den SF künftig wieder direkt auszuliefern. D.h. alle Buchläden, Infoläden, WiederverkäuferInnen und Cafés erhalten den Faden wieder sofort nach Erscheinen. Wir bitten alle ehemaligen BezieherInnen des SF im Buchhandel sich nocheinmal zu überlegen, ob und in welcher Stückzahl sie den SF wieder in ihr Sortiment aufnehmen. Im Gegenzug empfehlen wir diese Buchhandlungen durch die Veröffentlichung ihrer Adressen einmal pro Jahr in dieser Zeitschrift.

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens:

R.P., Hamburg 15.-; E.F., Berlin 15.-; U.K., Oldenburg 15.-; K.H., Berlin 15.-; S.K. & A.K.R., Gundersheim 15.-; A.B., München 35.-; T.G., Trier 6.-; W.F., Vlotho 15.-; O.K., Idar-Oberstein 120.-; B.W.-W., Estorf 15.-; H.S., Kiel 50.-; J.A., Aachen 100.-; P.B.-M., Wiesbaden 35.-; S.G., Nürnberg 15.-; K.-O. P., Grebenau 15.-;

Gesamt: 471.-

Wiederverkaufsstellen des SF
(ohne WiederverkäuferInnen)

Infoladen Volk & Wissen, Schlachthofstr.25, 06844 Dessau
Tierra y Libertad-Infoladen, Thiergartener Str.4, 08527 Plauen
Infoladen Daneben, Liebigstr.34, 10247 Berlin
Raumer Buchladen, Raumerstr.38, 10437 Berlin
A-Laden, Schwarzrotbuch-Verlag, Rathenowerstr.23, 10559 Berlin
Buchladen Schwarze Risse, U-Bhf., Gneisenaustr.2, 10961 Berlin
Rotation Einzelhandel, Mehringdamm 51, 10961 Berlin
Das Arabische Buch, Horstweg 2, 10555 Berlin
El Locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin
B-Books, Falckensteinstr.37, 10997 Berlin
Oh 21-Buchladen, Oranienstr.21, 10999 Berlin
Infoladen Omega, Sparrstr.21, 13347 Berlin
Aurora-Buchversand, Knobelsdorffstr.8, 14059 Berlin
Infoladen, c/o JAZ, August-Bebel-Str.92, 18055 Rostock
Heinrich Heine Buchladen, Schlüterstr.1, 20146 Hamburg
Buchladen Osterstrase, Osterstrasse 156, 20357 Hamburg
Buchladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café und Buch, Marktstr.114, 20357 Hamburg
Nautilus Buchhandlung, Friedensallee 7-9, 22765 Hamburg
Libertäre Jugend/FAU, Thadenstr.118, 22767 Hamburg
Soziales Zentrum e.V., Schinkelring 161, 22844 Norderstedt
Zapata-Buchladen, Jungfernstieg 27, 24103 Kiel
Infoladen Omega, Bahnhofstr.44, 24534 Neumünster
Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Achternstr.15/16, 26122 Oldenburg
3.Welt-Infozentrum, Auguststr.50, 26121 Oldenburg
Nuchladen im Ostertor, Fehrfeld 60, 28203 Bremen
Buchladen in der Neustadt, Lahnstr.65b, 28199 Bremen
BBA Infoladen, St.-Pauli-Str.10-12, 28203 Bremen
Internationalismus Buchladen, Engelbosteler Damm 10, 30167 Hannover
Infoladen, Kornstr.28/30, 30167 Hannover
Annabee-Buchladen, Gerberstr.6, 30169 Hannover
Anares Nord, PF 2011, 31319 Sehnde
Infogruppe, c/o Alte Pauline, Bielefelderstr.3, 32756 Detmold
BDP, Borchener Str.12, 33098 Paderborn
Eulenspiegel-Buchladen, Hagenbruchstr.7, 33602 Bielefeld
Gestochen Scharf Druckkollektiv, Elfbuchenstr.18, 34119 Kassel
Weber, Zucht Versandbuchhandlung, Steinbruchweg 14, 34123 Kassel
Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 35037 Marburg
Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Infoladen Juze Innenstadt, Bürgerstr.41, 37073 Göttingen
BIBABUZE-Buchhandlung, Aachenerstr.1, 40223 Düsseldorf
ASTA-Buchhandlung, Heinrich Heine, Universitätsstr.1, 40225 Düsseldorf
Prolibri-Buchladen, Schillerstr.22-24, 41061 Mönchengladbach
Infoladen, Brunnenstr.41, 42105 Wuppertal
Wildstyle Buchversand, Im Rosenhof 22a, 42859 Remscheid
Taranta-Babu-Laden, Humboldtstr.44, 44137 Dortmund
UBU-Buchhandlung, Universitätsstr.16, 44789 Bochum
Not-Stand-Büchertisch, Universitätsstr.150, 44801 Bochum
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8, 45127 Essen
Attatroll-Buchhandlung, Hernerstr.16, 45657 Recklinghausen
Buch im Revier, Klosterstr.21, 45879 Gelsenkirchen
Syndikat A-Medienvertrieb, Bismarckstr.41a, 47443 Moers
Der andere Buchladen, Dionysiusstr.7, 47798 Krefeld
Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster
Umweltzentrum, Scharnhorststr.57, 48151 Münster
Infoladen, Alte Mümnze 12, 49074 Osnabrück
Der andere Buchladen, Zülpicherstr.197, 50937 Köln
Buchhandlung Schwarz auf Weiss, Venloer Str.220, 50823 Köln
Backhaus-Buchhandlung, Trichtergasse 14, 52064 Aachen
Buchladen Le Sabot, Breite Str.76, 53111 Bonn
Buchladen 46, Kaiserstr.46, 53113 Bonn
Buchhandlung im Gegenlicht, Glockenstr.10, 54290 Trier
AKAZ, Birkenfelderstr.13, 54497 Morbach
Trotzdem-Werkstatt, Große Bleiche 42, 55116 Mainz
Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr.40, 55118 Mainz
Infoladen RIZ, c/o ASTA FH, Am Finkenherd 4, 56075 Koblenz
Bücherkiste, Bismarckstr.3, 57076 Siegen
Quadrux-Buchladen, Lange Str.21, 58089 Hagen
Das Archiv, c/o JUZE, Karnacksweg 44, 58636 Iserlohn
Land in Sicht-Buchladen, Rotteckstr.13, 60316 Frankfurt
ASTA FH, Kleiststr.1, 60318 Frankfurt
Unibuch, Jügelstr.1, 60325 Frankfurt
Karl-Marx-Buchladen, Jordanstr.11, 60486 Frankfurt
Buchgalerie Hoechst, Bolongarostr.161, 65929 Frankfurt/Hoechst
Alibri-Verlag, Würzburgerstr.18a, 63739 Aschaffenburg
Georg-Büchner-Buchladen, Lauteschlägerstr.18, 64289 Darmstadt
ASTA FH Darmstadt, Schöfferstr.3, 64295 Darmstadt
Café Klatsch, Marcobrunnenstr.9, 65197 Wiesbaden
Infoladen, c/o Autonomes Zentrum, Brauerstr.39, 66123 Saarbrücken
Schwarzwurzel-Buchhandlung, Jakob-Binder-Str.10, 67063 Ludwigshafen
Quodlibet-Buchhandlung, Schwanengasse 4, 67433 Neustadt/W.
Der andere Buchladen, M2, 1, 68161 Mannheim
Bücherladen Neckarstadt, Kobellstr.17, 68167 Mannheim
Autonomes Zentrum, Alte Bergheimerstr.7a, 69115 Heidelberg
Eine-Welt-Zentrum/Friedensladen, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg
W. Niedlich-Buchhandlung, Schmale Str.14, 70173 Stuttgart
Bücherecke Fra Diavolo, Pfarrstr.7, 70182 Stuttgart
Schwarzes Schaf-Buchladen, Reithausplatz 2, 71634 Ludwigsburg
Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15, 72070 Tübingen
Jakob-Fetzer-Buchladen, Georgenstr.26, 72764 Reutlingen
Druckcooperative, Steinstr.23, 76133 Karlsruhe
Phantasia-Buchladen, Ritterstr.25, 77652 Offenburg
Schwarze Geiss-Buchladen, Obermarkt 14, 78462 Konstanz
Jos Fritz-Buchladen, Wilhelmstr.15, 79098 Freiburg
Echt-Optimal GmbH, Jahnstr.6, 80469 München
Basis-Buchladen, Adalbertstr.41b-43, 80799 München
Infoladen Kellergeist, Breisacherstr.12, 81667 München
Irrlicht-Buchladen, Innstr.45a, 83022 Rosenheim
Buchladen Kleine Eule, Bürstengasse 7, 88131 Lindau
Buchhandlung Dieckmann, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg
Libresso-Buchhandlung, Peter-Vischer-Str.25, 90403 Nürnberg
BBS, Große Messergasse 8, 94032 Passau
Peter Engstler Bücher u. Zeitschriften, Oberwaldbehrungen 13, 97645 Ostheim
Infoladen Zehn, Wielandgasse 2-4, A-1100 Wien
Buchvertrieb Stonehenge, Hahngasse 22, A-1090 Wien
Südwind-Magazin, c/o ÖIE, Berggasse 7, A-1090 Wien
Kulturverein KAPU, Kapuzinerstr.36, A-4020 Linz
Buchhandlung Parnass, Speckbacherstr.21 A-6020 Innsbruck
Infoladen, PF 2227, CH-5001 Aarau
Romp-Laden, PF 6347, CH-6006 Luzern
Buchhandlung Lesekaffee, Neustadtgasse 9, CH-8400 Winterthur
Schwarzpeter Buchhandlung, Schulhausstr.3, CH-9470 Buchs
Anares/Commenius-Antiquariat, Rathausgasse, PF, CH-3000 Bern-8
Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7, CH-8025 Zürich
Bokcafen, Hjelmsgate 3, N-0355 Oslo
Boekhandel Het Fort van Sjakoo, Postbus 16578, NL-1011 NK Amsterdam
Boekhandel De Rode Hund, Prins Hendrikstraat 138, NL-2518 HX Den Haag

Diese Liste ist unvollständig, alle diejenigen, die über Stonehenge, Anares-Bern oder durch die Schwarz auf Weiss-Buchhandlung beliefert werden und hier aufgenommen werden wollen, bitte melden. Natürlich auch alle die, die sich neu oder wieder für die Aufnahme des SF in ihr Sortiment entscheiden!



